



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

ANGST

DIESER THRILLER LÄSST IHNEN KEINE ZEIT ZUM LUFTHOLEN

BASTEI
LÜBBE

Print P B Books



Erleben Sie die Abgründe der schlimmsten Serienkiller -
jetzt Leseprobe herunterladen!

www.lubbe.de/139-010-der-schlimmst



4

16

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

„*German Angst*“ wird eine – scheinbar – typisch deutsche Befindlichkeit genannt, die eine kollektive Neigung zur Furchtsamkeit und Schwarzmalerei bezeichnet. Im Gegensatz zu anderen Völkern hätten die Deutschen demnach mehr Angst vor potentiellen politischen und militärischen Konflikten, vor einer Verschlechterung ihrer Lebensumstände, vor einem Versagen der Politiker, vor Terrorismus, vor Seuchen, Risiken moderner Technik und so fort.

Dabei ist Angst oft kein guter Berater: Sie kann nicht nur zu einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit oder übersteigerten Reaktionen führen, sondern beispielsweise auch zu unreflektierten Zuschreibungen von Feindbildern.

Die Beiträge des vorliegenden Hefts greifen in Teilen durchaus zugespißt schwierige Themen auf, die derzeit „heiße Eisen“ im öffentlichen Diskurs darstellen und die die Öffentlichkeit nicht nur in Deutschland, sondern auch ganz Europa und der Welt bewegen:

- Andreas M. Bock hinterfragt anhand der Geschichte und Wahrnehmung von Terrorismus, welches Bedrohungspotential Terrorismus hat und welche psychologischen Zuschreibungen aus Terrorangst entstehen können;
- Wolfgang Frindte stellt eine Studie über Lebenswelten junger Muslime vor, in der es um Selbst- und Fremdwahrnehmung geht;
- Kristina Milz zeichnet im Rahmen der Serie „Länder des Nahen Ostens“ ein Porträt Palästinas;
- Markus Hünemörder berichtet vom überraschenden Ausgang der US-Präsidentenwahlen und nimmt einen Ausblick auf deren Folgen;
- Im Interview berichtet Barbara Abdallah-Steinkopff, wie in der psychotherapeutischen Praxis Geflüchteten mit traumatischen Erlebnissen geholfen werden kann.
- Schließlich beleuchtet Michael Suda den politischen Umgang mit einem typisch deutschen Ort, dem Wald.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre! Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@stmbw.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Andreas M. Bock hat den Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität Augsburg inne und ist bei der Internationalen Not- und Katastrophenhilfe, Akkon-Hochschule für Humanwissenschaften in Berlin aktiv.

Prof. Dr. Wolfgang Frindte ist Mitbegründer des Instituts für Kommunikationswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich Kommunikationspsychologie.

Michael Gotschlich ist Leiter des Referats Grundsatzfragen der Außenwirtschaft und Länderbereich Amerika im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

Dr. Markus Hünemörder ist Spezialist für Amerikanische Kulturgeschichte und Lehrbeauftragter am Amerika-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Kristina Milz ist Fachjournalistin für den Nahen Osten und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitgeschichte.

Prof. Dr. Michael Suda hat den Lehrstuhl für Wald- und Umweltpolitik der Technischen Universität München inne. Sein Coautor **Dr. Stefan Schaffner**, Forstdirektor in Regen, stellt eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis her.

Inhalt



Im Osten nichts Neues?

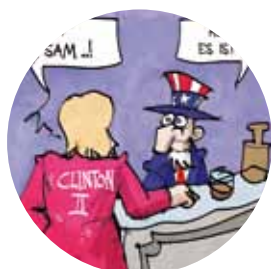
Ein Länderporträt über Palästina
von Kristina Milz

4

Kampf ums Weiße Haus 2016

Folge 3: Wahlausgang und Reaktionen
von Markus Hünemörder

24



„Alle Terroristen sind Moslems“?

von Andreas M. Bock

34

„Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ – reloaded

von Wolfgang Frindte

46



„Der Mensch hat kein Bewusstsein im Kampf ums Überleben. Er reagiert.“

Interview: Uta Löhrer/Luisa Schmid

56

Politikfeld Wald

von Michael Suda und Stefan Schaffner

60



Vorschau 2017

78

Im Osten nichts Neues?

Ein Länderporträt über Palästina

von Kristina Milz



Friedenstaube trifft auf Wirklichkeit: ein Souvenir-Laden in Bethlehem, Westjordanland
Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Kristina Milz

Mehrere Jahrzehnte beherrschte der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern die europäischen Schlagzeilen über den Nahen Osten. Seit 2011 steht er im medialen Schatten des sogenannten „Arabischen Frühlings“ und dessen Folgen: Der Krieg in Syrien und der Terror des selbsternannten „Islamischen Staates“ (IS) in den Nachbarländern verdrängten den bisher als am wichtigsten erachteten Konflikt im Nahen Osten von der Agenda des Westens. Die Entwicklung im „Heiligen Land“ findet der aufmerksame Zeitungsleser derzeit eher in den Randspalten. Eines vernachlässigt die Berichterstattung über Israel und Palästina dabei damals wie heute: Auf beiden Seiten leben nicht nur Kontrahenten eines Konflikts, sondern vor allem Menschen, die versuchen, ihren Alltag zu meistern. In diesem Porträt soll es um die Menschen in Palästina gehen: um die Bürger eines Staates, der offiziell nicht existiert.

Dachau im Oktober 2016: Abeer Ayyoub aus Gaza-Stadt sitzt im Kinosaal der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers. Es läuft der berühmte Film von 1969, basierend auf den Aufnahmen von US-Kriegsberichterstattern, die bei der Befreiung des Lagers 1945 vor Ort waren.¹ 22 Minuten über dokumentiert der Schwarz-Weiß-Film Leben, Leiden und Sterben der Dachauer Häftlinge – der Kommunisten, Priester, Homosexuellen, Sinti, Roma und: der Juden. Der jungen Palästinenserin laufen Tränen über das Gesicht. Die in der arabischen Welt so üblichen Vergleiche der Situation ihrer Landsleute mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern² hält sie für unangebracht – das formuliert sie auch sehr bestimmt gegenüber denen, die ihren Besuch der Gedenkstätte auf *Facebook* kritisieren und in den Israelis, den Juden – für viele sind das Synonyme – Faschisten und Unterdrücker sehen, die den Nationalsozialisten in nichts nachstehen. All das sieht Ayyoub anders, doch ihr Respekt vor den Opfern der Shoah ändert nichts daran, dass der Gaza-Streifen auch für sie „das größte Freiluftgefängnis der Welt“ ist. Und dass die Bilder im Film sie auch deshalb

besonders berühren, weil sie selbst genau weiß, wie Tote aussehen, wenn sie vor einem liegen. Der letzte Krieg in Gaza ist nicht einmal zweieinhalb Jahre her.



Yallah Selfie: Journalistin Abeer Ayyoub aus Gaza
Foto: privat

1 Die Jahrzehnte alte Produktion ist längst selbst Gegenstand der Forschung über den Umgang mit der Geschichte der Konzentrationslager in der Bundesrepublik Deutschland, vgl. dazu Christian König: Der Dokumentarfilm „KZ Dachau“. Entstehungsgeschichte – Filmanalyse – Geschichtsdeutung, München 2010.

2 Viele Palästinenserinnen und Palästinenser benutzen den Begriff „Holocaust“, wenn sie über das Verhalten Israels ihnen gegenüber sprechen. Wieder andere leugnen die Shoah und sehen sie als Erfindung der Juden, um die Staatswerdung Israels zu rechtfertigen.

Abeer Ayyoub ist eine streitbare Persönlichkeit. Die 29-Jährige ist das menschgewordene Anti-Klischee einer Palästinenserin. Für manche ist sie von allem etwas zu viel: zu selbstbewusst, zu laut, zu meinungsstark. Vielleicht muss sie das sein; der Beruf, den sie gewählt hat, fordert sie, ihre Verwandten, ihre Freunde, ja, die Gesellschaft, in der sie lebt, jeden Tag aufs Neue heraus: Ayyoub ist Reporterin und zwar eine, die es ernst meint mit den Ansprüchen aus dem Lehrbuch für Qualitätsjournalismus. Das ist an und für sich schon ein Grund, auf der Hut zu sein in dem schmalen Streifen Land, der von der islamistischen *Hamas*³ – von der EU als Terrororganisation eingestuft –, regiert wird. Um die Meinungsfreiheit ist es in Gaza nicht gut bestellt: Die Islamisten verbieten beispielsweise Demonstrationen, die sich für eine Aussöhnung des innerpalästinensischen Bruderkriegs zwischen

der *Hamas* und ihrem säkular orientierten Gegenstück *Fatah* aussprechen, erzählt Ayyoub. Proteste, die der in Gaza seit 2007 regierenden Partei in die Hände spielen, werden dagegen geduldet: Nachdem Mahmud Abbas im Herbst 2016 die Beerdigung des israelischen Politikers Schimon Peres⁴ besuchte, brannten auf Gazas Straßen Fotos des Palästinenserpräsidenten. Kritische Berichterstattung ist in Gaza dagegen unerwünscht.⁵ Abeer Ayyoub ist aber nicht nur ein gutes Beispiel für eine Journalistin, die um unabhängige Recherchemöglichkeiten innerhalb einer autokratischen Gesellschaft kämpft. Nach der Meinung nicht weniger Landsleute steht sie sogar mit dem Teufel im Bunde: Die junge Frau schreibt auch für die linksliberale israelische Tageszeitung *Ha'Arezt*.

Der Jahrzehnte währende Konflikt der arabischen Nachbarstaaten mit dem jüdischen Staat beschränkt sich

Die arabisch-israelischen Kriege

	arabische Bezeichnung	israelische Bezeichnung	direkte Kriegsparteien
1948/49	„an-Nakba“ („Katastrophe“)	„Unabhängigkeitskrieg“	Ägypten, Syrien, Libanon, Transjordanien und Irak–Israel
1956	„Suez-Krieg“	„Sinai-Krieg“/„Operation Kadesh“	Israel, Großbritannien und Frankreich–Ägypten
1967	„Juni-Krieg“	„Sechstage-Krieg“	Israel–Ägypten, Syrien und Jordanien
1973	„Oktober-Krieg“/„Ramadan-Krieg“	„Yom-Kippur-Krieg“	Ägypten und Syrien–Israel
1982	„al-ljtiyah“ („Invasion“)	„Libanon-Krieg“	Israel–Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) im Libanon und Syrien
2006	„Juli-Krieg“/„33-Tage-Krieg“	„Zweiter Libanon-Krieg“	Israel–Hizbollah im Libanon

.....
 3 Der Begriff bedeutet „Eifer“ und ist zugleich ein Akronym für *Harakat al-Muqawama al-islamiya*, „islamische Widerstandsbewegung“. Eine ältere, doch nichtsdestoweniger lesenswerte Analyse insbesondere der Ursprünge der *Hamas* stammt von Joseph Croitoru: *Hamas. Der islamische Kampf um Palästina*, München 2007.

.....
 4 Der Friedensnobelpreisträger ist am 28. September 2016 im Alter von 93 Jahren gestorben. Ein Nachruf auf den „Homo politicus“: Dominik Peters: Auf der Suche nach der verlorenen Zeit, in: zenithonline, 28.09.2016, <http://zenithonline.org/schimon-peres-ist-tot-auf-der-suche-nach-der-verlorenen-zeit> [Stand: 16.11.2016].

5 In der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen werden die Palästinensergebiete derzeit auf Platz 132 von 180 Staaten geführt. Auch Freedom House schätzt die Pressefreiheit in allen Unterbereichen als „nicht frei“ ein. Vgl. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2016/Rangliste_der_Pressefreiheit_2016.pdf; <https://freedomhouse.org/report/freedom-press/2016/west-bank-and-gaza-strip> [Stand: 16.11.2016].

in den vergangenen Jahren auf die eng begrenzte Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern. Die beiden Intifadas⁶ kosteten tausende Menschen das Leben. Längst haben Ägypten und Jordanien offiziell ihren Frieden mit Israel gemacht⁷, an der Grenze zum Libanon kommt es nur noch zu kleineren Scharmützeln⁸, Syrien hat seit Jahren bekanntermaßen gravierendere Probleme als den ungeliebten Nachbarn im Süden⁹. Im Schatten der Berichterstattung über andere Brandherde der Region brodeln der Kern des Konflikts unterdessen unvermindert weiter. Erst im Oktober erschoss ein Palästinenser aus Ostjerusalem an einem Bahnhof aus einem fahrenden Auto heraus zwei Menschen – die Hamas bezeichnete den Mann als aktives Mitglied der Bewegung.¹⁰ Radikale jüdische Siedler greifen Palästinenser an; junge Palästinenserinnen und Palästinenser machen Schlagzeilen, weil sie mit Messern auf Israelis losgehen.¹¹ Doch auch die Verhältnismäßigkeit des Umgangs der israelischen Polizisten und Soldaten mit den Angreifern steht in der Kritik: Etliche wurden erschossen, auch wenn sie Augenzeugen zufolge

zu diesem Zeitpunkt bereits handlungsunfähig waren. Soldaten und Sicherheitskräfte haben die Anweisung, bei einem Angriff unverzüglich das Feuer zu eröffnen.¹² Die Praxis der israelischen Besatzung – der stete Ausbau der jüdischen Siedlungen, der Umgang mit den Palästinensern an den Checkpoints, die Wasser- und Stromversorgungspolitik – sorgt weiterhin für scharfe Diskussionen. Und doch dürfen weder Israelis noch Palästinenser nur als Protagonisten in einem Territorialkonflikt betrachtet werden. Es lohnt sich, den Alltag der Menschen zu betrachten, der auch, aber nicht nur von der politischen Situation bestimmt wird.

Was ist Palästina?

Genau genommen gibt es das gar nicht: Palästina. Wohl als Geschichte, auch als Idee, nicht aber als Bezeichnung für einen souveränen Staat auf der Weltkarte des Jahres 2016. Auf international-diplomatischem Terrain unter mit Israel verbündeten Staaten ist meist von „palästinensischen Gebieten“ die Rede. Die Staatlichkeit Palästinas ist hoch umstritten¹³ – doch souverän ist das territorial unzusammenhängende Gebilde ohne jeden Zweifel nicht. Nur wenige Staaten, allen voran Israel selbst, bestreiten, dass das Kerngebiet der Palästinenser seit mittlerweile fünfzig Jahren besetzt ist. 1995 wurde das den Palästinensern im Teilungsplan der Vereinten Nationen (UN) von 1947 zugesprochene Westjordanland schließlich in drei Zonen unterteilt¹⁴, die unterschiedliche Souveränitätsstatus bedeuten: Zone A ist das Selbstverwaltungsgebiet der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA)¹⁵, in Zone B

6 Der Begriff geht auf das arabische Verb für „sich erheben, abschütteln“ zurück und steht für die Aufstände der Palästinenser gegen Israel. Die erste *Intifada*, die oftmals verharmlosend als „Krieg der Steine“ betitelt wird, dauerte von 1987 bis 1991 und bezeichnet den zivilen Ungehorsam der Palästinenser, der schließlich in palästinensischen Terror und Gewaltakte auf beiden Seiten eskalierte. Der zweite Aufstand, als *Al-Aqsa-Intifada* bekannt, begann im Jahr 2000 mit Protesten gegen den Besuch des von mehr als tausend Polizisten begleiteten israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg. Wieder folgte eine massive Gewaltwelle – erst 2005 vereinbarte Palästinenserpräsident Abbas mit Scharon einen Waffenstillstand im ägyptischen Sharm el-Sheikh.

7 Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag wurde 1979 in Washington geschlossen, als Zeuge unterschrieb der damalige US-Präsident Jimmy Carter. Anwar as-Sadat, der ägyptische Präsident, wurde wegen des arabischen Tabubruchs der Anerkennung Israels zwei Jahre später von Islamisten ermordet. Der Friedensvertrag mit Jordanien folgte erst 1994 unter der Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton. Die Originaltexte sind online einsehbar: <http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/peace/guide/pages/israel-egypt%20peace%20treaty.aspx> u. <http://www.kinghussein.gov.jo/peacetreaty.html> [Stand: 16.11.2016].

8 Der letzte Krieg zwischen Libanon und Israel liegt mittlerweile ein Jahrzehnt zurück. Die mit der Hamas verbündete libanesisische *Hizbollah*-Miliz ist jedoch für Zwischenfälle an der Grenze verantwortlich, bei der auch immer wieder Menschen getötet werden.

9 Vgl. auch das Länderporträt der Autorin Kristina Milz: Syrien stirbt, in: *Einsichten und Perspektiven*. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, 1 (2016), S. 4–21.

10 Vgl. die *dpa*-Meldung: Zwei Tote durch Schüsse aus Auto in Jerusalem, in: *Zeit Online*, 09-10-2016, <http://www.zeit.de/news/2016-10/09/konflikte-zwei-tote-durch-schuesse-aus-auto-in-jerusalem-09193402> [Stand: 16.11.2016].

11 Israelische Medien haben für die gehäuften Vorfälle im Oktober 2015 den Begriff „Messer-Intifada“ geprägt. Vgl. beispielsweise Israel Harel: Netanyahu Is Helpless in the Face of Palestinian Solidarity, in: *Ha’Aretz*, 03.03.2016, <http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.706666> [Stand: 16.11.2016].

12 Dabei sind 200 Palästinenser erschossen worden. Vgl. dazu den ARTE-Bericht vom 22.04.2016: <http://info.arte.tv/de/israel-und-palaestina-gegen-die-messer-intifada> [Stand: 16.11.2016].

13 Israel und seine Verbündeten wehren sich gegen diese Vorstellung. Viele Staaten erkennen den palästinensischen Staat jedoch an: Eine diplomatische Welle begann im Dezember 2010 in den lateinamerikanischen Staaten von Brasilien bis Peru, Island folgte 2011. In Europa benannten im selben Jahr Großbritannien, Spanien und Österreich die palästinensischen Vertretungen zu Botschaften um. Im November 2012 wurde die Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) auf Antrag des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas zum Beobachterstaat der Vereinten Nationen aufgewertet; Deutschland hatte sich der Stimme enthalten. Mit diesem Status können die Palästinenser Klagen beim Internationalen Gerichtshof erheben.

14 Dies geschah im Rahmen des „Interimsabkommens über das Westjordanland und den Gazastreifen“ vom 28.09.1995, besser bekannt als „Oslo II“. Der Volltext findet sich hier: <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Peace/interim.html> [Stand: 16.11.2016].

15 Sie wurde 1994 als Teil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ als quasi-staatliche Einrichtung geschaffen. In den Osloer Verträgen war die Zukunft der PA nicht explizit geregelt, es herrschte jedoch Konsens darüber, dass sie die Basis für einen zu gründenden Palästinenserstaat bilden sollte.

kümmern sich die Palästinenser dem Plan zufolge selbst um die zivilen Angelegenheiten, stehen jedoch unter der Kontrolle des israelischen Militärs. Zone C – 62 Prozent des Territoriums – wird gänzlich vom israelischen Militär verwaltet. Ein Blick auf die jüngste Karte der UN macht deutlich, wie komplex dieses System ist: Bei den Zonen handelt es sich mitnichten um großflächige Einteilungen, sondern vielmehr um einen Flickenteppich, der dafür sorgt, dass die israelische Kontrolle im ganzen Gebiet gewährleistet ist. Das Festhalten an der Souveränität über die Sicherheitspolitik liegt auch darin begründet, dass mittlerweile mehr als eine halbe Million israelische Staatsbürger in Siedlungen im Westjordanland leben, die vom Militär geschützt werden. Die Siedlungen selbst sowie ein mal mehr, mal weniger großes Gebiet um sie herum, dürfen von Palästinensern nicht betreten werden. Anders ist es in Gaza, dem Küstenstreifen am östlichen Mittelmeer: Hier haben sich die Israelis militärisch zurückgezogen und gegen den Widerstand der Siedler deren Häuser zwangsgeräumt. Heute kontrolliert Israel die nördliche und östliche Grenze zum eigenen Staatsgebiet, Ägypten wacht über den Süden. Innerhalb Gazas hat die *Hamas* faktisch die komplette Kontrolle übernommen.

Der historische Palästina-Begriff bezeichnete einst Teile des Gebiets der heutigen Staaten Israel und Jordanien sowie den Gazastreifen und das Westjordanland. Über vier Jahrhunderte herrschten hier die Osmanen. Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, an dessen Ende das britische Völkerbund-Mandat¹⁶ über das Gebiet stand, lebten rund 720.000 Menschen in Palästina: 83 Prozent Muslime, elf Prozent Christen und fünf Prozent Juden, die in Jerusalem allerdings bereits zum damaligen Zeitpunkt die größte



Quelle: weltkarte.com

Bevölkerungsgruppe ausmachten.¹⁷ Das Erstarken des europäischen Antisemitismus (und damit einhergehend auch des Zionismus) sowie schließlich die Ermordung der europäischen Juden führten dazu, dass sich immer mehr verfolgte Menschen auf den Weg ins „Gelobte Land“ machten. Auseinandersetzungen zwischen arabischen und jüdischen Bewohnern nahmen zu – die Vereinten Nationen arbeiteten eine Lösung des Konflikts aus, indem Palästina in zwei Staaten geteilt werden sollte: einen jüdischen und einen arabisch-palästinensischen.

16 Die Briten übernahmen 1920 das Mandat für Palästina aus der Konkursmasse des Osmanischen Reichs. Im geheimen „Sykes-Picot-Abkommen“ von 1916 hatten Frankreich und England ihre kolonialen Interessengebiete im Nahen Osten aufgeteilt. Das widersprach fundamental dem Versprechen eines panarabischen Staates, der den Arabern im Ersten Weltkrieg von den Briten zugesagt worden war, damit sie sich gegen die Osmanen, die mit Deutschland verbündet waren, auflehnten. 1917 stellte Großbritannien im Rahmen der „Balfour-Deklaration“ außerdem in Aussicht, in Palästina eine „nationale Heimstätte“ des jüdischen Volkes zu erschaffen.

17 Noch 1880 lebten in Palästina nur rund 460.000 Menschen. Viele Bewohner waren aus anderen Teilen des Osmanischen Reichs wie Ägypten, Bulgarien, Rumänien oder Algerien zwangsumgesiedelt worden. Vgl. Gil Yaron: Jerusalem. Ein historisch-politischer Stadtführer, Bonn 2008, S. 130.

Die arabischen Staaten weigerten sich, dem UN-Teilungsplan zuzustimmen. Nachdem im Mai 1948 das britische Mandat über Palästina endete, wurde der Staat Israel gegründet. Nach dem daraus resultierenden arabisch-israelischen Krieg, den die Israelis „Unabhängigkeitskrieg“, die Palästinenser aufgrund der Vertreibung und Flucht aus ihren Heimatorten *an-Nakba*, „die Katastrophe“ nennen, verwaltete Ägypten den Gazastreifen, Jordanien das Westjordanland¹⁸. Im Krieg von 1967, als „Sechstagekrieg“ bezeichnet¹⁹, eroberte Israel auch diese Gebiete.²⁰ 1967 kann wegen der demonstrativen Selbstbehauptung des jüdischen Staates nicht nur als „Israels zweite Geburt“²¹ bezeichnet werden, sondern auch als Geburt dessen, was heute der palästinensische Staat sein könnte: die damals von Israel besetzten palästinensischen Gebiete, die territorial voneinander getrennt sind. Im Folgenden wird es nicht um die arabischen Bürger Israels²² oder diejenigen Palästinenser gehen, die in der Diaspora²³ leben und deren Rückkehrrecht ständige Verhandlungsmasse in Friedenskonferenzen für Nahost ist. Es werden die Menschen in den Blick genommen, die heute auf dem Gebiet eines potentiellen palästinensischen Staates leben. Über dieses Palästina zu schreiben ist ungefähr so, wie über drei Inseln zu berichten, deren Bewohner eine Geschichte und auch eine Lesart der Geschichte teilen, deren Lebensrealitäten sich aber fundamental voneinander unterscheiden:

-
- 18 Im Krieg besetzte Jordanien das Westjordanland und annektierte es später völkerrechtswidrig.
- 19 Der Krieg, in dem die arabischen Kontrahenten eine vernichtende Niederlage erlitten, dauerte in der Tat nur sechs Tage: vom 5. bis zum 10. Juni 1967.
- 20 Israel eroberte auch den ägyptischen Sinai und die syrischen Golanhöhen. Der Sinai wurde den Ägyptern 1982 zurückgegeben, der Golan wird bis heute, abgesehen von einem kleinen Landstrich, der seit 1974 unter Kontrolle der Vereinten Nationen steht, de facto von Israel kontrolliert und ist ein ständiger potentieller Konfliktherd mit Syrien, das das Gebiet für sich beansprucht.
- 21 So der deutsche Untertitel des Bandes von Tom Segev: 1967. Israels zweite Geburt, Bonn 2007. Im englischen Original heißt es im Vergleich reichlich unpathetisch „Israel, the War, and the Year that Transformed the Middle East“, New York 2007.
- 22 Viele von ihnen bezeichnen sich in erster Linie als Palästinenser, auch wenn sie israelische Staatsbürger sind. Heute leben etwa 25 Prozent Araber im Staat Israel. Vgl. The World Fact Book: Israel, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/is.html> [Stand: 16.11.2016].
- 23 Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden im ersten arabisch-israelischen Krieg sowie im Sechstagekrieg ca. eine Million Menschen aus Palästina vertrieben. Sie leben heute mit ihren Nachkommen vor allem in Jordanien, Libanon und anderen arabischen Staaten wie Syrien; bei der Diaspora soll es sich um etwa sieben Millionen Menschen handeln. Vgl. zur palästinensischen Flüchtlingsproblematik Susan Akram: Palestinian Refugees and Their Status: Rights, Politics and Implications for a Just Solution, in: Journal of Palestine Studies 31/3 (2002), S. 36–51.

politisch, privat und zunehmend auch kulturell. Diese drei Inseln sind neben Abeer Ayyoubs Heimat Gaza Ostjerusalem und das Westjordanland. Auf dem Gebiet an der Grenze zu Jordanien, in dem die meisten Palästinenser leben²⁴, befindet sich die provisorisch-pragmatische Hauptstadt eines nicht existierenden Staates: Beginnen wir im Vorzimmer des ehemaligen palästinensischen Religionsministers Mahmud al-Habbash in Ramallah.²⁵

Ein Karikaturen-Streit auf Palästinensisch

Arafat²⁶, in Gold gerahmte Ikone, hängt schief an der Wand. In der linken hinteren Ecke, wo der Putz bröckelt, das deutlich kleinere Porträt des derzeitigen Präsidenten Abbas. Habbash, ehemals Mitglied der *Hamas* und Abbas' Berater in religiösen Fragen, sagt: „Die Entscheidung des Präsidenten, eine Untersuchungskommission einzuleiten, war weise.“ Die Kommission, von der Habbash spricht, sollte klären, inwiefern der Karikaturist Mohammad Saba'aneh und die Redaktion der Zeitung *Al-Hayat al-Jadida*, das offizielle Organ der PA, den Islam verunglimpft haben. Der Islam verbiete es, den Propheten zu zeichnen, sagt Habbash. Karikaturist Saba'aneh habe mit seiner vermeintlichen Mohammed-Karikatur gegen das Bilderverbot²⁷ verstoßen.

Ein alter Mann in orientalischer Kleidung steht auf einem Globus und sät aus einer herzförmigen Tasche Samen der Liebe auf die Welt. Die ersten scheinen auf Frankreich zu fallen. So sieht sie aus, die Karikatur, die zur politischen Chefsache im Westjordanland wurde. Der Titel der Zeichnung: „Prophet Muhammad“. Europa hatte seine Debatte um „Mohammed-Karikaturen“ 2005²⁸, Palästina hatte seine ganz eigene Kontroverse im Februar 2015 – und die schaffte es bis in den Präsidenten-

-
- 24 Einer Schätzung aus dem Sommer zufolge leben etwa 2.700.000 Palästinenserinnen und Palästinenser im Westjordanland; die Zahl beinhaltet Ostjerusalem. Vgl. The World Factbook: West Bank, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/we.html> [Stand: 16.11.2016].
- 25 Vgl. Kristina Milz: Die Krux mit den Karikaturen, in: zenithonline, 07.05.2015, <http://www.zenithonline.de/deutsch/gesellschaft/a/artikel/die-krux-mit-den-karikaturen-004406/> [Stand: 06.11.2016].
- 26 Ein Porträt des ersten Palästinenserpräsidenten, der heute stark verklärt wird, findet sich bei Christoph Dinkelaker: Yassir Ohnland, in: Daniel Gerlach/Christian H. Meier (Hg.): Der Nahe Osten in hundert Köpfen. Biografische Skizzen zu Zeitgeschichte und Gegenwart, Bonn 2012, S. 56 f., S. 48–51.
- 27 Das Bilderverbot ist theologisch umstritten, da es sich nicht mit dem Koran belegen lässt. Man argumentiert mit verschiedenen Überlieferungen aus der postmohammedanischen Zeit.
- 28 In der dänischen Tageszeitung *Jyllands-Posten* wurde unter dem Titel „Das Gesicht Mohammeds“ eine Serie von zwölf Karikaturen veröffentlicht, die ein ägyptisches Blatt nachdruckte. In der islamischen Welt kam es daraufhin zu Protesten und gewalttätigen Ausschreitungen.

tenpalast. Während in Europa über Karikaturen diskutiert wurde, die den Propheten als Terroristen darstellen oder den Gründer des Islam ins Lächerliche ziehen, erregte im Westjordanland dieses ganz andere Bild die Gemüter. „Es ist nötig, mit abschreckenden Mitteln gegen jene vorzugehen, die für diesen schrecklichen Fehler verantwortlich sind“, erklärte Palästinenserpräsident Abbas gegenüber der heimischen Nachrichtenagentur WAFA die Einsetzung der Untersuchungskommission.



Hat er gegen das Bilderverbot verstoßen? Karikaturist Mohammad Saba'aneh hat mit seiner Zeichnung eine Debatte ausgelöst.

Auf seiner Facebook-Seite verteidigte sich derweil der Karikaturist, er habe lediglich den Islam verteidigen wollen. Dabei habe er dieselben Mittel gewählt wie manche Kollegen, die den Propheten beleidigen. Zwei Tage nach Erscheinen der Karikatur Saba'anehs entschuldigte sich das Regierungsblatt *Al-Hayat* – die drittgrößte palästinensische Zeitung – für die Veröffentlichung und bestritt, dass es sich bei der dargestellten Person um den Propheten handle. Die Figur sei als personifizierter Islam zu deuten. „Viele waren sehr erbost und die Zeitung musste etwas tun, damit sie aufhören, darüber zu streiten“, sagt Saba'aneh in seinem Büro in der *Arab American University* in Ramallah. „Für mich ist diese Erklärung vielleicht nicht akzeptabel, aber aus Sicht der Zeitung kann ich es nachvollziehen“, meint er. „Der Fall hat keine große Aufmerksamkeit in der Gesellschaft erregt“, versucht derweil Habbash, der Religionsberater, die Sache herunterzuspielen: „Wir haben herausgefunden, dass es keine böse Absicht auf Seiten der Zeitung oder des Künstlers gab. Jetzt ist alles geklärt.“ Aber: Zehn Tage musste der Hauskarikaturist seine Arbeit bei *Al-Hayat* ruhen lassen. Die von Abbas angekündigte Untersuchung habe aus einer Befragung seines Chefredak-

teurs und seiner selbst bestanden, erzählt Saba'aneh und grinst. Seine neueste Karikatur war da bereits im Blatt.

Der Fall Mohammad Saba'aneh ist ein Lehrstück über Religion und Gesellschaft in Palästina. Er zeigt, dass die Pressefreiheit nicht nur von den israelischen Behörden und den innenpolitischen Konfliktparteien Hamas und Fatah beeinträchtigt wird, sondern auch davon, was der Karikaturist selbst als „gesellschaftliche Zensur“ bezeichnet. Moralische Überzeugungen der palästinensischen Bevölkerung, insbesondere die religiöse Tradition, beschneiden das Recht auf Meinungsfreiheit auf indirektem Wege. Und das kann schon einmal dazu führen, dass ein säkular orientierter Präsident, beraten von einem ehemaligen islamistischen Politiker, eine islamfreundliche Karikatur verteufelt, die als Bildnis des Propheten interpretiert werden kann. Einer Umfrage²⁹ zufolge spielen religiöse Traditionen für nahezu alle Palästinenser eine wichtige Rolle in ihrem Leben. Interessant ist, dass sich aber nur 45,7 Prozent der Palästinenser selbst entschieden als religiös bezeichnen würden³⁰ – die islamischen Traditionen sind also in die Kultur übergegangen und nicht zwangsweise an einen tiefen Glauben gebunden.

„Mohammad wirkt winzig, alt und müde“

Mirvat Sadeq, Online-Reporterin des arabischen Nachrichtensenders *Al-Jazeera*, war eine der ersten, die Saba'anehs Karikatur öffentlich kritisierte. Die junge Frau arbeitet in einem duftenden Zimmer voller Pflanzen und bunter Blumen, das zu einem journalistischen Gemeinschaftsbüro in Ramallah gehört. Auch unter den Kollegen wurde der Vorfall heiß diskutiert. Sie betont, dass sie Saba'aneh, mit dem sie befreundet ist, sehr schätzt. Sie begrüßt auch die Aussage der Karikatur. Dennoch hätte er ihrer Ansicht nach den Propheten nicht zeichnen sollen: Mit dem Bilderverbot verhindere der Islam eine Vergöttlichung Mohammeds, der nur als Mensch gesehen werden darf. Außerdem, fährt sie argumentativ wenig stringent fort, habe ihr nicht gefallen, wie die Figur gezeichnet wurde: „Mohammad wirkt winzig, alt und müde“, sagt sie. In ihrer Vorstellung sei der Prophet Gottes das genaue Gegenteil.

.....

29 Fast 95 Prozent gaben an, im Ramadan an den meisten oder sogar an allen Tagen zu fasten. Dass sie in diesem Monat alle Gebete verrichten, sagten 86 Prozent. Vgl. Media and Communication Center Jerusalem: Poll No. 82, October 2014, <http://www.jmcc.org/documentsandmaps.aspx?id=867> [Stand: 16.11.2016].

30 In Gaza sind es 57,2 Prozent. Vgl. Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR): The Palestinian-Israeli Pulse: A Joint Poll, June 2016, S. 21, <http://pcpsr.org/sites/default/files/Joint%20June%202016%20table%20of%20findings%20English%2016%20August%202016.pdf> [Stand: 16.11.2016].



Mirvat Sadeq arbeitet für den Nachrichtensender Al-Jazeera.

Religiöse und politische Befindlichkeiten zwingen die Meinungsfreiheit in Palästina in ein enges Korsett. Der Karikatur liegt zudem ein gänzlich anderes Konzept zugrunde, als es die europäischen Kollegen für sich beanspruchen.³¹ Saba'aneh sagt, er wolle mit seiner Kunst auf die Probleme des palästinensischen Volkes aufmerksam machen. Das gilt für viele seiner Kollegen: Nach dem Witz ohne tieferen Sinn sucht man meist vergeblich.³² Die Ablehnung der scheinbar moral- und sinnfreien Satire, die vor nichts und niemandem Halt macht, ist nicht unbedingt eine Eigenheit islamisch geprägter Länder. Es ist vielmehr Ausdruck religiös geprägter Gesellschaften, die konträr zu solchen stehen, in welchen der Mehrheitsbevölkerung nichts mehr heilig zu sein scheint. Suleiman Mansour, einer der bekanntesten palästinensischen Maler, ist wie ungefähr zwei Prozent seiner Landsleute Christ. „Wenn ich die Mohammed-Karikaturen sehe, macht es mir nichts aus, aber für viele ist es beleidigend. Religionskritik ist in Ordnung, aber über den Glauben anderer zu lachen, ist es nicht“, sagt er über die europäische Debatte.

31 Dort halten es schließlich viele mit Tucholsky: Satire darf alles. Oftmals nimmt sie einen nihilistischen oder dadaistischen Charakter an. Sie verbiegt und verlacht. Wer diese Art von Humor nicht kennt oder ihr nichts abgewinnen kann, sagt auch: Sie verletzt. Karikaturen aus der Region des Nahen Ostens sind dagegen meistens eine Spielart politisch ambitionierter Kunst. Sie kritisieren, prangern an, zeigen Ungerechtigkeiten auf.

32 Eine junge Entwicklung sind Videos aus arabischen Ländern, die sich über den selbsternannten „Islamischen Staat“ lustig machen. Sie nehmen keine Rücksicht auf die Vorwürfe, dass dessen Gräueltaten damit verharmlost würden. Damit stoßen sie allerdings in großen Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis.



Informationsminister Mahmud Khalefa räumt Verletzungen der Meinungsfreiheit in Palästina ein.

In Palästina herrscht ein schwieriges Klima für Künstler und Journalisten. Nach einer Umfrage sind nur 16 Prozent der Bevölkerung im Westjordanland der Meinung, dass es dort Pressefreiheit gebe. Nur ein Drittel der Menschen gibt an, die Palästinensische Autonomiebehörde öffentlich kritisieren zu können, ohne Angst zu haben.³³ „Wir sagen nicht, dass die Situation ideal ist“, gibt der palästinensische Informationsminister Mahmud Khalefa zu.³⁴ „Es gibt Verletzungen der Meinungsfreiheit. Es gibt aber auch die, die sagen, sie seien aus diesem Grund verhaftet worden, bei denen aber eine kriminelle Tat vorlag“, so Khalefa. Und man dürfe bei den Zahlen nicht vergessen, dass jedes Mal, wenn ein Journalist, ein Fotograf

33 Der Anteil der Bewohner Gazas, die dasselbe glauben, liegt noch darunter (14 Prozent). Vgl. Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR): Palestinian Public Opinion Poll No. 61, 27.09.2016, S. 4, <http://pcpsr.org/sites/default/files/Poll-61-English%20Full%20Text%20%20designe.pdf> [Stand: 16.11.2016].

34 Hier und im Folgenden vgl. Milz (wie Anm. 25).



Der Al-Manara-Platz mit den steinernen Löwen – ein Kreisverkehr im Zentrum Ramallahs – wird oft als Ort für Demonstrationen genutzt.

oder der Fahrer eines Medienvertreters verhaftet werde, es irgendeine Organisation als Beschränkung der Meinungsfreiheit einstufe. Die Rahmenbedingungen im Westjordanland seien zudem nicht mit denen im von der Hamas beherrschten Gaza zu vergleichen.³⁵

Der palästinensische Bruderstreit

Der Streit um Saba'anehs Karikatur wirft auch ein Schlaglicht auf den palästinensischen Bruderkonflikt: Im Westjordanland regiert die Fatah, in Gaza die Hamas. Letztere hat aber in ganz Palästina Aufwind: Bei der Parlamentswahl im Jahr 2006 erreichten die Islamisten erstmals die Mehrheit der Stimmen – die Hamas errang 76 der 120 Sitze im palästinensischen Parlament und stellte alle Minister³⁶ –, bei den Hochschulwahlen an der palästinensischen

Birzeit-Universität im April 2016 dominierte die Hamas-nahe Hochschulgruppe „Islamischer Block“ bereits zum zweiten Mal.³⁷ Dabei handelt es sich nur auf den ersten Blick um eine ideologische Auseinandersetzung um den Stellenwert der Religion, den diese in den Augen der Anhänger der beiden Parteien in der Politik einnehmen sollte.³⁸ Der Sieg von 2006 sollte vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden Unzufriedenheit der Palästinenser mit der Jahrzehnte langen Herrschaft der Fatah gesehen werden: Sowohl die Erfolglosigkeit in der Auseinandersetzung mit Israel, als auch die grassierende Korruption³⁹ wollten viele nicht mehr länger hinnehmen. Nicht wenige

35 Karikaturist Saba'aneh berichtet in der Tat über verbale Attacken in sozialen Netzwerken und Telefonterror von Anhängern der Hamas, die in Gaza an der Macht ist. Er beschreibt aber auch Zensurmaßnahmen seiner Zeitung, die der Fatah-dominierten Autonomiebehörde gehört: Er könne alles zeichnen, was er wolle, sagt er. Was dann aber publiziert werde, sei eine andere Frage. Er hoffe, dass seine Arbeit von der Debatte um seine Karikatur nicht beeinflusst wird. Schon gar nicht im Sinne einer Selbstzensur. Sicher ist er sich da aber nicht.

36 Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 206f.

37 Dies ist der letzte Stimmtest, da die Kommunalwahlen in Palästina verschoben wurden. Vgl. Marc Frings u. Bastian Schröder: Letzte Festung Kommunalpolitik, in: Länderbericht (Konrad-Adenauer-Stiftung Ramallah), Mai 2016, http://www.kas.de/wf/doc/kas_45298-1522-1-30.pdf?160525110831 [Stand: 16.11.2016].

38 Auch der Konflikt zwischen *Hamas* und *Fatah* ist mehr machtpolitischer als ideologischer Natur: Die *Fatah* ist weitaus religiöser als in der landläufigen Wahrnehmung, die *Hamas* ist im Kern ebenso nationalistisch orientiert wie die *Fatah*.

39 Jüngste Zahlen veranschaulichen das Problem: 79 Prozent der Befragten gaben in einer Umfrage an, dass in den Institutionen der PA Korruption herrsche, fast die Hälfte sehen die Autonomiebehörde als Bürde für das palästinensische Volk. Vgl. PSR (wie Anm. 33), S. 4.

Beobachter sind davon überzeugt, dass viele Wähler mit der Wahl der *Hamas* ausschließlich eine Abstrafung der *Fatah* im Sinn hatten. Dass sie damit politische und religiöse Repression gleich mitwählten, erschien ihnen offensichtlich als das kleinere Übel.

Die in Ramallah regierende *Fatah* ist jedoch nicht nur eine Meisterin der Klüngelpolitik, sondern auch eine der Selbsterfleischung: Im November 2016 kam es zu heftigen Schießereien in den größeren Städten des Westjordanlandes Ramallah, Nablus und Dschenin.⁴⁰ In den dortigen Flüchtlingslagern fanden Gefechte lokaler Milizen und der Sicherheitskräfte der palästinensischen Autonomiebehörde statt. Hintergrund dafür ist eine Auseinandersetzung innerhalb der *Fatah*: Der seit zwölf Jahren regierende 81-jährige Palästinenserpräsident Abbas, der sich zuletzt 2005 einer Wahl stellte, wird von Mohammad Dahlan herausgefordert, einem ehemaligen Günstling Arafats, der als erfolgreicher Geschäftsmann im Exil am Golf weilt, sich aber für einen Generationenwechsel in Palästina positioniert. Dahlan, der selbst in einem Flüchtlingslager geboren wurde, hat hier seine treuesten Anhänger. Nach Arafats Tod im Jahr 2004 war Dahlan palästinensischer Innenminister, überwarf sich jedoch 2010 mit Abbas, nachdem er dessen Söhne öffentlich der Korruption beschuldigte – der Palästinenserpräsident wiederum bezichtigte Dahlan des Giftmordes an Arafat⁴¹ und erreichte dessen Verurteilung in Abwesenheit. Gegenwärtig versucht Mohammad Dahlan sich mithilfe des „Arabischen Quartetts“ – Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate – als Nachfolger Abbas' ins Spiel zu bringen⁴², auch wenn er nach außen bescheiden den palästinensischen Volkshelden Marwan al-Barghouthi⁴³ als Präsidentenanwärter propagiert.

Die politischen Grabenkämpfe im Westjordanland stehen dem im Weg, was lange auch international unter dem

40 Hier und im Folgenden vgl. Peter Münch: Gewaltvoller Generationenwechsel, in: Süddeutsche Zeitung vom 07.11.2016, S. 6.

41 Um die Todesursache des langjährigen Palästinenserpräsidenten ranken sich diverse (Verschwörungs-)Theorien. Vgl. Dinkelaker (wie Anm. 26), S. 51.

42 Diese Staaten präsentierten jüngst einen Plan für Palästina, der sich für eine Versöhnung der *Fatah* mit der *Hamas* ausspricht, Friedensverhandlungen mit Israel fordert – und eine Rückkehr Mohammad Dahlans ins Westjordanland verlangt.

43 Barghouthis Chancen auf das Amt sind eher gering: Er sitzt wegen seiner Rolle während der zweiten Intifada – er war in mehrere Anschläge mit Todesopfern verwickelt – eine Haftstrafe von fünfmal lebenslänglich in Israel ab. Ein Porträt über den Politiker findet sich bei Christoph Dinkelaker: Volkstribun hinter Gittern, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 58 f.

Schlagwort „Fayyadismus“⁴⁴ gefeiert wurde: die Schaffung einer realen Grundlage für die Anerkennung eines palästinensischen Staates.⁴⁵ Der promovierte Ökonom und Premierminister Salam Fayyad⁴⁶ fuhr ab 2009 unter dem Motto „Die Besatzung beenden, den Staat errichten“ eine offensive und durchaus erfolgreiche Reformpolitik, die Korruption bekämpfte und quasi-staatliche Infrastruktur aufbaute. Fayyad war nach der politischen Spaltung der Palästinensergebiete im Jahr 2007⁴⁷ von Palästinenserpräsident Abbas zum Kopf einer „Notstandsregierung“ ernannt worden. Der neue Premier ging hart gegen jede Aktivität der Islamisten im Westjordanland vor; dasselbe galt allerdings auch für Journalisten, die der *Hamas* nahestanden oder schlicht kritisch berichteten.

Doch Fayyad nahm sich auch die *Fatah* vor: 2011 befanden die Weltbank⁴⁸ und der Internationale Währungsfonds, dass Fayyad „die zuvor für Vetternwirtschaft, wirtschaftliche Stagnation und Sicherheitschaos berüchtigte PA von Grund auf reformiert habe“⁴⁹. Die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton wurde gar mit den Worten zitiert, dass es nur drei Personen in Ramallah gebe, die das volle Vertrauen Washingtons genossen: „Fayyad, Fayyad und nochmals Fayyad“.⁵⁰ Auch das israelische sicherheitspolitische Establishment zollte dem Erfolg Respekt: In Anbetracht des eigenen Sicherheitsinteresses und der konstruktiven Zusammenarbeit mit der palästinensischen Regierung

44 In der *New York Times* definierte der Reporter Friedman den Begriff: „Fayyadism is based on the simple but all-too-rare notion that an Arab leader's legitimacy should be based not on slogans or rejectionism or personality cults or security services, but on delivering transparent, accountable administration and services.“ Thomas L. Friedman: Green Shoots in Palestine, in: *New York Times*, 04.08.2009, <http://www.nytimes.com/2009/08/05/opinion/05friedman.html> [Stand: 13.11.2016].

45 Vgl. hier und im Folgenden: Judith Althaus u. Michael Bröning: „Arabischer Frühling“ in Palästina, in: *Arabische Zeitenwende. Aufstand und Revolution in der arabischen Welt*, Bonn 2012, S. 221–231, hier S. 228 f.

46 2005 gründete Fayyad zusammen mit der Politikerin Hanan Aschrawi die Kleinpartei „Der Dritte Weg“, er war also kein Mitglied der *Fatah*. Ein Porträt des Politikers findet sich bei Daniel Gerlach: Der heimliche Staatsgründer, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 56 f.

47 Nach dem Wahlerfolg der *Hamas* im Jahr 2006 wurde zunächst deren führender Kopf Ismail Haniyeh palästinensischer Premier. Abbas setzte ihn jedoch im Juni 2007 ab, was dieser nicht anerkannte und mit seinem Kabinett in Gaza weiterarbeitete. Ein Porträt des studierten Linguisten und ehemaligen Dekans der Islamischen Universität in Gaza-Stadt, der innerhalb der *Hamas* als Pragmatiker gilt, ist nachzulesen bei Christoph Dinkelaker: Gute Miene zum bösen Spiel?, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 54.

48 Vgl. World Bank (Hg.): *Sustaining Achievements in Palestinian Institution-Building and Economic Growth*, Washington 2011.

49 Althaus/Bröning (wie Anm. 45), S. 228.

50 Gerlach (wie Anm. 46), S. 56.

warnte es im Herbst 2011 vor einem finanziellen Boykott der PA. Fayyad, der sich mehr auf Real- als Symbolpolitik verstand, wandte sich aber auch gegen die Idee, eine Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen zu beantragen – und brachte so nicht nur beträchtliche Teile der Bevölkerung, sondern auch wichtige Entscheidungsträger der Fatah gegen sich auf.⁵¹ Der Gegenwind aus verschiedensten Richtungen, der Fayyad und seiner Agenda entgegenschlug, führte schließlich im Jahr 2013 zum Rücktritt: Zuvor kritisierte erstmals der Revolutionsrat⁵² der Fatah öffentlich seine Amtsführung. Sein bis heute amtierender Nachfolger Rami Hamdallah ist im Gegensatz zu Fayyad langjähriges loyales Parteimitglied.



Das Balata-Flüchtlingslager bei Nablus wurde einst für 5.000 Menschen errichtet. Mittlerweile leben hier 27.000 Bewohner auf engstem Raum.

51 Die Hamas machte Fayyads Entlassung einmal sogar zur Vorbedingung einer Versöhnung im Bruderkonflikt. Gerlach (wie Anm. 46), S. 57.

52 Dieser ist auch als „Abu-Nidal-Organisation“ bekannt. Es handelt sich um eine Abspaltung von der PLO, die sich für ein autonomes Palästina einsetzt und für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich ist.

Israel als Besatzungsmacht

Der Konflikt zwischen den beiden großen Parteien Palästinas ist ohne die mittlerweile 50-jährige israelische Besetzung des palästinensischen Territoriums praktisch nicht zu verstehen: Insbesondere die Haltung der jeweiligen Politiker – und hinsichtlich der Hamas auch ihres terroristisch-militärischen Arms – zu Israel ist neben dem Grade an Korruption für viele Palästinenserinnen und Palästinenser wahlentscheidend. Die Fatah hat dabei das Problem der offenkundigen Erfolglosigkeit: Die jahrelangen Verhandlungen mit ihren Hochs und Tiefs haben keine zufriedenstellenden Ergebnisse geliefert. Hinzu kommt, dass die Zugeständnisse, die die palästinensischen Verhandlungsführer in der Vergangenheit zu machen bereit waren, vielen Wählern zu weit gehen.⁵³ Abbas war vor seiner Zeit als Präsident bereits Co-Autor der Osloer Verträge, die den Weg zu einem Frieden bereiten sollten – zusammen mit dem israelischen Außenminister Jossi Beilin verhandelte er in den Jahren 1993 bis 1995 in mehr als zwanzig geheimen Treffen einen Lösungsansatz des Konflikts, der viele offene Fragen beantwortete: Das Abkommen, das heute „Beilin-Abbas non-paper“ genannt wird, da es niemals unterschrieben wurde, sprach sich für einen unabhängigen Palästinenserstaat aus.⁵⁴ Er sollte auf 94 Prozent des Westjordanlandes und des Gazastreifens entstehen, durch eine Landbrücke verbunden und entmilitarisiert sein. Palästinenser, die während des Krieges von 1947 bis 1949 geflüchtet oder vertrieben worden waren, sollten ein Rückkehrrecht erhalten; sogar in Bezug auf den Status Jerusalems hatte man sich geeinigt. Doch auch diese Einigung scheiterte an Hardlinern auf beiden Seiten: Ein jüdischer Extremist ermordete den damaligen israelischen Premier Jitzhak Rabin,⁵⁵ die Hamas startete eine Terrorkampagne und sprengte täglich israelische Busse in die Luft, die israelischen Wähler entschieden sich für den rechtskonservativen Benjamin Netanjahu als neuen Ministerpräsidenten, dem der Friedensnobelpreisträger Schimon Peres unterlag.

Die Praxis der israelischen Besetzung im Westjordanland wirkt sich entsprechend der Einteilung des Gebietes in unterschiedliche Souveränitätszonen in den Städten und Dörfern lokal höchst verschieden auf den Alltag der Palästinenserinnen und Palästinenser aus. Während in der

53 Dasselbe gilt natürlich auch innerhalb Israels, wo Konzessionen an die Palästinenser in den Friedensverhandlungen hoch umstritten sind.

54 Hier und im Folgenden vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 182 f.

55 Zu Rabin vgl. das Porträt von Daniel-Dylan Böhmer: Israels tragischer Held, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 44 ff.

provisorischen Hauptstadt Ramallah, in der die gesamte Zivilverwaltung und die Verantwortung für die Sicherheit den Palästinensern obliegt (Zone A), kaum ein israelischer Soldat den Weg der Passanten kreuzt, haben Bewohner der Stadt Bethlehem, an dessen nördlicher Grenze die bis zu acht Meter hohe israelische Sperranlage verläuft, ständig Berührung mit dem Militär. Viele Bewohner Bethlehems, deren Heimatstadt mit der Geburtskirche Jesu zahlreiche Touristen anzieht, gehören der christlichen Minderheit in Palästina an, die stetig schwindet.⁵⁶

Ein kaum zu lösendes Problem stellen die jüdischen Siedlungen im Westjordanland dar. Durch den steten Ausbau werden auf dem Gebiet eines potentiellen Palästinenserstaates von der israelischen Regierung Fakten geschaffen, die sich nur schwer wieder rückgängig machen lassen. Naftali Bennett von der Partei HaBajit haJehudi („Jüdisches Heim“), der Koalitionspartner des israelischen Premiers Netanjahu, spricht sich sogar offen für die Annexion des Westjordanlandes aus – für ihn und seine Anhänger handelt es sich nicht um palästinensisches Territorium, sondern in Anlehnung an die Tora um „Judäa“ und „Samaria“. Auf einer Fahrt durch das Land stechen die von israelischen Soldaten geschützten Bereiche sofort ins Auge: Die Infrastruktur ist intakt, die Häuser sind oftmals nur wenige Jahre alt. Dennoch spricht Bennett davon, dass die jüdischen Siedler – mit Blick auf die israelische Gesellschaft – bislang „Bürger zweiter Klasse“ seien. Zusammen mit der Likud-Partei des Ministerpräsidenten brachte Bennett kürzlich einen Gesetzesentwurf ein, der viele Siedlungen im Nachhinein legalisieren soll, obwohl sie – unter Duldung der Regierung – gesetzeswidrig auf privatem Grund von Palästinensern entstanden sind.⁵⁷ Mitte November stimmte das israelische Ministerkomitee einstimmig für den Entwurf, obwohl Netanjahu sich dagegen ausgesprochen hatte. Das Gesetz, das vermutlich nicht in Kraft treten wird – der Oberste Gerichtshof wird es voraussichtlich für ungültig erklären – zwänge palästi-

nensische Privateigentümer, ihre Grundstücke an jüdische Bewohner offiziell abzugeben. Als Abfindung erhielten sie eine Zahlung von 125 Prozent des derzeitigen Wertes oder ein „gleichwertiges“ Stück Land irgendwo im Westjordanland. Geschützt wird der illegale Ausbau der Siedlungen vom israelischen Militär, das in diesen Zonen über die Sicherheit wacht.



Die riesige palästinensische Flagge in der Modellstadt Rawabi wirkt wie ein entschlossener Gruß an die nächstgelegene jüdische Siedlung.

Zwischen Eigentumswohnung und Flüchtlingslager

Die israelische Besatzung bringt auch wirtschaftliche Probleme für die Palästinenser mit sich.⁵⁸ Ein Beispiel dafür ist *Rawabi* („Hügel“), eine Planstadt des palästinensischen Unternehmers Bashar Masri⁵⁹ neun Kilometer nördlich von Ramallah. Seit 2008 entwickelt der mäch-

.....
56 1994 lebten noch knapp 50.000 Christen in Palästina. Mehr als ein Fünftel sollen das Gebiet mittlerweile verlassen haben. Auch die Gründe für das Schwinden der christlichen Bevölkerung sind ein Politikum und ständiger Gegenstand ideologischer Auseinandersetzung: Während die israelische Regierung genauso wie ihr wohlgesonnene Gruppen das Erstarken islamistischer Strömungen dafür verantwortlich sieht, ist von palästinensischer Seite zu hören, dass die israelische Besatzung den Christen zusetzt.

57 Hier und im Folgenden vgl. den Bericht von Jochen Stahnke: Israel will Siedlungen legalisieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.11.2016, S. 7. Hintergrund ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, der bis zum 25. Dezember 2016 die Räumung und Zerstörung der jüdischen Siedlung *Amona* mit rund vierzig Familien angeordnet hatte; einen Antrag auf Fristverlängerung hatten die Richter abgelehnt.

.....
58 Einem UN-Bericht zufolge könnte sich die Wirtschaftskraft im Palästinensergebiete verdoppeln, wenn die Besatzung beendet wird. Vgl. United Nations Conference on Trade and Development: Report on UNCTAD assistance to the Palestinian People, 01.09.2016, http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/app2016d1_en.pdf [Stand: 16.11.2016].

59 Hintergründe zu Masri liefert Daniel Gerlach: Ein politischer Investor, in: Gerlach/Meier (wie Anm. 26), S. 122.

tigste Unternehmer Palästinas, der 2011 eine Einstellung der Entwicklungshilfe nach Palästina forderte, um die Entstehung einer nationalen Wirtschaft überhaupt zu ermöglichen, zusammen mit einem Unternehmen aus Katar die Retortenstadt, in der einst 40.000 Menschen leben sollen. Dafür werden 800 Millionen US-Dollar investiert. Rawabi, die Stadt aus hellem Stein, liegt in Zone A, weshalb die Planungshoheit bei der Palästinensischen Autonomiebehörde liegt. Es gibt jedoch ein Problem: Die Zufahrtsstraße liegt zum Teil in Zone C und unterliegt daher israelischer Kontrolle. Eine endgültige Genehmigung der israelischen Behörden des Baus der Straße ließ lange auf sich warten. Auf dem gegenüberliegenden Hügel befindet sich die jüdische Siedlung Ateret. Masri hat den beteiligten Firmen vorgeschrieben, dass nicht eine einzige in jüdischen Siedlungen produzierte Schraube verwendet werden darf⁶⁰ – auf die Beteiligung von Firmen aus Israel ist der Unternehmer allerdings sogar angewiesen, weil ein großer Teil des benötigten Materials im Westjordanland schlicht nicht erhältlich ist. Deshalb ist das gigantische Projekt auch unter Palästinensern umstritten, doch viele, die heute auf Masris Baustellen arbeiten, haben zuvor auf der Suche nach Arbeit⁶¹ auch jüdische Siedlungen gebaut. Auch Israel reagierte auf Masris Aussage: Die Knesset verabschiedete im Juli 2011 ein Gesetz, das den Boykott von Produkten aus den Siedlungen verbietet.⁶² Für den Palästinenser Masri persönlich gilt dieses Gesetz nicht; es war daher vielmehr eine deutliche Nachricht an israelische Firmen, die an seinem Projekt mitwirken. Ein anderes Problem ergab sich aus der Tatsache, dass das Trinkwassernetz im Westjordanland von Israel betrieben wird. Erst im April 2015 wurde Rawabi daran angeschlossen – nachdem bereits Monate zuvor etliche Mietverträge für die Stadt unterschrieben wurden. Die Mieter konnten nicht einziehen, da sie auf dem Trockenen gesessen wären.

Ohnehin ist eine Wohnung in Rawabi nur für einen geringen Teil der palästinensischen Bevölkerung überhaupt erschwinglich: Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen

in Palästina liegt bei unter 3.000 US-Dollar.⁶³ Der Durchschnittswert ist jedoch nur bedingt aussagekräftig: „Die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung lebt in extremer Armut“, heißt es auf der Seite des Auswärtigen Amts. Das trifft insbesondere auf Gaza zu, aber auch im Westjordanland und Ostjerusalem leben viele Menschen unterhalb der Armutsgrenze, während andere das korrupte System nutzen und sich bereichern. Die Korruption wird auch dadurch begünstigt, dass die palästinensische Ökonomie kaum eine Chance hat, selbsttragende Wirtschaftsstrukturen zu entwickeln. Die Wirtschaft ist gänzlich von Israel abhängig, fast drei Viertel der Waren werden aus Israel importiert, etwa 86 Prozent dorthin exportiert.⁶⁴ Die am weitesten verbreitete Währung im Westjordanland ist der israelische Schekel. Das Hauptprodukt der palästinensischen Landwirtschaft ist Olivenöl: Fast die Hälfte der Agrarflächen ist mit Olivenbäumen bepflanzt, deren Zweige als Symbol für den Frieden gelten. Investoren aus dem Ausland haben sich wegen der anhaltenden Gewalt insbesondere während der zweiten Intifada wieder zurückgezogen. Auch der Tourismus ist deshalb auf niedrigem Niveau. Der am meisten boomende Sektor ist derzeit das Bauwesen – das gigantische Projekt Rawabi spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.



Die palästinensische Bevölkerung ist sehr jung. Kinder von Schafhirten spielen im Freien, während ihre Eltern die Tiere hüten.

60 Vgl. Andreas Hackl: Rawabi, die palästinensische Zukunft, in: Der Standard, 03.12.2011, <http://derstandard.at/1322872835701/Jerusalem-Geschichten-aus-Nahost-Rawabi-die-palaestinensische-Zukunft> [Stand: 16.11.2016].

61 Die Arbeitslosenquote im Westjordanland lag 2014 bei geschätzten 18 Prozent. Vgl. The World Factbook (wie Anm. 24).

62 Das Gesetz war auch unter Israelis höchst umstritten. Zu den Reaktionen vgl. Ulrike Putz: Anti-Boykott-Gesetz erzürnt Israelis, in: Spiegel Online, 12.07.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/debatte-ueber-meinungsfreiheit-anti-boykott-gesetz-erzuernt-israelis-a-774018.html> [Stand: 16.11.2011].

63 So die Angaben der palästinensischen Behörde PCBS. Vgl. Auswärtiges Amt: Palästinensische Gebiete, April 2016, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/PalaestinensischeGebiete_node.html [Stand: 16.11.2016].

64 Vgl. Ghorfa. Arab-German Chamber of Commerce and Industry: Wirtschaftsdaten Palästina, September 2013, http://ghorfa.de/wp-content/uploads/2016/01/WD_Palaestina.pdf [Stand: 16.11.2016].

In Rawabi wohnen zu können, muss man sich als Palästinenser also erst einmal leisten können: Das Investment aus dem reichen Golfstaat Katar ist nicht als sozialer Wohnungsbau konzipiert, sondern entspricht mit seinen Restaurants und Cafés, der zentralen Plaza und dem 4D-Kino, den Stores westlicher Kleidungsmarken, dem Lebensgefühl der höheren Mittelschicht. Doch die Interessenten an einer Wohnung in Rawabi sind nicht repräsentativ für die palästinensische Gesellschaft. Augenscheinlich wird die verbreitete Armut in den Stadtteilen, die als Flüchtlingslager⁶⁵ bezeichnet werden und mittlerweile zu eigenen Städten gewachsen sind. So etwa in Balata bei Nablus, dem größten Camp im Westjordanland.⁶⁶ Für 5.000 Menschen errichtet, leben dort mittlerweile 27.000. Privatsphäre kennen viele der Bewohner gar nicht: Oftmals teilen sich mehrköpfige Familien einen winzigen Raum, dessen Türe oder Vorhang in den heißen Sommern offensteht. Jeder, der sich durch die schmalen Gässchen windet, kann Familien beim schlafen oder essen zuschauen – auch die israelischen Sicherheitskräfte, die das Flüchtlingslager regelmäßig durchsuchen, da es als Wiege der Radikalisierung gilt. Das ist wenig verwunderlich: Die Infrastruktur ist schwach ausgeprägt, die Arbeitslosigkeit – die Quote für die Bevölkerung unter 25 Jahren liegt bei 60 Prozent – ist enorm hoch, für Kinder gibt es kaum Plätze zum Spielen, für Jugendliche keinen Raum, in dem sie Freizeitbeschäftigungen nachgehen können.

Besonders problematisch ist die Situation auch in einer anderen Stadt des Westjordanlandes, die ein biblisches Erbe beherbergt: Etwa 200.000 Menschen leben in Hebron, wo sich das Grab Abrahams befinden soll. Hier konzentriert sich der ungelöste Konflikt auf ein greifbares Gemisch aus Hass, Angst, Gewalt. Mitten in der palästinensischen Stadt befinden sich israelische Siedlungen mit eigener Kindergärten und Schulen. Mehrere hundert dieser Siedler gelten als militante und nationalreligiöse Hardliner; immer wieder kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen arabischen und jüdischen Bewohnern, die sich gegenseitig angreifen. Die Stadt ist

65 Im Westjordanland gibt es 19 Flüchtlingslager, in denen fast ein Viertel der hier registrierten 775.000 Geflüchteten noch immer wohnt. Die Flüchtlingslager sind kurz nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948 und in den darauffolgenden Jahren entstanden. Für die Belange der palästinensischen Flüchtlinge haben die Vereinten Nationen eine eigene Stelle errichtet: Die *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA). Nähere Informationen dazu unter <http://www.unrwa.org/where-we-work> [Stand: 14.11.2016].

66 Hier und im Folgenden vgl. den Bericht der UNRWA über das Balata Camp: <http://www.unrwa.org/where-we-work/west-bank/balata-camp> [Stand: 14.11.2016].

heute in zwei Zonen unterteilt: In Zone H2 im Osten, wo die Siedlungen sich befinden, ist die Bewegungsfreiheit der dort lebenden Palästinenser stark eingeschränkt, während die Siedler sich frei bewegen dürfen. Die Teilung der Stadt hat auch dazu geführt, dass Palästinenser die Ash-Shuhada, die Hauptdurchgangsstraße Hebrons, nicht benutzen dürfen. Wer die Straße betreten möchte, muss an einem Checkpoint israelischen Soldaten seinen Ausweis zeigen. Das führt zu der absurden Situation, dass Besucher aus Europa problemlos auf die Straße kommen, während dies den meisten Bürgern der Stadt untersagt ist. Auf der Straße selbst ähnelt Hebron einer Geisterstadt: Auch die monatlichen Zahlungen der UN an die dort ansässigen Ladenbesitzer, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, konnten nicht verhindern, dass viele der Geschäfte aufgegeben haben. Die Wut auf die israelische Besatzung ist hier besonders hoch: Die meisten Palästinenser, die im vergangenen Herbst mit Messern auf Israelis losgegangen sind, stammen von hier. Hebron, das aufgrund seiner religiösen Stätten Besucher aller abrahamitischen Religionen geradezu magisch anziehen und wirtschaftlich boomen könnte, wirkt depressiv. Ähnlich ergeht es zunehmend auch der Stadt, die so leidenschaftlich umkämpft ist wie wohl keine andere auf der Welt: Jerusalem.



Ein israelischer Checkpoint macht die Ash-Shuhada-Straße in Hebron für Palästinenserinnen und Palästinenser zu einem unüberwindbaren Hindernis.



Hebron ist eine gesplittene Stadt: Hier konzentriert sich der ungelöste Nahostkonflikt auf ein greifbares Gemisch aus Hass, Angst und Gewalt. Lokale Initiativen fordern die Öffnung der Ash-Shuhada und ein Ende der Besetzung.

Willkommen in der Heiligen Stadt

„Das Heiligtum der Erde ist Syrien; das Heiligtum Syriens ist Palästina; das Heiligtum Palästinas ist Jerusalem; das Heiligtum Jerusalems ist der Berg; das Heiligtum des Berges ist die Kultstätte; das Heiligtum der Kultstätte ist der Felsendom“⁶⁷, schrieb der islamische Gelehrte Thaur ibn Yazid im 8. Jahrhundert. Jerusalem hat viele Namen – für die Palästinenser heißt die Stadt im Herzen des Nahen Ostens *Al-Quds*, „die Heilige“. Nicht nur für Juden und Christen beherbergt Jerusalem wichtige religiöse Stätten: Die Tora berichtet aus der Stadt über Urvater Abraham; die Passionsgeschichte Jesu fand gemäß dem Neuen Testament hier statt; und für Muslime auf der ganzen Welt ist Jerusalem heute der drittheiligste Ort auf Erden.⁶⁸ Die Stadt ist vielleicht das wesentlichste Argument für alle, die davon überzeugt sind, dass der Nahostkonflikt nicht

gelöst werden kann. Und in der Tat: Die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern in den vergangenen Jahrzehnten – ob sie nun öffentlichkeitswirksam oder im Geheimen geführt wurden – brachten das Schicksal Jerusalems immer erst ganz am Schluss auf die Agenda, um nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt zu sein. Sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Gesellschaft gibt es kaum jemanden, der bereit ist, zugunsten einer Lösung des Konflikts auf Jerusalem zu verzichten und die Stadt der anderen Seite zu überlassen.

Dass die Juden mit der Klagemauer – dem einzigen Rest des Tempels⁶⁹ – hier ihre wichtigste religiöse Stätte haben, ist hinlänglich bekannt. Die Geschichte des Propheten Mohammad aber spielte sich bekanntermaßen im 7. Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel ab – warum also hat Jerusalem eine so hohe Bedeutung auch für den Islam? Im Koran jedenfalls wird die Stadt nicht erwähnt – wohl aber in den *Hadithe*, der

67 Zit. nach Simon Sebag Montefiore: Jerusalem. Die Biographie, Frankfurt am Main 2011, S. 7.

68 Bedeutender für die Muslime sind nur Mekka und Medina. Interessante Perspektiven auf Jerusalem aus dem Blickwinkel der drei monotheistischen Religionen liefert Yaron (wie Anm. 17).

69 Es handelt sich um die ehemalige Westmauer des Plateaus des zweiten Tempels, der nach dem babylonischen Exil erbaut und 70 n. Chr. von den Römern zerstört wurde.

Beschreibung der Aussprüche und Handlungen des Religionsgründers und solche von Anhängern, deren Verhalten er billigte. Mohammad legte der Überlieferung nach beispielsweise in Anlehnung an die jüdische Tradition als erste Gebetsrichtung zunächst einmal Jerusalem fest.⁷⁰ Die eigentliche Antwort aber findet sich in der Altstadt, auf dem Platz, der dem Paradies den Muslimen zufolge am nächsten ist⁷¹: der *Haram asch-scharif* („gewürdigtes Heiligtum“), hierzulande besser bekannt als Tempelberg: Auf ihm stehen der mit seiner goldenen Kuppel das Stadtbild dominierende zwanzig Meter hohe Felsendom⁷² und die *Al-Aqsa*-Moschee. Ersterer ist mit seinen acht Ecken das älteste vollständig erhaltene islamische Bauwerk der Welt – er wurde genau über dem „ursprünglichen Stein“ des Judentums errichtet, wo sich mit der Bundeslade das Allerheiligste des Tempels Salomons befunden haben soll: Hier sollte Abraham seinen Sohn Isaak opfern. Für die Muslime war das von Gott verhinderte Opfer zwar nicht Isaak, sondern der zweitgeborene Ismael, Vorfater der Araber, doch die Geschichte findet sich ganz ähnlich im Islam. Ihr Prophet Mohammad soll an dieser heiligen Stelle in den Himmel aufgefahren sein; ein Fußabdruck auf dem Felsen wird als Zeuge dieses Ereignisses betrachtet.⁷³ Genauso wie für die jüdischen und christlichen Deutungen der einzelnen Kultstätten lassen sich freilich auch für die islamischen zahlreiche wissenschaftliche Einwände vorbringen⁷⁴ – doch darum geht es nicht,

.....

70 Der Islam sieht sich als Nachfolger des Judentums und des Christentums und akzeptiert daher viele der biblischen Geschichten oder deutet sie in seinem Sinne um. Es ist naheliegend, dass Mohammad Jerusalem erwählte, um die Juden in seiner Umgebung leichter zum Islam bekehren zu können; es wurden auch viele andere religiöse Traditionen wie etwa etliche Reinheitsgebote aus dem Judentum übernommen. Die Gebetsrichtung wurde jedoch 622 n. Chr. nach Mekka verschoben, nachdem Mohammad nach Medina weitergezogen war: Seine Hoffnung, die Juden aus Mekka von seiner Mission zu überzeugen, war missglückt. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 112.

71 Ein Gebet soll hier angeblich 500 Mal effektiver sein als an einem beliebigen anderen Ort auf der Welt. Jerusalem ist auch ein äußerst beliebter Ort für Bestattungen: Die Auferstehung, an die auch Muslime glauben, soll hier beginnen. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 119.

72 Der Bau des Felsendoms wurde vermutlich als muslimische Antwort auf die christliche Grabeskirche von dem Umayyaden-Kalifen Abd al-Malik (646 bis 705) begonnen und 691 n. Chr. vollendet. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 114f.

73 Auch hier wird die Stelle in den religiösen Schriften des Islam nicht namentlich genannt; es ist vom „weit entfernten Ort der Anbetung“ die Rede, der zu zahlreichen Spekulationen Anlass gab. Seit dem 8. Jahrhundert gehen Muslime davon aus, dass es sich dabei um den Tempelberg handelt. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 116f.

74 Vgl. die ausführliche und unterhaltsame Monographie des Historikers Montefiore, der alle Religionen im Blick hat, vgl. Montefiore (wie Anm. 67).

denn auch der Glaube schafft Realität. Die Stadt Jerusalem ist in bester, schlimmster und absonderlichster Hinsicht vielleicht die glaubwürdigste Zeugin dafür.⁷⁵

Beziehungsstatus: Es ist kompliziert

Heute wird der Tempelberg mit all seinen Heiligtümern von einer islamischen Stiftung (*Waqf*), verwaltet. Juden dürfen zur Klagemauer, aber den Platz mit Felsendom und *al-Aqsa*-Moschee nicht betreten. Die Altstadt, die zu Ostjerusalem gehört und einen Quadratkilometer groß ist, ist in ein jüdisches, ein muslimisches, ein christliches, ein armenisches und ein marokkanisches Viertel unterteilt. Abseits religiöser Fragen, die ja alle gläubigen Muslime betreffen, ist Jerusalem aber vor allem eines: „der politisch[e], wirtschaftlich[e] und geistig[e] Nabel des palästinensischen Volkes“⁷⁶. Eigentlich gehört Ostjerusalem zum Westjordanland – Israel annektierte den Stadtteil 1980 durch einen offiziellen Beschluss des israelischen Parlaments, der Knesset.⁷⁷ Die seit dem Jahr 2002 gebaute Sperranlage zur Terrorabwehr, die Jerusalem vom Westjordanland abtrennt, ist in der Stadt ein dominierendes Statement aus Stein. Die palästinensischen Bewohner Ostjerusalems – auch hier werden mehr und mehr jüdische Siedlungen gebaut – haben einen Sonderstatus: Als „ständige Einwohner“ ist es ihnen erlaubt, sich innerhalb Israels zu bewegen. Sie erhalten spezielle blaue Ausweise, die sie auch am israelischen Sozialversicherungssystem teilhaben lässt. Dieser Status kann den Palästinensern entzogen werden, wenn sie sich länger nicht in der Stadt aufhalten – offiziell sind es drei Jahre, bis man ihnen das Wohnrecht entziehen kann, doch es werden immer wieder Fälle mit einer kürzeren Frist bekannt.⁷⁸ Seit 1967 wurden 14.000 der „ständigen“ Aufenthaltsgenehmigungen wieder entzogen, auch als Bestrafung für Terroraktivitäten von Familienmit-

.....

75 Der Glaube ihrer Bewohner und Besucher führt sowohl zu Momenten der tief empfundenen Spiritualität, als auch der erbitterten Konfrontation und des Wahns. Das sogenannte „Jerusalem-Syndrom“ bezeichnet eine psychische Störung, für die eine eigene Abteilung im *Kfar Schaul*-Krankenhaus eingerichtet wurde: Im Zeitraum 1980 bis 1993 wurden dort 1200 Patienten, meist Protestanten, untersucht. Manche wurden im Glauben, Johannes der Täufer zu sein, in ein Bettlaken gehüllt, in der Wüste gefunden, andere versuchten, als Jungfrau Maria in der Grabeskirche Jesus zu gebären. Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 149.

76 Yaron (wie Anm. 17), S. 111.

77 Die Vereinten Nationen erklärten diesen Akt für völkerrechtswidrig erkennen ihn bis heute nicht an.

78 Ein in Deutschland prominentes Beispiel war der Palästinenser Firas Maraghy, der im Sommer 2010 vor der israelischen Botschaft in Berlin deshalb in den Hungerstreik trat.

gliedern.⁷⁹ Um dieser Maßnahme zu entgehen, können Ostjerusalemer die israelische Staatsangehörigkeit beantragen – was die meisten aber nicht einmal in Betracht ziehen, da damit ein Eid auf Israel verbunden ist. Viele Palästinenser in Israel boykottieren sowohl Steuerzahlungen als auch die Wahlen zum Jerusalemer Gemeinderat. An den Wahlen in Palästina dürfen sie per Briefwahl als „im Ausland lebende Palästinenser“ teilnehmen.

Der Sonderstatus der Ostjerusalemer Palästinenser führt zu kafkaesken Situationen: So müssen beispielsweise Besucher aus dem Westjordanland eine Genehmigung des israelischen Innenministeriums einholen. Das gilt auch für Ehegatten, die keine blaue Karte vorweisen können. Seit der zweiten Intifada wird diese Erlaubnis aber kaum mehr erteilt. Die Aufenthaltsgenehmigungen palästinensischer Ehefrauen aus dem Westjordanland, die jahrelang bei ihrem Partner in Ostjerusalem gelebt hatten, werden oftmals nicht verlängert – der Ehemann aber verliert sein Wohnrecht in der Heimat, wenn er Ostjerusalem dauerhaft verlässt.⁸⁰ Anträge auf Familienzusammenführung werden häufig abgelehnt.⁸¹ In einem Bericht der EU von 2011 ist von 10.000 Kindern die Rede, die ohne Aufenthaltsrecht in Ostjerusalem leben, weil ein Elternteil aus dem Westjordanland stammt.⁸² Aufgrund der schwierigen rechtlichen Situation, in der sich ein „gemischtes“ Paar befindet, wurden spezielle Gebiete zwischen dem Westjordanland und Ostjerusalem wie *Kufr aqab* geschaffen, in denen wegen der Abwesenheit von israelischen und palästinensischen Sicherheitskräften eine hohe Kriminalität herrscht: Nur hier leben sie legal und ohne Konsequenzen. Es gibt keinen Nahverkehr, keine funktionierende Infrastruktur. Von Jerusalem sind sie durch eine Mauer abgetrennt, Richtung Ramallah wartet ein israelischer Checkpoint. Sie dürfen zwar beide ins Westjordanland, sich aber nicht dauerhaft dort niederlassen. Nach Jerusalem darf

79 Vgl. Ariel David: Who are East Jerusalem's ‚Permanent Residents‘?, in: Ha'aretz, 09.12.2014, <http://www.haaretz.com/israel-news/premium-1.630605> [Stand: 16.11.2016].

80 Das ist bis 2014 14.481 Menschen widerfahren. Vgl. B'Tselem: Statistics on Revocation of Residency in East Jerusalem, 27.05.2015, http://www.btselem.org/jerusalem/revocation_statistics [Stand: 16.11.2016].

81 2003 wurde das „Gesetz über die Nationalität und die Einreise nach Israel“ verabschiedet, das alle Anträge auf Familienzusammenführung einfror und Palästinensern aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland verbot, zu ihren Ehepartnern nach Ostjerusalem zu ziehen. 2006 wurde das Gesetz vom Obersten Gerichtshof offiziell bestätigt, nach zahlreichen Klagen erklärte er es im Jahr 2012 noch einmal für verfassungskonform.

82 Vgl. Amira Hass: EU Delegates: Palestine Liberation Organization Should Return to Jerusalem, in: Ha'aretz, 18.01.2012, <http://www.haaretz.com/israel-news/eu-delegates-palestine-liberation-organization-should-return-to-jerusalem-1.407864> [Stand: 16.11.2016].

nur der Partner mit der blauen Karte – für den anderen ist es unmöglich, zum Beispiel die Familie des Gatten zu besuchen, wenn diese in Ostjerusalem beheimatet ist.

Nicht nur dieses Niemandsland, sondern ganz Ostjerusalem ist hinsichtlich infrastruktureller Projekte vernachlässigt – im Juni 2014 beschloss die Regierung jedoch, fast 300 Millionen Schekel (mehr als 70 Millionen Euro) in Infrastruktur und Sicherheit zu investieren.⁸³ Das ist auch bitter nötig, denn Ostjerusalem platzt aus allen Nähten: Die durchschnittliche Geburtenrate der Palästinenser liegt weit höher als die der Israelis. Palästinensische Frauen gebären im Schnitt 4,2 Kinder, israelische Frauen 3,1.⁸⁴ Für die palästinensischen Einwohner Ostjerusalems werden jedoch kaum Baugenehmigungen erteilt, während gleichzeitig allein im Zeitraum von 1967 bis 2001 46.978 Wohneinheiten für jüdische Siedler geschaffen wurden.⁸⁵ Häuser, die ohne Genehmigung gebaut werden, können jederzeit wieder abgerissen werden. Darüber hinaus ermöglicht es ein Gesetz, Eigentum, das vor 1948 jüdischen Bewohnern Ostjerusalems gehörte, die im Zuge des Kriegs flohen, wieder zurückzufordern – mittlerweile forschen politisch motivierte Organisationen nach Nachkommen der jüdischen Flüchtlinge.

Leben in Gaza

Es bleibt ein Blick auf die dritte Insel der Palästinenser, Abeer Ayyoubs Heimat Gaza. Fast 1,8 Millionen Menschen leben in dem schmalen Küstenstreifen von 360 Quadratkilometern.⁸⁶ Er besteht hauptsächlich aus Sand und Dünen – nur 14 Prozent der Fläche sind für die Landwirtschaft nutzbar. Die allgemeine Arbeitslosigkeit liegt nach Angaben der Weltbank bei 42, die Jugendarbeitslosigkeit bei 58 Prozent.⁸⁷ Ausweichmöglichkeiten gibt es nicht, denn die Grenzen sind dicht: Im Norden und Osten steht das israelische Militär, im Süden das ägyptische, im Westen: Wasser, soweit das Auge reicht.

83 Vgl. Barak Ravid u. Nir Hasson: Cabinet Approves Plan to Tighten Israeli Control over East Jerusalem, in: Ha'aretz, 29.06.2014, <http://www.haaretz.com/israel-news/premium-1.601894> [Stand: 16.11.2016].

84 Die Geburtenrate der Palästinenser ist seit 1990 konstant rückläufig – damals lag sie noch bei 6,7 Kindern pro Frau. Die israelische Entwicklung ist gegenläufig, 1990 waren es noch 2,7 Kinder pro Frau. Vgl. die Daten der Weltbank unter <http://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN?locations=PS> u. <http://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN?locations=IL> [Stand: 16.11.2016].

85 Vgl. Yaron (wie Anm. 17), S. 165.

86 Vgl. The World Factbook: Gaza Strip, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/gz.html> [Stand: 16.11.2016].

87 Vgl. The World Bank: West Bank and Gaza. Overview, 01.10.2016, <http://www.worldbank.org/en/country/westbankandgaza/overview> [Stand: 16.11.2016].



Der Felsendom dominiert das Jerusalemer Stadtbild wie kein anderes Gebäude. Für Muslime heißt die Stadt *al-Quds* – „die Heilige“.

Die Grenze zu Israel ist komplett geschlossen, die Ägypter öffnen jene zu ihrem Land ungefähr einmal im Monat – wer nicht rechtzeitig wieder zurückkehrt, kommt nicht mehr hinein. Die 29-jährige Abeer Ayyoub hat den Gazastreifen erstmals in ihrem Leben 2012 verlassen. Durch die Abschottung der Menschen von der Außenwelt und, begünstigt durch die Regierung der Islamisten, wird die Gesellschaft Gazas immer konservativer und entfernt sich auf diese Weise auch kulturell zunehmend von den Palästinenserinnen und Palästinensern im Westjordanland. Einer Umfrage zufolge denken derzeit 46 Prozent der Bevölkerung in Gaza über eine Emigration nach.⁸⁸ Eine Palästinenserin aus Gaza, die namentlich nicht genannt werden will, erzählt, dass in ihrer Heimat immer wieder sogenannte „Ehrenmorde“ stattfinden. Sie berichtet von einem Fall aus der eigenen Familie: Ein Cousin durfte die Frau, die er liebte, nicht heiraten, weil seine Familie dagegen war – sie konnte das Mädchen nicht ausstehen. Nachdem er eine andere geheiratet hatte, begannen die beiden Verliebten eine Affäre, von der die Nachbarn erfuhren.

.....

88 Im Westjordanland sind es „nur“ 29 Prozent. Vgl. PSR (wie Anm. 33), S. 4.

Das Mädchen wurde von der eigenen Familie vergiftet; in den Zeitungen wurde über die Todesursache geschwiegen.

Der Alltag in Gaza ist nicht nur aus kulturellen Gründen schwierig. Auch an Gegenständen des alltäglichen Gebrauchs fehlt es hier: Die Stromversorgung zum Beispiel hält oft nur wenige Stunden pro Tag. Noch schlimmer steht es um die Wasserressourcen.⁸⁹ Die salzige Brühe, die aus den Wasserhähnen Gazas fließt, ist in der Regel ungenießbar. Viele Familien versorgen sich mit selbstgebauten illegalen Brunnen samt Wasserleitung unterhalb ihrer Häuser – ein Haushalt investiert schon mal 350 Dollar dafür, für viele ein Monatsgehalt. Aber auch dieses Wasser ist nicht sauber, als Trinkwasser ist es jedenfalls nicht geeignet. Isra Migdad, eine junge Palästinenserin aus al-Moghraka im Gazastreifen, sagt, ihre 16-köpfige Familie kaufe 500 Liter Wasser pro Woche bei Händlern in Gaza, die es in großen Kanistern aus Israel herbeischaffen. Auf's Jahr gerechnet koste das etwa 300 Dollar – bei einem durchschnittlichen

.....

89 Zum Folgenden vgl. Martin Gerth/Matthias Hohensee/Philipp Mattheis/Kristina Milz: Bis zum letzten Tropfen, in: *WirtschaftsWoche* 44/2014, S. 82–90, hier S. 82 ff.



Christen bilden eine schwindende Minderheit in der palästinensischen Bevölkerung. Im Wadi Qelt, einem ausgetrockneten Flusslauf im Westjordanland, befindet sich ein nach wie vor bewohntes Kloster: St. Georg liegt im Naturschutzgebiet Nahal Prat, das durch die Judäische Wüste führt.

Verdienst von etwa 400 Dollar im Monat⁹⁰ kann sich das nur ein kleiner Teil der Bevölkerung leisten. Die anderen sind gezwungen, verschmutztes Wasser zu trinken. Migdad erzählt, dass viele Kinder davon krank werden. Die Notlage in Gaza sorgt auch für Koalitionen, die auf den ersten Blick befremden: Anfang November 2013 machte eine damals 23-jährige Frau namens Isra Almodallal international Schlagzeilen – als neue Regierungssprecherin der Hamas,⁹¹ die sich mit der Personalie medienwirksam ein modernes Gesicht verpasste. Im Interview begründete die ehemalige Fernsehmoderatorin ihre Berufswahl: „Ich für meinen Teil bin keine Unterstützerin der Ideologie der Hamas, ich bin auch kein Parteimitglied. Ich möchte mit meiner Arbeit auf die humanitäre Notlage im Gazastreifen aufmerksam machen und eine Entwicklung zum Besseren antreiben.“

Die schwierige Situation der Zivilbevölkerung hat sich jedoch nicht geändert, seit die Hamas in Gaza regiert.

Jahrelang kümmerte die sich weniger um die Verbesserung der Lage ihrer Landsleute als um den Beschuss des verhassten Nachbarn: Mehrere tausend Raketen schlugen seit der Machtübernahme der Islamisten auf israelischem Boden ein, mehrere Israelis wurden getötet.⁹² Ende 2008 antwortete Israel schließlich mit der Militäroperation „Gegossenes Blei“. Drei Wochen dauerten die Luftangriffe gegen Einrichtungen und Mitglieder der Hamas. Auch wenn Israel Zivilisten in Form von Telefonanrufen und abgeworfenen Handzetteln warnt, wenn ein Angriff bevorsteht, lässt sich eine hohe Anzahl an zivilen Opfern angesichts der hohen Bevölkerungsdichte in Gaza kaum vermeiden: Kein Platz ist hier wirklich sicher. Palästinensische Organisationen sprechen von mehr als 900 getöteten Zivilisten, nach israelischen Angaben starben 295. Die Divergenz liegt vor allem darin begründet, dass Israel alle Polizisten in Gaza als Mitglieder einer Terrororganisation

90 Die Armut in Gaza ist sehr hoch, fast 80 Prozent der Bewohner erhalten in irgendeiner Form Hilfe, um über die Runden zu kommen. Vgl. The World Bank (wie Anm. 84).

91 Hier und im Folgenden vgl. Kristina Milz: „Ich bin nicht einmal in der Partei“. Interview mit Isra Almodallal, in: zenith. Zeitschrift für den Orient 6 (2013), S. 14.

92 Das israelische Außenministerium listet auf seiner Homepage alle Opfer palästinensischer Gewalt: Seit dem Jahr 2000 sind demnach 1.315 Menschen getötet worden – die meisten bei Terroranschlägen. Eine Zählung von Ende 2013 ergab die Zahl von 8.549 Verwundeten. Vgl. die Homepage: <http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/terrorism/palestinian/pages/victims%20of%20palestinian%20violence%20and%20terrorism%20sinc.aspx> [Stand: 15.11.2016].

betrachtet; Palästinenser betonen, dass diese zum zivilen Arm der Hamas gehören. Es sollen mindestens 22.000 Häuser beschädigt oder zerstört worden sein, bevor Israel einseitig den Waffenstillstand erklärte.

Der Krieg in Gaza hatte vor allem ein Ziel: die Hamas zu schwächen. Tatsächlich sank deren Zustimmung in Gaza, doch im Westjordanland, dessen Bewohner nicht um ihr Leben fürchten mussten, stieg die Beliebtheit der Islamisten. Dass Anfang Juni 2014 eine „Regierung des nationalen Konsenses“ gegründet wurde, um den innerpalästinensischen Konflikt von Hamas und Fatah zu beenden, sah die israelische Regierung nicht gern. Im Westjordanland wurden wenige Tage später drei jüdische Siedlerkinder entführt, deren Leichen später in der Nähe von Hebron aufgefunden wurden. Es folgte die Festnahme der gesamten Führungsriege der Hamas im Westjordanland durch israelische Sicherheitskräfte, worauf die Hamas in Gaza mit 200 abgefeuerten Raketen antwortete. Daraufhin, im Juli, begann die israelische Operation „*Protective Edge*“: Am ersten Tag griff die Luftwaffe etwa fünfzig Ziele in Gaza an. Es folgte auch eine Bodenoffensive mit dem Ziel, das illegale Tunnelsystem, das das Grenzgebiet zwischen Gaza und Israel nach und nach untergraben hatte, zu zerstören. Durch die Tunnel waren jahrelang nicht nur Lebensmittel und andere Produkte geschmuggelt worden, sondern auch Waffen für die Hamas. Der jüngste Gaza-Krieg forderte auf palästinensischer Seite mehr als 1000 Menschenleben. Nach Angaben des UN-Nothilfebüros Ocha waren zwei Drittel der Opfer Zivilisten.⁹³ Gaza war wieder einmal zerstört und die Palästinenser mussten sich an den Wiederaufbau machen.

Ein Staat ist nicht in Sicht

Abeer Ayyoub kann nicht verstehen, wie die Israelis, von denen viele entweder selbst den Holocaust überlebt haben oder Kinder und Enkel Überlebender sind, eine solche Politik der Härte durchführen können. Auf den Gedanken, wie zynisch es ist, an Israel gerade aufgrund der traumatischen Erfahrung der Shoah einen höheren ethischen Maßstab anzulegen als an andere Staaten, kommt sie nicht. Diese Anmaßung, die auch hierzulande immer wieder gehört und gelesen werden kann, erscheint vor dem Hintergrund einer Sozialisation in Gaza – der ständigen Gewalterfahrung von innen wie außen, der andauernden Propaganda gegen Israel und das Judentum – zumindest nachvollziehbar. Genauso nachvollziehbar ist es, dass die tief im Gedächtnis des israelischen

Volks verankerte Existenzangst immer wieder dazu führt, dass kompromisslose Politiker, die Sicherheit versprechen, gewählt werden. Es ist aber auch kurzsichtig, denn ein stabiler Frieden mit den Palästinensern – den die Mehrheit der Israelis sich durchaus wünscht – wird ohne Kompromisse nicht zu erreichen sein.

Die vielbeschworene Zweistaatenlösung liegt derzeit auf Eis – mit dem Wahlsieg Donald Trumps in den Vereinigten Staaten scheint sie noch schwieriger zu werden. Naftali Bennett, Israels Erziehungsminister aus dem rechts-religiösen politischen Spektrum, kommentierte das Ergebnis mit den Worten: „Die Ära eines palästinensischen Staates ist vorbei.“⁹⁴ Der designierte amerikanische Präsident hatte im Wahlkampf verlauten lassen, dass er Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt Israels anerkennen und die Botschaft von Tel Aviv in die umkämpfte Stadt verlegen wolle. Sollte er dies wahr machen, wäre das ein radikaler Bruch mit der bisherigen Linie der US-Nahostpolitik: Die internationale Staatengemeinschaft erkennt Jerusalem nicht als israelische Hauptstadt an, weshalb die Botschaften fast aller Staaten – auch die deutsche – ihre Büros in Tel Aviv haben. Es bleibt abzuwarten, was die neue Personalie in Washington, des nach wie vor wichtigsten Vermittlers im Konflikt, für die Palästinenser bedeutet – fest steht aber, dass eine friedliche Lösung ohne die Anerkennung eines Palästinenser-Staates ungleich komplizierter wäre.

Umso wichtiger wird es sein, dass Israelis und Palästinenser die Befindlichkeiten der Gegenseite respektieren. Wer nicht direkt von dem Konflikt im Herzen des Nahen Ostens betroffen ist, täte ebenfalls gut daran, folgendes zu begreifen: Wer versucht, die Perspektive der Palästinenser zu verstehen, muss nicht gleichzeitig den palästinensischen Selbstmordattentäter in Tel Aviv, Raketen aus Gaza oder gar religiös-rassistischen Antisemitismus rechtfertigen. Dieser setzt oftmals Israel mit dem Judentum gleich oder verwechselt die israelische Politik mit der heterogenen Gesellschaft des Landes. Und wer eine israelische Perspektive einnimmt, muss deshalb noch lange nicht unverhältnismäßiger Gewalt und Siedlungsbau das Wort reden. Israelischen und palästinensischen Verhandlungsführern in den Friedensgesprächen bleibt nichts anderes übrig, als die Perspektiven und Narrative des Gegenübers zu verstehen. Wie viel einfacher sollte es da uns Deutschen fallen, den Blickwinkel nicht unzulässig zu verengen. ▀

93 Vgl. Hans-Christian Rössler: Rakete um Rakete, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.07.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/israel-und-gaza-rakete-um-rakete-13042080.html> [Stand: 16.11.2016].

94 Das Zitat und im Folgenden die dpa-Meldung: Naftali Bennett: Idee von Palästinenserstaat mit Trump-Sieg am Ende, in: Qantara.de, 09.11.2016, <http://de.qantara.de/content/naftali-bennett-idee-von-palaestinerstaat-mit-trump-sieg-am-ende> [Stand: 13.11.2016].

Kampf ums Weiße Haus 2016

Folge 3: Wahlausgang und Reaktionen

von Markus Hünemörder

Serie:
Die amerikanische
Präsidenschafts-
wahl



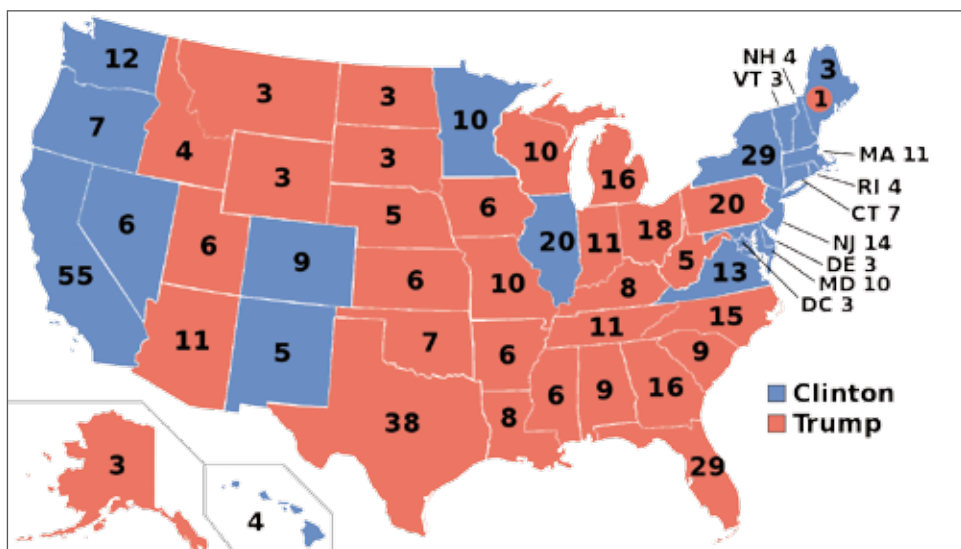
Quelle: picture alliance/dieKLEINERT.de/Fotograf: Kostas Koufogiorgos

Das Ergebnis der US-Präsidentschaftswahl am 8. November 2016 versetzte die Welt in Staunen – gelinde gesagt. Der Immobilienunternehmer und TV-Entertainer Donald Trump siegte entgegen der meisten Prognosen über die erfahrene Politikerin Hillary Clinton. Dieser Artikel analysiert Trumps Wahlsieg und das Ergebnis der Kongresswahlen, beschreibt die Reaktionen im In- und Ausland und gibt einen Ausblick auf die möglichen Konsequenzen.

Und der 45. Präsident der USA ist ... Donald Trump!

Noch vor nicht allzu langer Zeit war es ein Witz für Satiriker. Der US-Cartoon *Doonesbury* machte sich über Donald Trumps erste präsidentielle Ambitionen bereits 1987 lustig;¹ die Fernsehserie *The Simpsons* sagte voraus, dass Präsidentin Lisa Simpson einst ein bankrottetes Land von ihrem Amtsvorgänger Trump erben würde. Nun hat Trump die Wahl tatsächlich gewonnen und zieht am 20. Januar 2017 als 45. und ältester Präsident der US-Geschichte ins Weiße Haus ein.² Und das, obwohl – oder gerade weil – er als rechtspopulistisch spaltender Provokateur einen Wahlkampf gegen alle Regeln der Kunst geführt und mit fremdenfeindlichen und sexistischen Äußerungen die Grenzen der demokratischen Rhetorik gesprengt hatte.³

Es war allerdings ein knapper Erfolg, beileibe kein Erdbeben. 306 Wahlmännerstimmen für Trump gegen 232 für Clinton – ein deutlicherer Sieg als bei George W. Bush 2000 und 2004, aber merklich knapper als bei Barack Obama 2008 und 2012. Bei der Gesamtzahl der Volksstimmen lag Clinton sogar um ca. 1,6 Millionen oder 1,2 Prozent vorn.⁴ Doch da in den USA die 51 Präsidentschaftswahlen in den 50 Staaten und Washington DC jeweils separat ausgezählt und dann über das *electoral college* ausgewertet werden, ist ein solches Wahlergebnis möglich, wie auch schon in den Jahren 2000, 1888 und 1876.⁵ Das ändert nichts an der verfassungsmäßigen Gültigkeit der Wahl, allerdings wäre dies der Akzeptanz eines Präsidenten Trump nicht gerade förderlich. Bereits George W. Bush galt vielen in seiner ersten Amtszeit nicht als wahrer Präsident aller Amerikaner.



Präsidentschaftswahl 2016 mit Anzahl der *electoral votes* der Bundesstaaten und Gewinnern. Trump gewann 306 Wahlmännerstimmen, Clinton 232.
Quelle: <https://en.wikipedia.org/wiki/File:ElectoralCollege2016.svg> [Stand 20.11.2016].

1 Vgl. <http://nyti.ms/2a1oJID> [Stand 20.11.2016].

2 Eigentlich wird Trump erst am 19.12.2016 von den Wahlfrauen und -männern gewählt, das ist aber eine Formalität.

3 Trumps Wahlkampf und seine kontroversen Äußerungen werden im zweiten Artikel dieser Serie erläutert: Markus Hünemörder: Der Kampf ums Weiße Haus 2016 – Folge 2: Kandidaten, Themen, Wähler, Chancen, in: *Einsichten und Perspektiven* 3/16 (2016), S. 30–39.

4 Die genaue Anzahl der Volksstimmen steht noch nicht endgültig fest, die Staaten müssen bis 19.12. ein amtliches Endergebnis liefern. Bis dahin ist <http://uselectionatlas.org/RESULTS/index.html> eine gute Quelle, dort werden 61.898.584 (46,58%) Volksstimmen für Trump und 63.551.979 (47,82%) für Clinton angegeben [Stand 20.11.2016]. Die Wahlbeteiligung war wohl minimal niedriger als 2012, auch hier sind noch die amtlichen Endergebnisse abzuwarten.

5 Das Wahlsystem und die Eigenheiten des electoral college werden im ersten Artikel dieser Serie erläutert: Markus Hünemörder: Der Kampf ums Weiße Haus 2016 – Folge 1: Wahlsystem, Parteien und Hintergründe, in: *Einsichten und Perspektiven* 2/16 (2016), S. 44–53.



Die ehemalige Fertigungsanlage von Packard Motor Car in Detroit, Michigan. Eine Region, die zum sogenannten „Rust Belt“ der USA zählt
Foto: REUTERS/Fotograf: Eric Thayer

Warum Donald Trump gewann

Wie konnte Trump gewinnen, wo doch alle Meinungsfragen einen mindestens knappen Wahlsieg für Clinton nahelegten? Kurzum: seine Einschätzung der politischen Stimmung in den USA war korrekter als die der Experten. Trump behauptete stets, dass seine Anhänger in ungeahnter Zahl an die Urnen strömen würden, während Clinton die Demokraten nicht so motivieren könne wie Obama. Genau dieser Effekt ist eingetreten – zwar nicht so heftig, wie sich Trump dies ausgemalt hatte, aber doch stark genug, um ihm einen knappen Sieg in einer ganzen Anzahl von Schlüsselstaaten zu sichern, sogar in einigen vermeintlich sicheren demokratischen Bastionen.

So gewann Trump knapp Florida und North Carolina, zwei *swing states*⁶ von großer Bedeutung. Vor allem aber gelang Trump der nahezu komplette Durchmarsch durch den sogenannten *rust belt*, das durch den Strukturwandel gebeutelte industrielle Herzland der USA: in Pennsylvania, Ohio, Wisconsin und sogar Michigan konnte er teils

.....
6 Vgl. Hünemörder (wie Anm. 5), S. 51.

hauchdünne Siege erzielen und sogar ehemalige Hochburgen der Demokraten gewinnen. Die meisten dieser Staaten hatten in den letzten sechs Präsidentschaftswahlen immer für die Demokraten gestimmt, ihr Verlust wirkte katastrophal. Da half es Clinton auch nicht mehr, dass sie Virginia und die *swing states* des Westens, Nevada und Colorado, für sich einnehmen konnte.

Trumps Sieg im *rust belt* deutet auch gleich die Ursache des Ergebnisses an: Es waren vor allem weiße Wähler aus der unteren Mittel- und Arbeiterschicht ohne College-Abschluss, die ihm zum Sieg verhalfen. Ursprünglich gehörten diese Wähler zur großen Koalition der Demokraten, doch bereits in den 1980er Jahren wanderten viele von ihnen unter Ronald Reagan zu den Republikanern ab. In den letzten Jahren hatten sich viele dieser Menschen kaum mehr an Wahlen beteiligt, doch Trumps Wahlkampf gegen das Establishment und sein Versprechen, die industriellen Arbeitsplätze wieder zurück zu bringen, aktivierte sie.

Mindestens so erstaunlich wie der Enthusiasmus der weißen Arbeiterklasse ist jedoch, dass Trump unter Minderheiten wie Hispanics und Afro-Amerikanern nicht schlechter, teilweise sogar besser abschnitt als Mitt Romney 2012.

Zwar holte Clinton große Mehrheiten bei diesen Gruppen, aber eben nicht genug, um Trumps riesigen Vorteil bei weißen Wählern ohne College-Abschluss auszugleichen.⁷

Das war die große Frage dieser Wahl: Wäre sie eine Abstimmung über Trumps Persönlichkeit gewesen, hätte er verloren – zu polarisierend und persönlich fragwürdig ist der Milliardär aus Manhattan, dessen Äußerungen über Frauen und Mexikaner allein schon jeden anderen Kandidaten vernichtet hätten. Doch die Wahl war vielmehr eine Abrechnung vor allem der weißen Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer mit einem politisch-wirtschaftlichen Komplex, von dem sie sich verraten und verkauft fühlten. Und niemand verkörpert das Establishment in den USA so sehr wie Hillary Clinton.

Warum Hillary Clinton verlor

Hillary Clinton hatte bereits mehrere politische Ämter inne: Sie war Außenministerin und Senatorin, sie bemühte sich bereits 2008 um die Präsidentschaftsnominierung der Demokraten, verlor aber gegen Barack Obama. Und natürlich lebte sie bereits acht Jahre im Weißen Haus, als Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Bill Clinton. Als *first lady* war sie politisch enorm einflussreich und aktiv, Bill Clinton hatte in seinem Präsidentschaftswahlkampf nicht umsonst von „zwei für den Preis von einem“ gesprochen. Die Clintons sind das bekannteste politische Team der USA, und genau darin liegt das Problem: Kaum eine andere Politikerin hat in der Bundespolitik so lange so viele verschiedene Rollen gespielt wie die demokratische Präsidentschaftskandidatin. Hillary Clinton konnte nicht als Revolutionärin gegen das System antreten, denn Hillary Clinton *ist* das System.

In einer anderen Wahl hätte ihr diese 30 Jahre politische Erfahrung wahrscheinlich zum Vorteil gereicht, doch 2016 stand die Wählerstimmung auf Protest. Das war bei den Republikanern schon im Vorwahlkampf offensichtlich, in dem alle Politiker mit Regierungserfahrung sang- und klanglos durchfielen. Auch bei den Demokraten zeigte der überraschende Erfolg des Linkspopulisten Bernie Sanders, dass viele Wähler der Partei mit der politischen Elite abrechnen wollten. Ob nun Sanders gegen Trump hätte gewinnen können, darüber werden die Demokraten sich noch lange streiten. Eine Antwort auf eine solch spekulative Frage kann es nicht geben.

Manche von Hillary Clintons Problemen sind hausgemacht. Die Clinton Foundation mag eine völlig saubere,

gemeinnützige Stiftung sein, doch sie erweckte zumindest den Anschein des Interessenskonflikts. Manche Spender der Stiftung haben sich wohl politischen Zugang zur Außenministerin erhofft; ob sie ihn erhalten haben, ist eine andere Frage.⁸ Die Vorwürfe der Verquickung von politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Clintons, von Interessenskonflikten bis hin zu Korruption, waren zahlreich aber unbewiesen. Viele Wähler haben sich wohl gedacht, wo so viel Rauch ist, müsse auch irgendwo ein Feuer sein.

Das andere große Problem für Clinton war die E-Mail-Affäre, ihre höchst fragwürdige Praxis, als Außenministerin einen privaten E-Mail-Server auch für offizielle und sogar in einigen Fällen geheime Korrespondenz zu verwenden. Die Löschung von Tausenden angeblich privater E-Mails unterminierte das Vertrauen der Öffentlichkeit in Clinton. Nun war die FBI-Untersuchung der Angelegenheit bereits im Juli zwar nicht ergebnis-, aber folgenlos abgeschlossen. Dann kam die *October Surprise*: Eine Woche vor der Präsidentschaftswahl kündigte das FBI an, die Untersuchung wegen eines neu aufgetauchten Computers wiederaufzunehmen. Ganz wenige Tage vor der Wahl wurde diese erneute Untersuchung dann wieder eingestellt. Hinter der Aktion stand wohl ein Team von FBI-Ermittlern aus New York, was den Vorwurf nahelegt, der ehemalige Staatsanwalt und Bürgermeister von New York, der Trump-Verbündete Rudy Giuliani hätte die Sache angezettelt. Ob nun wahr oder nicht, die Endphase des Wahlkampfes ähnelte einer Folge der Politikintrigenserie *House of Cards*.

Letztlich erklärt sich die Niederlage von Clinton auch durch die Rache der *angry white men*, der zornigen weißen Männer. Obama war von einer Koalition aus ethnischen Minderheiten, jüngeren Frauen und hochgebildeten Weißen gewählt worden. Clinton punktete bei all diesen Gruppen, nur eben nicht hoch genug. Bei Wählerinnen hatte sie zwölf Prozent Vorsprung vor Trump – ähnlich wie Obama 2012. Doch Trump hatte bei männlichen Wählern ebenfalls zwölf Prozent Vorsprung vor Clinton, und das war ein erheblich besseres Ergebnis als Mitt Romney vier Jahre zuvor. Bei weißen Männern lag Trump gar 21 Prozent vorne. Offensichtlich war ein erheblicher Teil der weißen, männlichen Wähler nicht bereit, eine Frau als Präsidentin zu akzeptieren – zumindest nicht Hillary Clinton.⁹

7 Die Wählerbefragung der New York Times beleuchtet das Wahlverhalten nach demographischen Gesichtspunkten. Vgl. <http://nyti.ms/2ejUjgn> [Stand 17.11.2016].

8 Vgl. <http://wpo.st/wxZF2> [Stand 20.11.2016].

9 Vgl. <http://nyti.ms/2ejUjgn> [Stand 17.11.2016].

Ein republikanischer Kongress – Demokraten, was nun?

Neben der Präsidentschaftswahl fanden auch Kongresswahlen statt: das gesamte Repräsentantenhaus und 34 Senatsitze standen zur Wahl. Wie erwartet verteidigten die Republikaner ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus. Bei der Senatswahl hatten die meisten Meinungsforscher eine knappe Mehrheit für die Demokraten prognostiziert und lagen auch hier falsch. Die Republikaner verteidigten eine hauchdünne Mehrheit von 51 oder 52 der 100 Sitze.¹⁰ Damit ist Trump in der eigentlich glücklichen Lage, eine Kongressmehrheit der eigenen Partei hinter sich zu haben. Doch ob die Kongressrepublikaner, mit vielen von denen er im Wahlkampf erheblichen Streit hatte, ihm tatsächlich folgen, ist mehr als fraglich. Neben persönlichen Konflikten liegt Trumps Politik – zumindest seine Äußerungen aus dem Wahlkampf – mit zentralen Positionen der Republikaner überkreuz.¹¹

So schwierig die Situation für die Republikaner auch sein mag, für die Demokraten ist sie katastrophal. Kein Weißes Haus, keine Mehrheit im Kongress, und in den Bundesstaaten sind sie auch weitgehend abgemeldet: Nur in 15 Staaten stellen die Demokraten noch den Gouverneur (die Republikaner haben 34) und nur 13 Staatsparlamente haben eine Mehrheit der Demokraten in beiden Kammern. Die Personaldecke ist dünn, es fehlt an jungen Stars. Es ist kein Zufall, dass der Vorwahlkampf zwischen Clinton (mittlerweile 69 Jahre alt) und Sanders (75) entschieden wurde; der wahrscheinlichste Alternativkandidat war Vizepräsident Joe Biden (73). Für eine Partei, die sich als die Stimme des modernen, multiethnischen, urbanen Amerika versteht, sehen die Demokraten ganz schön alt und weiß aus. Sie müssen sich wohl in der Opposition erneuern und vor allem auf lokaler und Bundesstaatsebene wieder Fuß fassen. Ihre größte Hoffnung dürfte sein, dass die Wähler von Trumps Präsidentschaft bitter enttäuscht werden – dann könnte sich das Blatt bei den Kongresswahlen 2018 und der Präsidentschaftswahl 2020 wieder wenden.

Schock, Tränen und Jubel: Reaktionen auf Trumps Wahlsieg

Selten wurde ein US-Wahlkampf auch international mit so viel Interesse verfolgt – der politische Provokateur Trump spaltet sowohl innerhalb als auch außerhalb der Vereinigten Staaten. Die Woche nach der Wahl war geprägt von Schockstarre bei allen, die sich einen Wahlsieg Trumps nicht hatten

vorstellen können, Tränen bei jenen, die vor seiner Politik Angst haben müssen und Jubel bei seinen Anhängern und potentiellen politischen Profiteuren im Ausland.

Reaktionen in den USA

Die Reaktionen auf das Wahlergebnis in den USA zeigen: Die vermeintlich „Vereinigten“ Staaten von Amerika sind ein gespaltenes Land. In vielen Städten, vor allem liberalen Hochburgen wie New York oder Portland, gab es wütende Proteste gegen Trumps Wahlsieg, teils mit Flaggenverbrennungen wie in Zeiten des Vietnamkriegs. Einige Demonstranten skandierten Slogans wie „Not My President“ und stellten somit das Ergebnis der Wahl grundsätzlich in Frage. Der linke Filmemacher Michael Moore – der den Wahlsieg Trumps immerhin prognostiziert hatte – versuchte im Trump Tower eine Rücktrittsforderung zu übergeben, natürlich ohne Erfolg.¹² An vielen Universitäten gab es ebenfalls Proteste und Trauerbekundungen, von der konservativen Presse als „cry-in“ verlacht.¹³

Unter Trumps Unterstützern hingegen war der Jubel naturgemäß groß, zumal der Sieg ja überraschend kam. Trump selbst hatte in den Wochen vor der Wahl angedroht, eine Niederlage nicht anerkennen zu wollen und das Wahlsystem als „abgekartetes Spiel“ denunziert – umso ekstatischer fällt nun der Jubel aus. Einige Medien berichteten aber auch von Übergriffen gegen Minderheiten wie Hispanics oder Afro-Amerikaner, ähnlich wie es nach dem Brexit-Votum in Großbritannien zu Angriffen auf osteuropäische Einwanderer gekommen war.¹⁴ Wie flächendeckend und anhaltend solche Ausbrüche sind oder ob die Anti-Trump-Proteste anhalten, bleibt abzuwarten.

Eines ist jedenfalls sicher: Die USA sind tief gespalten. Hillary Clinton gewann in den großen Städten, vor allem denen an der Ost- und Westküste, dort gibt es auch die Anti-Trump-Proteste. Trump wiederum reüssierte in den Vororten und ländlichen Regionen. Das urbane, moderne, multi-ethnische, säkulare, liberale Amerika und das ländliche, traditionelle, überwiegend weiße, religiöse, konservative Amerika bilden zwei Pole, die sich zunehmend ablehnend und sogar feindselig gegenüber stehen. Es ist kaum abzusehen, wo eine Versöhnung herkommen soll.

Trump selbst gab sich nach dem Wahlsieg vergleichsweise versöhnlich, versprach der Präsident aller Amerikaner sein zu wollen und die Wunden der Nation zu heilen –

10 Die genaue Zahl hängt noch von einer Stichwahl in Louisiana am 10. Dezember 2016 ab.

11 Vgl. Hünemörder (wie Anm. 3), S. 34.

12 Vgl. <http://wpo.st/JCtE2> [Stand 17.11.2016].

13 Vgl. <http://go.shr.lc/2eOdzBp> [Stand 17.11.2016].

14 Vgl. <http://spon.de/aeRV2> [Stand 17.11.2016].



Vorbereitung auf einen Anti-Trump-Protest in Los Angeles am 12. November 2016 mit geschätzt 9.000 Teilnehmern
Foto: picture alliance/NurPhoto/Fotograf: Ronen Tivony

er fand sogar ein paar lobende Worte für Clinton. Das war natürlich erst einmal als reine Rhetorik zu verstehen, doch immerhin ist es die Rhetorik, die man von einem frisch gewählten Präsidenten traditionell erwartet. Auch Clinton hielt sich trotz der schockierenden Niederlage artig an die Spielregeln und gratulierte dem Sieger am Telefon. Präsident Obama wiederum hatte schon am Wahltag (als das Ergebnis noch nicht bekannt war) verkündet: „[E]gal, was passiert, auch morgen geht die Sonne wieder auf.“¹⁵ Kurz nach der Wahl lud er Trump ins Weiße Haus ein und konferierte unerwartet lang mit seinem Nachfolger. Obama versprach, alles für eine möglichst reibungslose Machtübergabe tun zu wollen, so wie es sein Vorgänger George W. Bush es bei allen erheblichen politischen Differenzen auch für ihn gemacht hatte. Alles in Ordnung also? Zumindest die prominentesten politischen Akteure in den USA scheinen zunächst willens, sich an das Drehbuch des Systems zu halten. Doch das zentrale Problem bleibt: die schiere Unsicherheit, die von Trumps Wahlsieg ausgeht und die sich auch in den internationalen Reaktionen widerspiegelt.

.....
15 Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=-ngd1LkbX-M> [Stand 17.11.2016].

Reaktionen in Europa

Unter den Regierungen der meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union löste Trumps Wahlsieg sicherlich Bestürzung aus. Am einfachsten mag das Ergebnis noch für die britische Premierministerin Theresa May gewesen sein, schließlich hat sie den ebenfalls von einem rechts-populistischen Votum ausgelösten Brexit zu verwalten. Da kommt die traditionelle *special relationship* zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA gerade recht, und genau an diese erinnerte May auch in ihrer Reaktion auf das amerikanische Wahlergebnis: Freiheit, Demokratie und Unternehmergeist würden die beiden Länder weiter eng verbinden.¹⁶ Der französische Präsident Francois Hollande wirkte deutlich weniger angetan und sprach von einer Prüfung für die gemeinsamen Werte und Interessen; sein Premierminister Jean-Marc Ayrault fragte besorgt, was nun aus dem Pariser Klimaabkommen und den Nuklearabkommen mit dem Iran werden solle.¹⁷ Von Vertretern der Europäischen Union kam eine Mischung

.....
16 Vgl. <http://wpo.st/ba9F2> [Stand 18.11.2016].

17 Vgl. <http://nyti.ms/2ek3e1j> [Stand 18.11.2016].

aus diplomatisch formulierten Glückwünschen für den neuen Präsidenten und offener Skepsis angesichts Trumps kontroverser Positionen aus dem Wahlkampf.

Ähnlich ambivalent wirkte die Reaktion der deutschen Regierung. Man darf getrost davon ausgehen, dass Angela Merkel einen Wahlsieg Clintons bevorzugt hätte, zumal Trump ihre Flüchtlingspolitik mehrfach mit scharfen Worten als Desaster bezeichnet hatte. Doch die Kanzlerin ist natürlich zu pragmatisch, um sofort einen öffentlichen Streit mit Trump vom Zaun zu brechen. Sie sprach also – nicht frei von einer belehrenden Note, die vielfach kritisiert wurde – von einer Zusammenarbeit auf Basis der „gemeinsamen Werte“, nämlich „Demokratie, Freiheit, den Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung“ – wohl wissend, dass Trumps Wahlkampf mehrere dieser Prinzipien in Frage gestellt hatte.¹⁸ Wenige Tage später verkündete sie ihre Unterstützung für Frank-Walter Steinmeier als neuen Bundespräsidenten, der vor der Wahl Trump als „Hassprediger“ bezeichnet hatte. Eine Woche nach der Wahl wiederum traf sie sich mit Obama in Berlin und zelebrierte ein letztes Mal das Bündnis mit dem scheidenden US-Präsidenten. Spiegel online schrieb von den „Verteidigern der freien Welt“.¹⁹ Enthusiasmus für den neu gewählten Präsidenten Trump sieht anders aus.

Ganz anders fiel natürlich die Reaktion der europäischen Rechtspopulisten aus, die sich nun im politischen Aufwind sehen. AfD-Bundesvorsitzende Frauke Petry gratulierte Trump zum Wahlsieg. Ihr Ko-Vorsitzender Jörg Meuthen sprach gar von einer „Zeitenwende“.²⁰ In Frankreich bezeichnete Marine Le Pen Trumps Wahlsieg als „Zeichen der Hoffnung“.²¹ Der französische (Vor-)Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl 2017 steht ganz im Zeichen der Frage, wer Le Pen im Zeitalter von Trump noch aufhalten könne.²² Auch die Wiederholung der österreichischen Präsidentschaftswahl wird von Trumps Wahlsieg überschattet; der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer zog Parallelen zwischen seinen Zielen und denen Trumps.²³ Der ungarische Premierminister Viktor Orbán freute sich angesichts Trumps Erfolg über „großar-

tige Nachrichten.“²⁴ Dem Parteichef der Brexit-Partei UKIP Nigel Farage gelang sogar, was Michael Moore nicht vergönnt war: Er wurde im Trump Tower zum Hausherrn vorgelassen und führte ein angeblich „sehr produktives Gespräch“ mit ihm.²⁵ Ob die Welle rechtspopulistischer Erfolge in Europa sich nun wirklich fortsetzt bleibt abzuwarten; geschadet hat Trumps Wahlsieg AfD & Co. sicherlich nicht.



Barack Obamas letzter Besuch in Berlin als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Foto: ullstein bild – Boness/IPON

Weitere internationale Reaktionen

Vladimir Putin dürfte eine Flasche Krimsekt geöffnet haben, als er von Trumps Wahlsieg erfuhr. Der russische Präsident war selbst Thema und Akteur des US-Wahlkampfes: Clinton hatte Trump als „Marionette“ Putins bezeichnet.²⁶ Trump wiederum hatte eine bessere Zusammenarbeit mit Russland vor allem in der Terrorbekämpfung gefordert und dafür auf Kritik an der russischen Ukraine- und Syrienpolitik verzich-

18 Vgl. <http://spon.de/aeREz> [Stand 18.11.2016].

19 Vgl. <http://spon.de/aeRZD> [Stand 18.11.2016].

20 Vgl. <http://www.faz.net/-gpf-8n87e> [Stand 18.11.2016].

21 Vgl. <http://cnn.it/2gbMllh> [Stand 20.11.2016].

22 Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahl-in-frankreich-frankreich-waehlt-den-gegner-der-rechtsextremen-marine-le-pen-1.3249504-2> [Stand 20.11.2016].

23 Vgl. <http://spon.de/aeRY8> [Stand 20.11.2016].

24 Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-die-us-wahl-rechts-populisten-feiern-moeglichen-trump-erfolg-1.3241145> [Stand 20.11.2016].

25 Vgl. <http://cnn.it/2g6q5hd> [Stand 20.11.2016].

26 Vgl. <http://cnn.it/2eiHOB5> [Stand 20.11.2016].

tet. Die Rolle Russlands im amerikanischen Wahlkampf dürfte dabei Geheimdienste und Historiker noch lange Zeit beschäftigen. Es liegt nahe, dass einige für Clinton peinliche Veröffentlichungen auf Wikileaks auf das Konto russischer Hacker gehen.²⁷ Der russische Staatspräsident Putin ist ganz sicher kein Freund von Clinton, schließlich macht er sie für den Ausbruch von Massenprotesten rund um die russischen Parlamentswahlen 2011 verantwortlich.²⁸ Eine Woche nach der Wahl führten Trump und Putin ein längeres Telefongespräch und stellten danach in Aussicht, die „unbefriedigenden“ Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern.²⁹

Bei vielen Regierungen des Nahen Ostens (im weiteren Sinn) wurde Trumps Erfolg begrüßt. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, selbst in der Kritik für seinen zunehmend autoritären Führungsstil, nannte die Wahl Trumps ein „positives Zeichen.“ Allerdings ist unklar, inwieweit Trumps anti-islamische Wahlkampfaussagen das Verhältnis zwischen den beiden Präsidenten belasten werden. Benjamin Netanyahu, Premierminister Israels, bezeichnete Trump als „wahren Freund des israelischen Staates“³⁰ – ihm dürfte insbesondere Trumps Ankündigung gefallen haben, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen.³¹ Der ägyptische Präsident Abd al-Fattah as-Sisi freute sich auf einen „neuen Geist“ der ägyptisch-amerikanischen Beziehungen.³² Selbst der syrische Diktator Baschar al-Assad bot an, einer Regierung Trump als „natürlicher Verbündeter“ gegen den Islamischen Staat zur Seite zu stehen.³³ Ob allerdings ein Präsident Trump für den Nahen Osten wirklich so positiv sein wird, wie diese Äußerungen nahelegen, darf auch bezweifelt werden.

Die chinesische Regierung reagierte vor allem mit rhetorischer Zurückhaltung auf Trumps Erfolg. Im Wahlkampf hatte Trump Billigimporte aus China für den Niedergang der amerikanischen Industrie verantwortlich gemacht und der Volksrepublik unter anderem mit hohen Strafzöllen gedroht. Andererseits legt Trumps isolationistische Rhetorik nahe, dass die USA den territorialen und politischen Ambitionen Chinas in Asien weniger entgegensetzen wer-

27 Vgl. <http://www.politifact.com/truth-o-meter/statements/2016/oct/19/hillary-clinton/hillary-clinton-blames-russia-putin-wikileaks-rele> [Stand 20.11.2016].

28 Vgl. <http://nyti.ms/2a0tiwq> [Stand 20.11.2016].

29 Vgl. http://wpo.st/DS_F2 [Stand 20.11.2016].

30 Vgl. <http://politi.co/2fCfA2H> [Stand 20.11.2016].

31 Vgl. <http://reut.rs/2cXRI1M> [Stand 20.11.2016].

32 Vgl. <http://wpo.st/-1aF2> [Stand 20.11.2016].

33 Vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/syrien-und-usa-baschar-al-assad-donald-trump-natuerlicher-verbueudeter> [Stand 20.11.2016].

den; überhaupt könnte die Führungsrolle der USA in der Welt abnehmen. In Peking dürfte man ebenso gespannt abwarten, was eine Regierung Trump tatsächlich an konkreter Politik umsetzen will, wie im Rest der Welt.³⁴ Der japanische Premierminister Shinzo Abe wollte wohl hingegen nicht bis zum Amtsantritt abwarten und besuchte Trump in New York. Über die Inhalte des Gesprächs wurde außer höflichen Floskeln wenig bekannt.³⁵

Ausblick: Und was kommt jetzt?

Die abwartende Haltung der chinesischen Regierung und die wenig enthusiastischen Glückwünsche europäischer Regierungen sind offensichtlich auch der Unsicherheit geschuldet. Wieviel von seiner kontroversen Wahlkampfrhetorik wird Trump versuchen, in konkrete Politik umzusetzen? Und wird er seine Pläne, was immer sie auch sein mögen, auch umsetzen können? Wissen kann das niemand, möglicherweise hat der kommende Präsident selbst keine klare Vorstellung.

Ein erster Indikator könnte die Regierungs- und Beratermannschaft sein, die Trump in der Übergangsphase um sich scharft, doch auch hier ist die Botschaft bislang ambivalent. So berief Trump mit dem Vorsitzenden des republikanischen Nationalkomitees, Reince Priebus, einen Vertreter des Establishments, zum Stabschef, dafür ernannte er den ultrarechten Ex-Chef der Nachrichtenwebseite *Breitbart News*, Stephen Bannon, zum Chefstrategen. Als Nationalen Sicherheitsberater will Trump den russlandfreundlichen Ex-General Michael Flynn, doch als Außenminister ist sogar Trumps schärfster innerparteilicher Gegner Mitt Romney im Gespräch.³⁶ Es scheint fast, als würde Trump das Prinzip „teile und herrsche“ auf das eigene Team anwenden. Mangels klar erklärter Absichten lässt sich nur abwägen, was überhaupt möglich wäre.

Commander-in-Chief: Außenpolitische Aussichten

In der Außenpolitik ist der Präsident zwar nicht der einzige, aber mit Abstand der wichtigste Akteur. Der Senat kann zwar wichtige Amtsträger bestätigen oder ablehnen, Verträge ratifizieren und über Ausschüsse Einfluss auf die Außenpolitik nehmen, aber die Fäden laufen im Weißen Haus zusammen. Selbst Außen- und Verteidigungsministerium haben zwar eine gewisse institutionelle Eigenständig-

34 Vgl. <https://www.ft.com/content/68430ce2-a677-11e6-8b69-02899e8bd9d1> [Stand 20.11.2016].

35 Vgl. <http://cnn.it/2fVpegB> [Stand 20.11.2016].

36 Vgl. <http://wpo.st/o6bF2> [Stand 20.11.2016].

keit, doch oberster Diplomat und Befehlshaber der Streitkräfte ist nun mal der Präsident. Hier hat Trump also die größte Handlungsfreiheit und kann aus Sicht seiner Kritiker den größten Schaden anrichten. Einige Möglichkeiten:

- **Russland und Syrien:** Wenn Trump tatsächlich eine russlandfreundliche Politik verfolgen will, kann er das tun. Die Sanktionen gegen Russland wegen der Krim-Annexion und des Bürgerkriegs in der Ukraine basieren weitgehend auf Exekutivanweisungen Obamas; Trump könnte sie aussetzen. Er könnte ebenso entscheiden, dass die Absetzung des syrischen Präsidenten Assad kein Ziel der US-Politik mehr sei, solange er den islamischen Staat bekämpft. Damit wären zwei zentrale Streitpunkte zwischen den USA und Russland ausgeräumt. Allerdings dürfte Trump bei solchem Ansinnen erheblichen Gegenwind aus der eigenen Partei spüren.
- **NATO:** Eine Auflösung der NATO oder auch ein Austritt der USA aus dem Bündnis hat selbst Trump so nicht gefordert; diese Schritte stehen auch nicht zur Debatte. Hingegen dürfte der Druck auf die europäischen NATO-Verbündeten, einen größeren Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung zu leisten, massiv steigen – zumal selbst Obama die NATO-Europäer schon als „Trittbrettfahrer“ kritisiert hat.³⁷
- **Klimapolitik:** Das Pariser Klimaabkommen ist aus rechtlicher Sicht der USA kein völkerrechtlich bindender Vertrag, sondern lediglich eine Abmachung zwischen Regierungen. Trump könnte die Zustimmung der USA einfach zurückziehen und würde dabei auch von weiten Teilen der Republikaner unterstützt.
- **Atomabkommen mit dem Iran:** Auch dies ist kein vom Senat ratifizierter Vertrag, sondern ein reines Regierungsabkommen, aus dem Trump per Federstrich aussteigen könnte, wohl ebenfalls zur Freude vieler Republikaner. Allerdings gehören zu den Zeichnern des Abkommen neben den USA und Iran auch die europäischen Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland sowie die UN-Vetomächte Russland und China. Ob Trump all diese Regierungen verärgern will, bleibt abzuwarten.
- **Freihandel:** Die Freihandelsabkommen TTIP mit der EU und TPP mit mehreren asiatischen und amerikanischen Staaten kann Trump schlicht abblasen und wird dies wahrscheinlich auch tun. Allerdings dürfte das vielen Republikanern im Kongress keinesfalls schmecken. Einen Handelskrieg mit China kann Trump zwar nicht

ganz im Alleingang anzetteln, aber er könnte im Rahmen bestehender Gesetze verschiedene Brüche der Handelsregeln seitens Chinas feststellen und diese sanktionieren.

- **Einreise von Muslimen:** Das Einwanderungsgesetz von 1952 erlaubt es dem Präsidenten, die Einreise von Personen, die den Interessen der USA schaden, zu verbieten. Dieser Passus war ursprünglich gegen Kommunisten gerichtet. Ihn gegen Muslime, also über eine Milliarde Menschen, zu richten, wäre extrem – zumal Reisepässe keine Angaben zur Religionszugehörigkeit enthalten – aber nicht völlig ausgeschlossen.³⁸ Realistischer wäre es für eine Trump-Regierung, die Visavergabe in islamischen Ländern massiv zu erschweren. In diese Richtung gingen auch Trumps Äußerungen in der späteren Phase des Wahlkampfes.

Checks and Balances: Innenpolitische Aussichten

In der Innenpolitik hat Trump deutlich weniger Handlungsspielraum, denn das Gesetzgebungs- und Haushaltsrecht liegt beim Kongress, und die Senatoren und Repräsentanten sind selbst Präsidenten der eigenen Partei gegenüber sehr unabhängig. Hinzu kommt der stark föderale Charakter der USA: Die 50 Bundesstaaten haben nicht einmal ein gemeinsames Zivil- und Strafrecht. Zwar kann der Präsident vieles über sogenannte Exekutivanweisungen quasi auf dem Verordnungswege erreichen (Obama hat die Grenzen dieser Möglichkeit stark gedehnt), aber für richtige Reformen und Wirtschaftsprogramme müssen Präsident und Kongress an einem Strang ziehen.

Die Frage ist also, ob es dem 45. US-Präsidenten gelingen wird, die Republikaner im Kongress hinter sich zu bringen. Im Wahlkampf hat er sich mit vielen von ihnen zerstritten, doch nach seinem Wahlsieg hat ihm z.B. der lange hin-und-her-schwankende Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, seine volle Unterstützung zugesichert. Ob und wie lange der Burgfrieden halten wird, ist höchst fraglich – die Republikaner sind zutiefst zerstritten, und wo sie sich einig sind, steht manchmal Trump quer.³⁹ Sollte es ihm tatsächlich gelingen, die Republikaner zu einen, wäre damit mehr Staatskunst gelungen, als ihm die meisten Beobachter zutrauen. Hier einige Themenfelder:

- **Die Mauer:** Trumps wohl bekanntestes Wahlkampfversprechen, eine Mauer entlang der über 3.000 km langen Grenze zu Mexiko zu bauen, ist auch aus politischer Sicht kaum realistisch. Eine weitere Aufstockung der Grenzpo-

³⁷ Vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/nato-donald-trump-barack-obama-verteidigungsetat-verteidigungspolitik-5vor8> [Stand 20.11.2016].

³⁸ Vgl. <http://wpo.st/PGbF2> [Stand 20.11.2016].

³⁹ Vgl. <http://wpo.st/OUbF2> [Stand 20.11.2016].

lizei sowie zumindest symbolische Baumaßnahmen dürften mit vielen Republikanern jedoch zu machen sein. Eine umfassende und dringend überfällige Einwanderungsreform inklusive der Legalisierung vieler unautorisierter Einwanderer ist allerdings in weite Ferne gerückt.

- **Steuern:** Trump will Steuern senken, die Republikaner auch. Allerdings fordern die meisten Mitglieder der Partei eine Gegenfinanzierung durch Senkung der Sozialausgaben. Hier gibt es viel Konfliktstoff, denn Trump will die Rentenversicherung und die Krankenversicherung für Senioren, *Medicare*, nicht reduzieren.
- **Abschaffung von *Obamacare*:** Trump und die Republikaner im Kongress sind sich einig, dass sie Obamas Gesundheitsreform rückgängig machen wollen. Doch eine simple Rückkehr zum Status Quo ante würde Millionen Amerikaner ihre Krankenversicherung kosten und eine politische Krise auslösen. Auf eine Alternative zu *Obamacare* konnten sich die Republikaner in den sechs Jahren seit der Reform jedoch nie einigen.
- **Infrastrukturprogramm:** Im Wahlkampf hat Trump versprochen, die marode amerikanische Infrastruktur auf Vordermann zu bringen. Doch ein solch milliardenschweres Konjunkturprogramm passt nun gar nicht zur republikanischen Ideologie vom schlanken Staat. Hier, und auch in ein paar anderen Themengebieten, stellt sich die Frage, ob Trump sich nicht lieber Verbündete bei den Demokraten suchen könnte, die eine partielle Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen haben.⁴⁰
- **Oberster Gerichtshof:** Einigkeit herrscht zwischen Trump und Republikanern, dass der freie Richtersitz am *Supreme Court* durch einen dezidiert konservativen Juristen zu besetzen ist. Auch wenn weitere Sitze freierwerden, dürften Konservative zum Zuge kommen. Hier könnte



Donald Trump will eine Mauer zu Mexiko errichten. Bekommen hat er eine um seinen Stern auf dem Walk of Fame.
Foto: picture alliance/AP Photo/Fotograf: splageman|File

Trumps Wahlsieg die langfristigen Konsequenzen haben, denn Bundesrichter sind auf Lebenszeit ernannt und bleiben meistens bis ins sehr hohe Alter im Amt.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Eine Eigenheit der US-Politik ist das enge Zeitfenster, das einem neuen Präsidenten und einem neuen Kongress für Reformen zur Verfügung stehen. Am 20. Januar tritt Donald Trump sein Amt an, dann ist auch der neue Kongress startklar. Doch Gesetzesvorhaben dauern immer viel länger als gedacht und bereits im November 2018 wird ein neuer Kongress gewählt. Bei solchen *midterm elections* wird fast immer die Partei des amtierenden Präsidenten abgestraft. Entsprechend früh geht der Wahlkampf faktisch bereits im Januar 2018 los, und die Erfahrung zeigt, dass in Wahljahren kaum konkrete politische Vorhaben umzusetzen sind. Trump und die Republikaner haben also gerade mal von Ende Januar 2017 bis zur Weihnachtspause Zeit, um große politische Steine ins Rollen zu bringen. Der permanente Wahlkampf in den USA hat schon den ambitionierten Reformplan Obamas massiv ausgebremst. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum es Trump besser ergehen sollte.

Der nächste Artikel in der Ausgabe 01/17 untersucht den Amtsantritt Trumps, sein vorgesehene Kabinett und die bis dahin hoffentlich etwas konkreteren politischen Visionen des wohl umstrittensten US-Präsidenten der jüngeren Geschichte. ▀

⁴⁰ Vgl. <http://www.nytimes.com/2016/11/17/us/politics/democrats-house-senate.html> [Stand 20.11.2016].

„Alle Terroristen sind Moslems“¹

Zur Geschichte und Wahrnehmung des Terrorismus

von Andreas M. Bock



Werbeplakat für einen Thriller am Berliner Ostbahnhof, November 2015. Kurz nach den Anschlägen in Paris am 13.11.2015 geriet das Plakat zum Kommentar der Lage.

Foto: picture alliance/Eventpress Hoensch

¹ Dieses Zitat geht auf einen Facebook-Kommentar des CSU-Europaabgeordneten Albert Deß zurück, den er nach den Anschlägen veröffentlichte, vgl. Wolfgang Wittl: Nach Anschlägen in Brüssel: CSU-Politiker: ‚Alle Terroristen sind Moslems‘, auf: *sueddeutsche.de* vom 23.03.2016; vgl. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/nach-anschlaegen-in-bruessel-csu-politiker-alle-terroristen-sind-moslems-1.2920575> [Stand: 01.05.2016].

„Europa steht momentan vor der größten Terrorgefahr seit mehr als zehn Jahren.“² Diese Einschätzung der islamistischen Bedrohung von Europol-Direktor Rob Wainwright deckt sich sowohl mit der öffentlichen Bedrohungsperzeption (Wahrnehmung von Bedrohung) wie auch der politisch-populistischen Bedrohungskonstruktion: „Of course it's not accepted, but the factual point is that all the terrorists are basically migrants.“³

Diese Verkürzung sozialer Wirklichkeit durch Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán ist zwar falsch, aber sehr nah an der „gefühlten“ Wirklichkeit. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pew zufolge fürchtet mindestens die Hälfte der Befragten in acht von zehn Ländern, dass der Zuzug von Flüchtenden das Risiko terroristischer Attacken in ihrem Land erhöhen wird. Spitzenreiter ist Ungarn mit 76 Prozent, gefolgt von Polen (71 Prozent) sowie Deutschland und den Niederlanden (je 61 Prozent).⁴

Warum aber ist die Angst vor Terrorismus, oder genauer: die Angst vor islamistischem Terrorismus so groß? Denn eine genauere Analyse gesellschaftlicher Gefahren zeigt zum einen, dass der islamistische Terrorismus tatsächlich eine weitaus geringere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Deutschlands oder auch Europas darstellt, als dies der öffentliche Diskurs – die staatlichen Reaktionen und die mediale Repräsentation – vermuten lässt. Zum anderen sind andere Formen von staatlicher wie nicht-staatlicher Gewalt rechnerisch ein viel größeres Risiko für die innere wie auch internationale Sicherheit.

Im Folgenden wird – ausgehend von einer Definition von Terrorismus – die Geschichte des Terrorismus skizziert und das Funktionsprinzip von Terrorismus dargestellt; hier soll insbesondere die perzeptive Dimension terroristischer Bedrohung betrachtet werden.⁵ Abschließend wird auf den Einfluss bestimmter sozial etablierter Vorannahmen über den Islam bzw. muslimische Gläubige auf die spezifisch hohe Wahrnehmung von Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus eingegangen.

.....

2 Marion Trimborn: Tausende IS-Kämpfer zurückgekehrt: Europol: Größte Terrorgefahr seit mehr als zehn Jahren, <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/672398/europol-grosste-terrorgefahr-seit-mehr-als-zehn-jahren> vom 19.02.2016 [Stand: 29.04.2016].

3 Matthew Kaminski: All the terrorists are migrants, <http://www.politico.eu/article/viktor-orban-interview-terrorists-migrants-eu-russia-putin-borders-schengen/> vom 23.11.2015 [Stand: 01.05.2016].

4 Richard Wike/Bruce Stokes/Katie Simmons: Europeans Fear Wave of Refugees Will Mean More Terrorism, Fewer Jobs, <http://www.pewglobal.org/2016/07/11/europeans-fear-wave-of-refugees-will-mean-more-terrorism-fewer-jobs/> vom 11.07.2016 [Stand: 27.09.2016].

5 Dieser Aspekt wird in der stetig wachsenden Literatur zum Thema Terrorismus m.E. bislang zu wenig, wenn überhaupt, berücksichtigt.



Bei den XX. Olympischen Sommerspielen drangen am Morgen des 5. September 1972 acht Angehörige der terroristischen Organisation „Schwarzer September“ in das Olympische Dorf ein, nahmen elf israelische Sportler und Trainer als Geiseln und verlangten die Freilassung von 234 palästinensischen Gefangenen in Israel sowie die Freilassung der RAF-Angehörigen Andreas Baader und Ulrike Meinhof. Die Befreiungsaktion endete in einer Katastrophe: Alle israelischen Sportler und Trainer sowie ein deutscher Polizeibeamter und fünf der arabischen Terroristen wurden getötet.

Foto: ullstein bild/Fotograf: Sven Simon

Was ist Terrorismus?

Intuitiv lautet die Antwort auf diese Frage sicherlich, dass Terrorismus falsch und verwerflich, ein Verbrechen, Mord mit politischem Hintergrund sei. Dies entspricht der alltäglichen Verwendung des Begriffs. Wenn wir sagen, dass jemand terrorisiert wird, dann lehnen wir diese Handlung damit als grundsätzlich falsch ab. Darum überrascht es wenig, dass auch in der Fachliteratur über Terrorismus eine klare Bewertung vorherrscht. Peter Waldmann schreibt in „Terrorismus. Provokation der Macht“, dass sich fast alle Autoren zumindest darin einig seien, dass sich Terrorismus durch eine „besondere Unmenschlichkeit, Willkür und Brutalität“⁶ auszeichne. Wird Terrorismus als Verbrechen und/oder Mord beschrieben, wie dies in den meisten der mittlerweile mehr als 150 Definitionen geschieht,⁷ wird das Phänomen Terrorismus damit aber noch nicht definiert. Wir bewerten, genauer: Wir verurteilen ihn ledig-

.....

6 Peter Waldmann: Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S. 11.

7 Cecil Anthony/John Coady: Terrorism, Just War and Supreme Emergency, in: Cecil Anthony John Coady (Hg.): Terrorism and Justice: A Moral Argument in a Threatened World, Australia 2003, S. 8–21, hier S. 8.

lich.⁸ Damit bleibt aber weiter ungeklärt, was Terrorismus **eigentlich** von einem gewöhnlichen (sprich: nicht-terroristischen) Verbrechen unterscheidet. Und damit bleibt auch unklar, was Terrorismus **eigentlich** ist.

Nach dem Bombenanschlag von Riad am 13. Mai 2003 erklärte der damalige US-Außenminister Colin Powell: „Wir sollten nicht versuchen, ihre [...] kriminelle Aktivität, ihre mörderische Aktivität mit irgendeinem Anschein von politischen Absichten zu bemänteln. Es sind Terroristen.“⁹ Aber eben weil die Täter mit ihren Anschlägen politische Ziele verfolgten, wurden sie als Terroristen klassifiziert, und nicht einfach nur als Kriminelle. Kurz: Terrorismus ist *per definitionem* politisch und anti-staatlich.

Zwar können sich nicht-staatliche Gruppen und Staaten des gleichen Mittels bedienen, sprich: Terror ausüben. Allerdings besteht insofern ein wesentlicher Unterschied, als staatliche Gewalt, selbst wenn sie tötet und verletzt, als grundsätzlich legitim angesehen wird. Nicht-staatliche Gewalt dagegen halten wir für grundsätzlich illegitim. Von einem gerechten oder gerechtfertigten Krieg zu reden ist weit weniger problematisch als die Rede von gerechtfertigtem Terrorismus. Und selbst die systematische Unterdrückung einer bestimmten Gruppe innerhalb eines Staates (mag sie durch Hautfarbe, Geschlecht oder Religion bestimmt sein) hat nicht zwangsläufig die Verurteilung dieses Staates zur Folge. Es ist das Gewaltmonopol des Staates, das staatliche Gewalt über viele Zweifel erhebt.¹⁰

Anzeige des Bundeskriminalamtes Bitte ausschneiden und aufbewahren

Dringend gesuchte Terroristen

Im Zusammenhang mit

- **dreifachem Mord an Generalbundesanwalt Buback und zwei seiner Begleiter am 7. 4. 77 in Karlsruhe**
- **Mord an Jürgen Ponto am 30. 7. 77 in Oberursel**
- **vierfachem Mord und der Entführung von Hanns-Martin Schleyer am 5. 9. 77 in Köln**
- **Beteiligung an Entführung einer Lufthansa-Maschine am 13. 10. 77**
- **Mord an Hanns-Martin Schleyer am 18. 10. 77**

werden die abgebildeten Personen gesucht.

Wer kann Angaben über Aufenthalte oder Kontakte dieser Personen machen?
Bei wem haben die beschriebenen Personen (evtl. unter falschen Personennamen) eine Wohnung oder ein Kraftfahrzeug gemietet oder anzumieten versucht?
Hinweise auf Wohnungen und Garagen, die von Terroristen benutzt werden

Die kriminalpolizeilichen Erfahrungen haben gezeigt, daß terroristische Gewalttäter vorwiegend Wohnungen in Großwohnanlagen bevorzugen. Diese Wohnungen werden entweder vor oder nach spektakulären Straftaten benutzt.

Terroristen

- verwenden bei der Anmietung oft verfälschte Ausweispapiere
- zahlen Miete für längere Zeit in bar oder mittels kontaktloser Überweisung voraus
- bevorzugen Großwohnanlagen, insbesondere Wohngruppen in Hochhäusern
- legen Wert auf Stellplätze in Tiefgaragen mit direktem Zugang zum Haus, Personeneift und Lastenaufzug
- beschränken sich zumeist auf spärliche Möbelausstattung (klein. Antragsport mit Kleinfeldherd)
- bevorzugen Wohnungen mit Fenstern ohne direktes Gegenüber
- verzichten oft auf eine Türbeschönerung und begnügen sich mit einem Namen am Briefkasten
- lehnen unter Umständen das Anbringen des Kfz-Kennzeichens am Abstellplatz ab
- bekommen häufig Besuch mit Fahrzeugen, die ortsfremde oder ausländische Kennzeichen haben
- nutzen Einzelgaragen häufig zur Lagerung von Werkzeugen, Chemikalien und Werkstoffen
- verlassen und betreten das Haus während der Dunkelheit, oft ohne die Flurbeleuchtung anzuschalten, um sich zu verstecken
- verändern häufig ihre Ausstrahlung (z. B. durch Perücken, Änderung der Haarfarbe, Bart und Brillen)
- lassen sich oft Brief- und Paketpost nicht unmittelbar zustellen
- geben die Wohnung kurzfristig (oft ohne Kündigung) auf und zahlen unter Umständen die Miete weiter

Terroristen kaufen häufig von Privatpersonen in Zeitungsannoncen angebotene Kraftfahrzeuge

Typisch für ihr Vorgehen dabei ist vor allem:

- Terroristen legen oft Wert auf Beibehaltung des Kraftfahrzeugkennzeichens bis zu der von ihnen zugesagten Ummeldung
- Terroristen bevorzugen viertürige Wagen
- Terroristen prüfen die Fahreigenschaften und den Zustand des Wagens zumeist sehr flüchtig
- Terroristen akzeptieren den geforderten Kaufpreis oft rasch und zahlen in bar
- Terroristen verwenden beim Kauf zumeist gefälschte Ausweispapiere

Wie erkennt man Fälschungsmerkmale an Reisepässen, Personalausweisen und Führerscheinen?

Sie befinden sich meist am und um das Lichtbild.

Prüfen Sie!

- Fehlt ein Stempelabdruck auf der Lichtbilddecke?
- Welchen die Stempelhülle auf dem Papier gegenüber denen auf dem Lichtbild farblich oder bildlich voneinander ab?
- Sind Stempelabdrücke mit einer Münze oder durch Handzeichnung nachgeahmt?
- Ist der Stempelabdruck auf der Lichtbilddecke seitlich verschoben?

Die Stimmen der Entführer können Sie im Telefon-Ansagedienst der Deutschen Bundespost unter den Rufnummern 11 66 und 11 62 bzw. 011 66 und 011 62 hören.

Hinweise, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nehmen das Bundeskriminalamt in Bonn-Bad Godesberg, Tel. 0 22 21/35 20 41, u. jede andere Polizeidienststelle entgegen.



ALBRECHT, Susanne
geb. 11. 9. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



VON DYCK, Ilse
geb. 11. 10. 1947
1,68 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



KRABE, Friederike
geb. 21. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



MAIER-WITT, Silke
geb. 21. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



PLAMBECK, Juliane
geb. 11. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



SCHOLZ, Adelheid
geb. 21. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



STOLL, Willy Peter
geb. 12. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



WACKERNAGEL, Christoph
geb. 27. 4. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



HEßLER, Rolf Gerhard
geb. 14. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



WAGNER, Rolf Clemens
geb. 21. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



LAND, Zing
geb. 14. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



SPITTEL, Angelika
geb. 11. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



STERNERECK, Brigida
geb. 11. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



VIETT, Inge
geb. 11. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



MOCHHAUPT, Brigitta
geb. 11. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen



KLAR, Christian
geb. 20. 1. 1947
1,70 m groß, schwarze Haare, blaue Augen, blaue Lippen

Fahndungsposters des Bundeskriminalamtes im Zusammenhang mit den Morden an Siegfried Buback, Jürgen Ponto und Hanns-Martin Schleyer bzw. der Entführung der Landshut-Maschine nach Mogadischu, November 1977
Foto: ullstein bild

8 Andrew Valls: Can terrorism be justified? in: Ethics in international affairs: Theories and cases 2000, S. 65-79.

9 Andreas Bock: Terrorismus, Stuttgart 2009, S. 16.

10 Das Apartheidregime in Südafrika beispielsweise hatte gerade in den USA und auch Großbritannien starke Verbündete. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nutzten die USA ihre Stellung als Vetomacht in 21 Fällen, um Resolutionen gegen Südafrika zu verhindern. Vgl. Bock (wie Anm. 9), S. 16 f.

Terrorismus ist die Gewalt einer nicht-staatlichen Gruppe, die auf ein öffentliches Gut abzielt: Die Abtrennung einer Region, die Veränderung des politischen oder wirtschaftlichen Systems, das Ende eines Regimes. Es lassen sich viele Beispiele nennen – die PLO (*Palestine Liberation Organization*, deutsch: Palästinensische Befreiungsorganisation), ETA (*Euskadi Ta Askatasuna*, deutsch: Baskenland und Freiheit), RAF (Rote Armee Fraktion), IRA (*Irish Republican Army*, deutsch: Irisch-Republikanische Armee), der ANC (*African National Congress*, deutsch: Afrikanischer Nationalkongress), al Qaida, die tschetschenischen Rebellen, die Mudschaheddin in Afghanistan oder aktuell der IS/*Daesh*.¹¹ So unterschiedlich die Zielsetzungen dieser Organisationen auch sein mögen – vom Kampf für einen eigenen Staat, über den Widerstand gegen ein (angeblich oder tatsächlich) ungerechtes Regime, bis hin zur regionalen oder weltweiten Dominanz der eigenen Religion – im Kern haben all diese Organisationen zwei funktionale Gemeinsamkeiten: Sie kämpfen erstens alle für politische oder öffentliche Ziele (und nicht für einen privaten Zweck, wie die Bereicherung durch einen Bankraub), und zweitens gründen sich diese Ziele alle auf Ideen oder Ideologien, die die jeweilige soziale und politische Ordnung auf radikale Weise in Frage stellen. Eine Unterscheidung zwischen politischem und religiösem Terrorismus macht m.E. daher keinen Sinn, da es sich um eine bloße Tautologie handelt: Terrorismus ist eine Form politischer Gewalt, die auf ein öffentliches Gut abzielt. Ob die Begründung des Ziels aus einer politischen, religiösen oder sonstigen Überzeugung folgt, ist für die Charakterisierung der politischen Gewalt als Terrorismus unerheblich. „Islamistischer Terrorismus“ stellt folglich auch keine terroristische Sonderform, sondern lediglich eine Unterform terroristischer Gewalt dar – wie auch der links- oder rechtsextremistische Terrorismus.¹²

Das Ziel des ANC, das Apartheid-System in Südafrika abzuschaffen, war so wenig mit der Rassentrennung zu vereinbaren, wie das Ziel der RAF, die politische und wirtschaftliche Ordnung in Deutschland in ein kommunistisches System zu verwandeln, mit dem Deutschen Grundgesetz zu vereinbaren war. Und genauso wenig ist das Ziel

des IS/*Daesh*, ein islamistisches Kalifat in möglichst vielen Ländern zu realisieren, mit den Ordnungsvorstellungen der fraglichen Länder (aktuell Iraks und Syriens) vereinbar.¹³

Die Zusammenstellung der Liste terroristischer Organisationen – die vom ANC über die IRA und RAF bis zu al Qaida und dem IS/*Daesh* reicht – mag manchen überraschen. Der ANC sei doch keine terroristische Organisation, Nelson Mandela kein Terrorist. Tatsächlich gilt der ANC heute gemeinhin als eine legitime Freiheitsbewegung, die für die Abschaffung der Rassentrennung in Südafrika gekämpft hat. Dass dabei auch Gewalt als Mittel des Freiheitskampfes eingesetzt wurde, ändert nichts an dieser Bewertung. Dennoch galt Mandela, der Führer der MK („*Umkhonto We Sizwe*“, deutsch: „Speer der Nation“), des bewaffneten Arms des ANC, nicht nur in Südafrika, sondern auch in den USA und Großbritannien als Terrorist. In den USA wurde Mandela, der Friedensnobelpreisträger und erste schwarze südafrikanische Präsident, sogar erst im Juli 2008 von der *Terrorist Watchlist* gestrichen; eine Tatsache, die selbst US-Präsident George W. Bushs konservative Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice als „beschämend“ kritisierte.¹⁴ Tatsächlich ist die Frage, was Terrorismus und vor allem wer ein Terrorist ist, in Wissenschaft und Politik höchst umstritten. Und darum gelten Nelson Mandela, Jassir Arafat und Menachem Begin¹⁵ in manchen Ländern als Terroristen, in anderen dagegen als Freiheitskämpfer.¹⁶

.....

13 Vgl. Bock/Zan (wie Anm. 12), S. 119f.

14 Bock/Zan (wie Anm. 12), S. 17.

15 Wie schon bei Nelson Mandela unterscheidet sich auch die Bewertung der beiden politischen Persönlichkeiten wieder fundamental. Der spätere israelische Ministerpräsident und Außenminister Menachem Begin verantwortete als Kommandeur der radikal-zionistischen *Irgun* den Anschlag auf das King David Hotel in Jerusalem. Als zum 60. Jahrestags des Anschlags am Hotel eine Gedenktafel enthüllt wurde, die die Tat als legitimes Mittel des militärischen Kampfes feiert, protestierten der britische Botschafter Simon Macdonald und der Generalkonsul John Jenkins scharf: „*We don't think it's right for an act of terrorism to be commemorated.*“ (Bock (wie Anm. 8), S. 92–93) Und Jassir Arafat, Gründer der militanten *al-Fatah* und langjähriger Vorsitzender der PLO, ist eben nicht nur Politiker und Friedensnobelpreisträger, sondern auch Terrorist gewesen. Nach seinem Tod wollte Arafat in der Heiligen Stadt begraben werden, was Israels damaliger Justizminister Yosef Lapid mit den Worten kommentiert: „In Jerusalem sind jüdische Könige begraben, keine arabischen Terroristen.“ Arafat wurde in Ramallah im Westjordanland beigesetzt; vgl. Bock (wie Anm. 8), S. 90.

16 Ein anderes Beispiel ist die Unterstützung und Ausbildung der als *Contras* bekannten honduranischen Terroristen durch die USA in den 1980er Jahren. Die *Contras* kämpften mit Waffengewalt für die Wiederherstellung der alten diktatorischen Ordnung – einer Konterrevolution, daher auch der Name. Für US-Präsident Ronald Reagan waren die *Contras* „*the moral equivalent of our Founding Fathers*“ (vgl. Bock (wie Anm. 8), S. 90), also Freiheitskämpfer, keine Terroristen. In Europa sah man das allerdings anders; hier galten die *Contras* sehr wohl als Terroristen. Im Konflikt zwischen *Contras* und dem nicaraguanischen Staat wurden rund 60.000 Menschen, hauptsächlich Zivilisten, getötet und die Infrastruktur des Landes weitgehend zerstört. Der Internationale Gerichtshof befand die USA 1986 schuldig, durch die Unterstützung der *Contras* internationales Recht gebrochen zu haben.

.....

11 *Daesh* ist ein Akronym für den arabischen Ausdruck „*al-Dawla al-Islamiya al-Iraq al-Sham*“ (Islamischer Staat im Irak und der Levante), zum einen also lediglich eine andere Formulierung für „Islamischer Staat im Irak und der Levante“, des ursprünglich noch territorial begrenzten Namens des „IS“. Zum anderen erinnert *Daesh* an andere arabische Begriffe, die für „Zwietracht säen“ oder „zertreten“ stehen, und wird vermutlich allein schon darum vom „IS“ selbst strikt abgelehnt. Und schließlich ist die Verwendung von *Daesh* ein politisches Signal, den Anspruch des „IS“ zurückzuweisen: ein Staatsgebilde mit weltweitem Herrschaftsanspruch zu sein.

12 Andreas Bock/Fatma Zan: Immun durch Krieg: Warum militärische Gewalt den „Islamischen Staat“ nur stärker macht, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 5/1 (2016), S. 117–133, hier S. 119.



Dieses Bild wurde zur Ikone eines Folterskandals: ein (nicht-identifizierter) Häftling im Gefängnis Abu Ghraib. Das Bild löste eine Diskussion über die Folter von Häftlingen aus.

Foto: picture alliance/AP Photo

Politische Gewalt

Als politische Gewalt will terroristische Gewalt die herrschende politische Ordnung verändern. Um aber ein politisches oder öffentliches Ziel zu erreichen, ist breite öffentliche Unterstützung notwendig – die freiwillig oder erzwungen sein kann.¹⁷ Die erzwungene Unterstützung terroristischer Gewalt ist Teil der gesellschaftlichen und politischen Reaktion; diese kann beispielsweise ein bestimmtes Wählerverhalten¹⁸ oder eine bestimmte Reak-

tion der Regierung sein.¹⁹ Gewalt ist hier lediglich ein strategisches Mittel, das Terror erzeugen und, über diesen Umweg, die Öffentlichkeit manipulieren und Unterstützung erzwingen soll. Während diese Unterstützung Teil der funktionalen Logik terroristischer Gewalt ist, ist die freiwillige Unterstützung die eigentliche Einheit, in der sich die Stärke einer terroristischen Organisation bemisst.²⁰

Das Ausmaß der freiwilligen Unterstützung in Form von Geldgebern, Freiwilligen oder (von Staaten oder Bürgern gewährten) Rückzugsräumen und Stützpunkten, ist entscheidend für das spezifische „Bedrohungspotenzial“ der jeweiligen Gruppierung oder Organisation. Damit wird eine psychologische Kategorie bezeichnet, die mit der öffentlichen Wahrnehmung terroristischer Gewalt korreliert und auf die die (tatsächliche oder vermeintliche) soziale Macht reflektiert, die eine Organisation durch Unterstützer hat. Sie versetzt sie in die Lage, eine

.....
17 Bock (wie Anm. 9), S. 18.

18 Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür sind die Auswirkungen der Bombenanschläge vom 11. März 2004 auf den Ausgang der Wahlen in Spanien nur drei Tage später. Die Prognosen hatten bis zu den Anschlägen einen klaren Sieg der Regierung von José María Aznar vorausgesagt. Aznar, ein starker Unterstützer der Irak-Politik von US-Präsident Bush, machte für die Anschläge sofort die baskische Untergrundorganisation ETA verantwortlich, um einen Zusammenhang zwischen den Anschlägen und seiner Irak-Politik zu vermeiden. Zu den Anschlägen, bei denen 191 Menschen getötet und mehr als 2.000 verletzt wurden, bekannte sich aber eine Zelle von al Qaida. Was Aznar unglaublich machte und dem Oppositionsführer José Zapatero die Unterstützung der Wähler einbrachte, war, dass Zapatero mit dem Versprechen in den Wahlkampf gezogen war, die spanischen Soldaten aus dem Irak abzuziehen. Am 14. März wurde er zum neuen Ministerpräsidenten gewählt und kündigte den sofortigen Abzug der spanischen Truppen aus dem Irak an, vgl. Bock (wie Anm. 9), S. 99 f.

.....
19 Beispiele sind politische Verhandlungen zwischen den Regierungen und den Vertretern terroristischer Organisationen – wie mit der Sinn Fein, dem politischen Arm der IRA, oder der PLO.

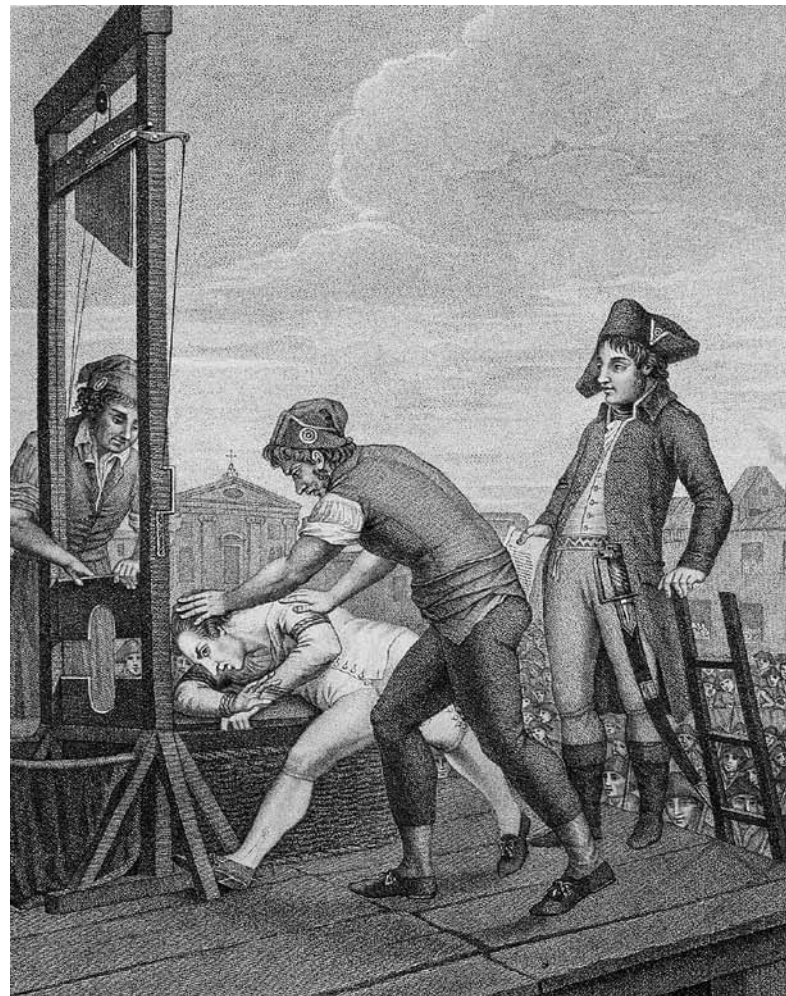
20 Bock (wie Anm. 9), S. 56.

oder – bei der Annahme, dass alle terroristischen Gruppen, die sich selbst als Kämpfer des IS/*Daesh* bezeichnen, tatsächlich Teil dieser terroristischen Organisation sind – sogar mehrere Gesellschaften zur gleichen Zeit zu terrorisieren. Unterstützung ist für die Macht und den Einfluss einer terroristischen Organisation so wichtig, weil sie für das eigentliche Mittel des Terrorismus, für die Erzeugung von Terror, entscheidende Bedeutung hat. Je größer die Unterstützung für eine Organisation ausfällt, umso aussichtsloser muss der Kampf gegen sie erscheinen: Für jeden Terroristen, der gefangen oder getötet, für jede Zelle, die zerschlagen wurde, melden sich mehrere neue Freiwillige, führen mehrere neue Zellen den Kampf weiter.²¹ Analytisch lässt sich Terrorismus durch vier Merkmale bestimmen: Als politische Gewalt (1), die Zwang ausübt (2), indem sie Angst und Schrecken (Terror) verbreitet (3), weil sie grundsätzlich jeden verletzen und töten kann (4).²²

Von dem *Grande Terreur* zum Terrorismus

Die Geburtsstätte des (modernen) Terrorismus ist das revolutionäre Frankreich des 18. Jahrhunderts. Die Losung der Revolution, den Bürgern nicht nur Freiheit und Gleichheit zu bringen, sondern sie auch zur Brüderlichkeit zu verpflichten, verwandelte sich zwischen 1793 und 1794 in ein Regime der Angst, des Schreckens, der Unsicherheit und Willkür. Denn die Brüderlichkeit ist, anders als die bloß rechtliche Freiheit und Gleichheit des Einzelnen, eine Tugend, eine innere Einstellung. Und Maximilien de Robespierre wollte die Menschen umerziehen, sie zu tugendhaften Bürgern machen. Sein Instrument: *la Grande Terreur*, die Herrschaft von Angst und Schrecken. Die Wahl, vor die er die Menschen stellt, war so einfach wie grausam: Werde ein tugendhafter Bürger oder stirb! Daher rührt auch der Begriff des Tugendterrors. Für Robespierre war der Terror darum buchstäblich ein Mittel der Gerechtigkeit: „Terror ist nichts anderes als strenge und unbeugsame Gerechtigkeit.“²³ Das Problem war, dass der Nachweis echter, wahrhaftiger Tugendhaftigkeit nicht zu führen war. Was umgekehrt bedeutete, dass

prinzipiell jeder mit seiner Verhaftung und Hinrichtung rechnen musste. Ein falsches Wort oder der Hinweis eines missgünstigen Nachbarn genügte. In den 13 Monaten, in denen die *Grande Terreur* in Frankreich herrschte, wurden tausende Menschen verhaftet und hingerichtet. Eines der letzten Opfer war Robespierre selbst: Er wurde am 27. Juli 1794 durch die Guillotine enthauptet. Pierre Vergniaud, selbst ein frühes Opfer des Tugendterrors, sollte Recht behalten: „Die Revolution ist wie Saturn, sie frisst ihre eigenen Kinder.“²⁴



Hinrichtung des Revolutionärs und Führer der Jakobiner, Maximilien de Robespierre am 27. Juli 1794

Abbildung: ullstein bild/IBERFOTO

21 Entsprechend schätzen wir das Bedrohungspotenzial von radikal-islamischen oder islamistischen Organisationen wie dem IS/*Daesh* heute so hoch ein, weil sie (auch in den westlichen Gesellschaften) scheinbar breite Unterstützung genießen und die damit zusammenhängende Gefahr terroristischer Anschläge durch sogenannte „Schläfer“ oder radikalisierte und gewaltbereite Konvertiten praktisch nicht zu bannen ist.

22 Bock (wie Anm. 9), S. 20–23.

23 Louise Richardson: Was Terroristen wollen: die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können, Frankfurt am Main 2007, S. 27.

24 Bock (wie Anm. 9), S. 25.

Damit finden sich auch hier die oben genannten vier analytischen Elemente wieder. Bei dem *Grande Terreur* handelte es sich um eine politische Gewalt (1), die die Bürger durch ein Regime aus Angst und Schrecken (3), vor dem grundsätzlich niemand geschützt war (4), zu einem bestimmten Verhalten (hier: Tugendhaftigkeit) zwingen wollte (2).

Die Problematik im Umgang mit dem Begriff Terrorismus ist, dass er im historischen Prozess eine widersprüchliche Wandlung erfahren hat, was die zum Teil unterschiedlichen Begriffspaare und Begriffsbelegungen erklärt. Aus dem *Grande Terreur* wurde im 19. Jahrhundert eine Form politischer Gewalt, die sich nicht nur vom Staat emanzipierte, sondern die sich jetzt auch dezidiert gegen den Staat und die durch ihn vertretene Ordnungsvorstellung wenden sollte. Dies hat für die politikwissenschaftliche Betrachtung zur Folge, dass sich am Begriff Terrorismus zwei unterschiedliche Akteure der politischen Gewalt festmachen lassen: der Staat und der nicht-staatliche, private Akteur. Daher kann sowohl von Terrorismus als auch von Staatsterror oder, vor allem im angelsächsischen Sprachraum, von *state terrorism*, also Staatsterrorismus, die Rede sein. Darauf gehen auch alltagsprachliche Verwendungen wie Telefon- oder Psychoterror zurück, die sich von der politischen Zielsetzung gelöst haben und für extreme Formen der Belästigung stehen.

Auch wenn es der Französischen Revolution vorbehalten war, den Terrorismus als systematische Form brutaler, willkürlicher politischer Gewalt im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, so sind die Elemente des Terrorismus selbst keine moderne Erfindung.

Die Verbreitung von Angst und Schrecken war über die Jahrhunderte hinweg das erste Mittel der Wahl, um Herrschaft zu sichern. Für Thomas Hobbes war es die Angst vor der Bestrafung („*terror of legal punishment*“²⁵), die im Staat für die notwendige Beachtung der Gesetze sorgte und damit dem Staat überhaupt erst Bestand verlieh. Diese Angst vor der Bestrafung greift bereits auf ein weiteres Element des Terrorismus vor, der Zerstörung von Sicherheit, dem Gefühl des Ausgeliefertseins, der Machtlosigkeit. Der dazu gehörige lateinische Ausdruck ist *territio*, was so viel wie „Schreckung“ bedeutet und, beispielsweise im Mittelalter, das Zeigen der Folterinstrumente meinte. Die *territio* selbst war eine Vorstufe der Folter und sollte den Delinquenten durch das Aufzeigen dessen, was ihn erwarten würde, zum Geständnis zwingen. Wesentlich für die Wirkung dieser Maßnahme war natürlich die Hilflosigkeit und

.....

25 Thomas Hobbes: *Leviathan* 1651, Leicester 1969, S. 377.

Ohnmacht des Gefangenen. So konnte das Demonstrieren der Instrumente, verbunden mit dem Wissen, dass man dem Folterknecht ausgeliefert war, allein schon zum Terror werden. Des Weiteren gehörte zum *terror of legal punishment* auch die Öffentlichkeit der Bestrafung. Das gilt für die Kreuzigungen im Römischen Imperium ebenso wie für die Scheiterhaufen zur Zeit der Hexenprozesse oder für die Hinrichtungen im vorrevolutionären Frankreich. Wenn der IS/*Daesh* heute seine Hinrichtungen über *Youtube* verbreitet, dann ist das weder eine neue, noch eine spezielle islamistische Praxis, sondern nur die moderne Fortsetzung einer „gut erprobten“ abendländisch-christlichen Praxis.

Terror war, historisch gesehen, nicht nur ein Mittel des Staates oder der Machthaber. Auch nicht-staatliche oder private Gruppen und Akteure haben sich des Terrors bedient, um ihre Ziele zu erreichen. In der Literatur werden als historische Vorläufer des modernen Terrorismus – und damit ist gemeinhin gemeint: der anti-staatlichen Gewalt – häufig die jüdischen Zeloten und *Sicarii*, die Assassinen und die Thugs genannt. Gemeinsam ist diesen Gruppen, dass sie tödliche Gewalt als legitimes Mittel ansahen. Der Unterschied aber liegt in der mit der Gewalt verbundenen Zielsetzung.



Das Westtor der ehemaligen Festung Masada in Israel. Die *Sicarii*, die sich gegen die Besatzung der Römer aufgelehnt hatten, flohen vor den Römischen Truppen hierher und begingen Massenselbstmord.

Foto: ullstein bild/Heritage Images/SitesEtPhotos

Während die Zeloten, ihre Splittergruppe, die *Sicarii*, und Assassinen ein politisches Ziel verfolgten, sprich: eine Veränderung der politischen Ordnung herbeiführen wollten, töteten die indischen Thugs, Mitglieder einer religiösen Sekte, die der blutrünstigen Göttin Kali geweiht war, um des Tötens willens. Das Töten verfolgte keinen politischen

Zweck, sondern war Teil der religiösen Praxis. Die Waffe der Thugs war das *rumal*, eine Art gelber Schal, mit dem sie ihre Opfer erdrosselten. Das Ziel der Zeloten dagegen war rein politisch. Sie wollten die Herrschaft der Römer im 1. Jahrhundert n. Chr. beenden. Der Name leitet sich vom griechischen Wort für Eifer, *zelos*, ab und geht auf die biblische Gestalt des Pinhas aus dem 4. Buch Mose zurück. Pinhas, heißt es in Kapitel 25, eiferte für seinen Gott, als sich die Juden von ihm abzuwenden begannen. Damit war Gewalt als legitimes Mittel ausgewiesen. Die Bewegung der Zeloten verstand sich selbst als in dieser Tradition stehend und damit als durch Gott legitimierte Widerstandsbewegung, um das Land zu befreien, das Gott den Juden versprochen hatte.

Während die Zeloten die mehr oder weniger offene militärische Auseinandersetzung mit der römischen Besatzungsmacht suchten – ihr Aufstand wurde 70 n. Chr. mit der Belagerung Jerusalems praktisch beendet; die letzten Aufständischen nahmen sich drei Jahre später in der Bergfestung Masada selbst das Leben, um Sklaverei oder Kreuzigung zu entgehen – setzten die *Sicarii* auf das Mittel des Terrors. Der Name *Sicarii* leitet sich vom lateinischen *sica* für Dolch her. Auch sie wollten die Herrschaft Roms beenden, aber nicht, indem sie die direkte Auseinandersetzung mit der Besatzungsmacht suchten, sondern indem sie die Öffentlichkeit in Angst und Schrecken versetzten. Bei öffentlichen Veranstaltungen mischten sich die *Sicarii* unter das Volk, den Dolch unter dem Umhang oder Mantel verborgen, um ihre Feinde zu erstechen. Als Feinde qualifizierten sich dabei Römer, Soldaten wie Bürger, aber auch Juden, die sich mit der Herrschaft Roms arrangiert hatten.²⁶ Erfolg aber war letztlich ihnen nicht beschieden.

Religiös motiviert waren auch die Assassinen, die im Mittelalter im Raum des Vorderen Orients aktiv waren und dort nicht nur ein Klima der Unsicherheit und Furcht verbreiteten, sondern die herrschenden politischen Umstände massiv beeinflussten. Dabei machten sich die Assassinen auch das Mittel der strategischen Allianz zunutze. Die Bewegung der Assassinen hat ihren Ursprung im inner-islamischen Konflikt um die rechtmäßige Nachfolge des Propheten Mohammed. Erster Kalif, was so viel wie Stellvertreter heißt, wurde Abu Bakr, auf den sich die Sunniten berufen, das „Volk der Tradition“ (*„ahl as-sunna“*), die heute größte islamische Glaubensrichtung. Ein Teil der islamischen Gläubigen allerdings verweigerte Abu Bakr die Gefolgschaft, da sie Ali, den Schwiegersohn Mohammeds, für dessen rechtmäßigen

Nachfolger hielten. Aus dieser Gruppe, der Partei Alis (*„Schiatu Ali“*), entwickelten sich die Schiiten. Hier kommt dem Imam, dem Führer und Lehrer, der auch der direkte Vermittler zwischen Allah und der Gemeinde ist, eine besondere Rolle zu. Seine Aufgabe ist es unter anderem, einen gerechten Gottesstaat zu verwirklichen. Allerdings war diese Glaubensrichtung selbst nicht einheitlich; sie war zerrissen von unterschiedlichen Strömungen und Auslegungen des Korans. Um 770 n. Chr. spalteten sich die Anhänger von Ismail, dem Sohn des 6. Imams, von den Schiiten ab; Auslöser war die Enterbung Ismails. Seine Anhänger nannten sich selbst Ismailiten; ihr radikalster Teil wurde später zu den Assassinen, die auch wieder mit dem Dolch für die Errichtung eines Gottesstaates kämpften.



Bombenattentat auf den Zaren am 13. März 1881 in Petersburg am Katharinenkanal (Gribojedowkanal) auf dem Newkij-Prospekt
Abbildung: ullstein bild

Im 19. Jahrhundert dann vollzog sich der Wandel der politischen Gewalt hin zu der Form von Gewalt, die wir heute als Terrorismus ansprechen. Dazu gehört wesentlich die, wie es Waldmann formuliert, „Entpersönlichung“ der Gewalt.²⁷ Der Dolch, die über Jahrhunderte typische Waffe des politischen Attentäters, wurde vom Sprengstoff, der dezidierte Meuchelmord vom zunehmend willkürlicher werdenden Bombenanschlag ersetzt. Die Erfindung des Dynamits durch Alfred Nobel in der Mitte des Jahrhunderts gab den politischen Attentätern, gab dem Ter-

26 Waldmann (wie Anm. 6), S. 4.

27 Waldmann (wie Anm. 6), S. 49.

rorismus eine bis dahin praktisch unbekannte Macht in die Hände. Plötzlich konnten auch Privatpersonen einen großen Teil des öffentlichen Raums dadurch beherrschen, dass sie mit verheerenden Bombenanschlägen Angst und Schrecken verbreiteten. Das Gewaltmonopol des Staates war nicht gebrochen, aber es hatte im Terrorismus erstmals einen ernst zu nehmenden Konkurrenten erhalten.

Im Frankreich der Revolution hatte der Terrorismus in Form des *Grande Terreur* seinen Namen erhalten, im zaristischen Russland des 19. Jahrhunderts sollte er sein modernes Gesicht bekommen. Hier wurde das strategische Kalkül des Terrorismus erstmals in seiner neuen Form erprobt. Das Dynamit, oder genauer: der politisch motivierte Sprengstoffanschlag, versetzte den modernen Terrorismus erstmals in die Lage, das System aus Angst und Schrecken (Terror) und breiter öffentlicher Aufmerksamkeit und Erregung für politische Ziele einzusetzen. Ganz nebenbei wurde damit der Terror in einer neuen Qualität gegen den Staat selbst gerichtet. Das Instrument des Sprengstoffs brachte es mit sich, dass sich die Opferkategorie zunehmend ausweitete. Waren bislang vor allem die Herrschenden oder die zentralen Funktionsträger des bekämpften Systems Ziel der Attentate gewesen, so wurde die Kategorie der legitimen Ziele jetzt immer weiter gefasst, bis sie schließlich jeden Angehörigen der staatlichen Ordnung umfasste.

Zwischen 1878 und 1881 erschütterte eine Reihe spektakulärer Bombenanschläge der *Narodnaja Volja* (Volkswille) das zaristische Russland. Einem der letzten und zugleich auch folgenreichsten Sprengstoffanschläge fiel Zar Alexander II. am 13. März 1881 zum Opfer. Danach gelang es der zaristischen Geheimpolizei, die gesamte Organisation zu zerschlagen. Die *Narodnaja Volja* hatte es sich zum Ziel gesetzt, das autokratische zaristische System zu Fall zu bringen. Dass sie dafür auf terroristische Mittel, sprich: Bombenattentate, zurückgriff, rechtfertigte die Gruppe damit, dass ein Massenaufstand, der zu einem Systemwechsel führen sollte, auf beiden Seiten mehr Blutvergießen zur Folge hätte. Zudem lehnte die Gruppe Anschläge gegen Unbeteiligte ab, was ihr in der Bevölkerung auch Sympathie einbrachte.

In der Praxis der *Narodnaja Volja* finden wir aber nicht nur das terroristische Kalkül der politischen Gewalt. Die Gruppe, die sich überwiegend aus jungen Intellektuellen zusammensetzte, nutzte sowohl die Prozesse wie auch die Haft, um das staatliche System anzuprangern und buchstäblich auf die Anklagebank zu setzen. Der Hungerstreik ist bis heute ein beliebtes und auch besonders erfolgreiches Mittel, den Staat in der öffentlichen Wahrnehmung nicht nur in die Position des Übeltäters zu manövrieren, sondern

auch den eigenen Kampf als etwas Heroisches auszuzeichnen. Der Gefangene, der sich selbst Schaden zufügt, sich im Extremfall zu Tode hungert, beansprucht damit für sich, seine Überzeugung und seinen Kampf eine höhere Autorität; eine, die über dem Staat und seiner Macht steht. Und er verweigert sich damit auch der Kennzeichnung, ein bloßer Krimineller zu sein.²⁸ Der Hungerstreik ist bis heute ein Mittel, sich der Öffentlichkeit als Täter mit Prinzipien und Überzeugungen zu präsentieren.²⁹



Gedenken an die Toten des Anschlags auf einen Badestrand in Port El-Kantaoui in Tunesien, 29. Juni 2015

Foto: ullstein bild/mirrorpix

Das Bedrohungspotenzial des Terrorismus

Terroristen sind letztlich relativ schwache Gruppen, denen die traditionellen und anerkannten staatlichen Machtmittel fehlen, um ihre politischen Ziele zu erreichen oder ihre Interessen zu verteidigen.³⁰

Auch wenn dies auf den ersten Blick eine irritierende Aussage ist, so müssen wir dennoch zur Kenntnis nehmen, dass die Opferzahlen terroristischer Gewalt bei weitem nicht an die Opferzahlen heranreichen, die die Anwendung staatlicher Gewalt zur Folge hat. So zeigt beispielsweise die Studie *Mortality in Iraq Associated with the 2003–2011 War*

28 Richardson (wie Anm. 23), S. 46.

29 Eine Praxis, die sich auch die RAF zu eigen gemacht hat. So versuchten Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe den Prozess in Stuttgart-Stammheim zu nutzen, um das in ihren Augen reaktionäre und faschistische System der BRD anzuprangern und als solches zu entlarven. Und mittels Hungerstreik versuchten sie zudem, direkten Druck auf die Verantwortlichen auszuüben und so eine Verbesserung der Haftbedingungen zu erreichen – Vgl. Bock (wie Anm. 9), S. 37.

30 Waldmann (wie Anm. 6), S. 10 und Bock (wie Anm. 9), S. 19.

and Occupation von Amy Hagopian et al., dass mindestens 405.000 irakische Bürger zwischen 2003 und Mitte 2011 durch direkte oder indirekte Kriegshandlungen getötet wurden.³¹ Und die Studie *Body Count Casualty Figures after 10 Years of the „War on Terror“* kommt zu dem Ergebnis, „that the war [on terror, A.B.] has, directly or indirectly, killed around 1 million people in Iraq, 220,000 in Afghanistan and 80,000 in Pakistan, i.e. a total of around 1.3 million.“³² Die Zahl der Opfer terroristischer Gewalt lag 2014 laut *Global Terrorism Index 2015* bei 32.685 Toten.³³

Was diese Zahlen aber auch zeigen ist, was Franz Wördemann bereits 1977 als Kennzeichen des terroristischen Gewaltphänomens bestimmt hat: nämlich die Fähigkeit des Terrorismus, unser Denken zu besetzen.³⁴ Tatsächlich besteht die eigentliche Macht und Stärke des Terrorismus darin, unsere Wahrnehmung so zu beeinflussen, dass er stärker und gefährlicher erscheint, als er eigentlich ist. Die öffentliche Bedrohungsperzeption und Bedrohungs-konstruktion hängen wesentlich von der medialen Repräsentation der terroristischen Bedrohung und der staatlichen Reaktion auf den Terrorismus ab³⁵: Gerade weil man dem

(islamistischen) Terrorismus solche Aufmerksamkeit schenkt und massiv, durch militärische Gewalt oder die Verletzung von Freiheitsrechten (etwa durch Folter³⁶), auf ihn reagiert, erscheint der (islamistische) Terrorismus so gefährlich. Diese öffentliche (Über-)Reaktion ist für die Konstruktion eines spezifisch terroristischen Bedrohungspotenzials notwendig.

Tatsächliche oder vermeintliche Hinweise auf eine reale und signifikante hohe Bedrohung durch islamistischen Terrorismus – in Form von Einzelfällen³⁷ oder der allgemeinen Reproduktion der Bedrohungsperzeption – erfolgen etwa durch die Politik. Etwa wenn von führenden Politikern die staatliche Kontrolle von Moscheen gefordert wird,³⁸ die aus Sorge vor islamistischen Tendenzen aktuell bereits bei 90 Moscheegemeinden in Deutschland praktiziert wird.³⁹ Dadurch wird die öffentliche Bedrohungsperzeption und Bedrohungs-konstruktion eines islamistischen Terrorismus einerseits verstärkt und andererseits gleichzeitig auch bestätigt. Entsprechend hoch schätzen wir das Bedrohungspotenzial radikal-islamischer oder islamistischer Organisationen ein, weil sie scheinbar breite Unterstützung (auch in den westlichen Gesellschaften) genießen und die damit zusammenhängende Gefahr terroristischer Anschläge durch so genannte „Schläfer“ oder radikalisierte und gewaltbereite Konvertiten prak-

31 Amy Hagopian: „Mortality in Iraq Associated with the 2003–2011 War and Occupation: Findings from a National Cluster Sample Survey by the University Collaborative Iraq Mortality Study“, *PLoS medicine* 10/10 (2013), S. e1001533, hier S. 7, 9, 15.

32 International Physicians for the Prevention of Nuclear War, Physicians for Social Responsibility (U.S.) und Physicians for Global Survival: *Body count: casualty figures after 10 years of the „War on Terror“: Iraq, Afghanistan, Pakistan, 2015*, S. 15. Afghanistan and Pakistan during 12 years of 'war on terrorism'. An extensive review has been made of the major studies and data published on the numbers of victims in these countries. This paper draws on additional information such as reports and statistics on military offensives and examines their completeness and plausibility. It applies interpolation to calculate the figures for those periods for which no information is available. Even now, 13 years after this war began, there has still been no equivalent study. This investigation comes to the conclusion that the war has, directly or indirectly, killed around 1 million people in Iraq, 220,000 in Afghanistan and 80,000 in Pakistan, i.e. a total of around 1.3 million. Not included in this figure are further war zones such as Yemen. The figure is approximately 10 times greater than that of which the public, experts and decision makers are aware of and propagated by the media and major NGOs. And this is only a conservative estimate. The total number of deaths in the three countries named above could also be in excess of 2 million, whereas a figure below 1 million is extremely unlikely. Investigations were based on the results of individual studies and data published by UN organizations, government bodies and NGOs. Figures for Afghanistan and Pakistan are only estimates based on the numbers of observed or reported deaths (passive determination, <http://purl.stanford.edu/rs154fr6978> [Stand: 17.07.2016]).

33 Institute for Economics & Peace: *Global Terrorism Index 2015. Measuring and Understanding the Impact of Terrorism*, Sydney, New York City und Mexico City 2015, S. 2.

34 Franz Wördemann: *Terrorismus: Motive. Täter, Strategien*, München 1977, S. 284 ff., hier S. 57.

35 Waldmann (wie Anm. 6), S. 13.

36 Mit Terrorismus konfrontiert greifen selbst liberale Rechtsstaaten (wie die USA, Frankreich, Großbritannien oder Israel) zum Mittel der Folter, vgl. Andreas Bock: 9/11. Terrorismus und die Legalisierung der Folter, in: Thomas Jäger (Hg.): *Die Welt nach 9/11*, Berlin 2011, S. 882–901.

37 Dazu gehören neben den Anschlägen von Paris, Brüssel oder Ansbach eben auch Ereignisse, wie der Terrorismusverdacht gegen zwei (muslimische) Asylbewerber aus Bayern, der sich später als unbegründet herausstellen sollte, vgl. Oliver Bendixen: Terrorverdächtige entlassen: Keinerlei Hinweise zu IS vom 08.04.2016, <<http://www.br.de/nachrichten/terrorverdacht-festnahme-fuerstenfeldbruck-100.html>> [Stand: 08.05.2016], oder der Vorfall in Grafing bei München, wo der Messerangriff eines Mannes auf Passanten nur Minuten nach Bekanntwerden mit Islamismus in Verbindung gebracht wird: Katharina Blum/Thorsten Rienth/Susi Wimmer: Grafing Bahnhof: Mann stirbt bei Messerattacke – Ebersberg vom 10.05.2016, <<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/ebersberg/polizeitoter-bei-messerattacke-in-grafing-bahnhof-polizei-schliesst-politischen-hintergrund-nicht-aus-1.2987181>> [Stand: 10.05.2016].

38 Dagegen könnte man nun einwenden, dass es sich hierbei zum einen lediglich um präventive Maßnahmen handle, die zum anderen auch vereinzelt Terroranschläge verhindert hätten (etwa im Falle des potenziellen Attentäters aus Leipzig). Eine solche Argumentation ließe aber außer Acht, dass damit *de facto* alle Muslime in Deutschland pauschal unter Terrorismusverdacht gestellt werden und ein ähnlich rigides Vorgehen gegen andere potenziell rechtsterroristische Gruppierungen nicht zu beobachten ist (Andreas Bock: *Der Terror ist nicht muslimisch*, <<https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/muessen-wir-mit-terrorterrorismus-einfach-leben-lernen/der-terror-ist-nicht-muslimischnbs.html>> [Stand: 01.08.2016].

39 süddeutsche.de: *Islamismus-Verdacht: Verfassungsschutz beobachtet etwa 90 Moscheen in Deutschland* vom 02.05.2016, <<http://www.sueddeutsche.de/politik/islamismus-verdacht-verfassungsschutz-beobachtet-etwa-moscheen-in-deutschland-1.2976423>> [Stand: 08.05.2016].

tisch nicht zu bannen ist. Dafür braucht es noch nicht einmal erfolgreiche Anschläge. Die Möglichkeit einer terroristischen Aktivität, der bloße Verdacht, reicht ggf. für eine entsprechende Bedrohungswahrnehmung aus, unabhängig davon, ob tatsächlich ein terroristischer Hintergrund vorliegt oder ob es konkrete Anschlagpläne gab.⁴⁰ Schließlich kann jeder potenziell für den IS/*Daesh* in den terroristischen Kampf ziehen.⁴¹

Warum aber ist die Angst vor Terrorismus oder genauer: die Angst vor islamistischem Terrorismus so groß, während umgekehrt die öffentliche Bedrohungswahrnehmung und Bedrohungskonstruktion des Rechtsterrorismus weitaus geringer ist? Und das, obwohl in Deutschland die Delikte rechter Straftäter in 2015 um fast 35 Prozent auf insgesamt 22.960 gestiegen sind? Auch die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten erreichte 2015 in Deutschland einen Rekordwert. Diese Zahl stieg um mehr als 44 Prozent auf 1.485 Fälle. Die Zahl der Straftaten gegen Aufnahmeeinrichtungen von Geflüchteten stieg um 427 Prozent, die der Gewalttaten gegen Unterkünfte sogar um 580 Prozent. Fremdenfeindliche rechte Straftaten im Bereich Hasskriminalität stiegen um 89,2 Prozent auf 9.426 Fälle. Rechtsextremistisch motivierte fremdenfeindliche Gewalt stieg um 78,5 Prozent auf 980 Delikte.⁴² Dies ist insofern nicht überraschend,

40 Zeit Online/Die Zeit: Hans-Georg Maaßen: Geheimdienst hat keinen Hinweis auf konkreten Anschlag vom 05.02.2016, <<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-02/hans-georg-maassen-islamismus-berlin-is-algerien-alexanderplatz>> [Stand: 07.02.2016].

41 Die Wirkung solcher „ganz normaler Ermittlungsarbeit“ zeigt gerade das Beispiel Deutschland, wo es auch vor dem Selbstmordanschlag von Ansbach im Juli 2016 schon eine konstant hohe öffentliche Bedrohungswahrnehmung durch islamistischen Terrorismus gab. Nur noch einmal zu Erinnerung: Gerade weil man auch einer potenziell (islamistischen) terroristischen Bedrohung solche Aufmerksamkeit schenkt, erscheint der (islamistische) Terrorismus so gefährlich. Das genau ist die konstruktivistische Logik terroristischer Bedrohungswahrnehmung. Dass Staaten gar nicht anders können, als auch auf eine nur potenzielle Bedrohung durch Ermittlungsarbeit zu reagieren, ist das, womit terroristische Organisationen rechnen.

42 BMI: Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2015 – Bundesweite Fallzahlen aus 2016, <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2016/05/pmk-2015.pdf;jsessionid=903F0BFF4FA227B4B60D97309EDF945C.2_cid373?__blob=publicationFile> [Stand: 27.09.2016] und BMI: PMK – Straftaten gegen Asylunterkünfte nach Deliktstsbereichen 2014, 2015 und 2016, <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2016/05/pmk-2015-straftaten-gegen-asylunterkuenfte.pdf;jsessionid=903F0BFF4FA227B4B60D97309EDF945C.2_cid373?__blob=publicationFile> [Stand: 27.09.2016]; BMI: Übersicht ‚Hasskriminalität‘, 2016, <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2016/05/pmk-2015-hasskriminalitaet-2001-2015.pdf;jsessionid=903F0BFF4FA227B4B60D97309EDF945C.2_cid373?__blob=publicationFile> [Stand: 27.09.2016]; Andreas Bock: Kriminalstatistik 2015: Eine unverändert hohe Gefährdungslage durch ‚Flüchtlinge‘? vom 07.06.2016, <<http://fluechtlingsforschung.net/kriminalstatistik-2015-eine-unverändert-hohe-gefährdungslage-durch-flüchtlinge/>> [Stand: 17.06.2016].

als dass das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits 2014 rund 21.000 Rechtsextremisten in Deutschland gezählt hatte, von denen etwa 10.500 als „gewaltbereit“ eingestuft wurden.⁴³ Bemerkenswert allerdings erscheint, dass diese mehr 10.000 potenziell rechtsterroristischen „Gefährder“ weitaus weniger problematisch perzipiert werden, als die etwa 420 islamistischen „Gefährder“.

Eine erklärende Hypothese für diesen Umstand könnte sein, dass die öffentliche Bedrohungswahrnehmung und Bedrohungskonstruktion eines islamistischen Terrorismus durch sozial etablierte und reproduzierte Stereotype des Islam und muslimischen Gläubigen, die als gefährlich und/oder nicht zu Deutschland gehörend eingeschätzt werden, verstärkt werden: „Über die Hälfte der Bevölkerung [in Deutschland, A.B.] nimmt den Islam als Bedrohung wahr und ein noch höherer Anteil ist der Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt.“⁴⁴ Und der Aussage, „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“, mit der der designierte US-Präsident Donald Trump im Wahlkampf für Stimmung und Empörung gesorgt hat,⁴⁵ stimmten laut Religionsmonitor bundesweit 24 Prozent „voll und ganz“ oder „eher“ zu.⁴⁶ Eine entsprechende Wahrnehmung muslimischer Gläubiger und des Islam hatten Zick, Küpper und Hövermann auch für Europa festgestellt. So **unterstellen** 17 Prozent der befragten Deutschen und durchschnittlich 22 Prozent der Europäer: „Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus gerechtfertigt.“⁴⁷

43 Daniel Koehler: Strategies of contention. Right-wing extremism and ‚counter-state terror‘ as a threat for western democracies vom 23.03.2016, <<http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2016/03/23/strategies-of-contention-right-wing-extremism-and-counter-state-terror-as-a-threat-for-western-democracies/>> [Stand: 29.11.2016].

44 Bertelsmann Stiftung: Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick, <http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf> S. 7. [Stand: 29.11.2016].

45 Dara Lind: Donald Trump proposes ‚total and complete shutdown of Muslims entering the United States‘ vom 07.12.2015, <<http://www.vox.com/2015/12/7/9867900/donald-trump-muslims>> [Stand: 25.04.2016]. Eine Forderung, die sich aber auch Ungarns Ministerpräsident Orbán und Polens Ministerpräsidentin Ewa Kopacz zu eigen gemacht haben (Welt.de: Islam: Polen will nur christliche Flüchtlinge aufnehmen, vom 25.06.2015, <<http://www.welt.de/politik/ausland/article143093749/Polen-will-nur-christliche-Fluechtlinge-aufnehmen.html>> [Stand: 25.04.2016]).

46 Bertelsmann Stiftung (wie Anm. 44), S. 8.

47 Andreas Zick/Beate Küpper/Andreas Hövermann: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Tübingen 2011, S. 70.



Einweihung des Denkmals für Halit Yozgat zum 7. Todestag. Er wurde durch den NSU 2006 in seinem Internetcafé ermordet. Dahinter werden Plakate mit anderen Opfern der NSU-Mordserie hochgehalten. V.l.n.r. die Porträts weiterer NSU-Opfer: Abdurrahim Özüdoğru, Enver Simsek, Habil Kiliç, Süleyman Tasköprü, Michele Kiesewetter, Ismail Yasar, Mehmet Kubasik, Mehmet Turgut, Theodoros Boulgarides, an der Säule das Bild von Halit Yozgat.
Foto: SZ Photo/FotografIn: Regina Schmeken

Wenn dies die Art und Weise ist, auf die Muslime, der Islam und (tatsächlich oder vermeintlich) mehrheitlich muslimische Flüchtende in Deutschland und Europa wahrgenommen werden, dann überrascht weder, dass, um Viktor Orbán zu paraphrasieren, alle Terroristen als muslimische Einwanderer konstruiert werden,⁴⁸ noch dass mindestens die Hälfte der Befragten in acht von zehn europäischen Ländern fürchtet, dass der Zuzug von Flüchtenden das Risiko terroristischer Anschläge in ihrem Land erhöhen wird.⁴⁹ Dieses Phänomen von Konstruktion und Reproduktion einer spezifischen Bedrohungsperzeption haben die Soziologen William und Dorothy Thomas bereits Anfang des 20. Jahrhunderts in eine prägnante Form gebracht: „If men define situations as real, they are real in their consequences.“⁵⁰ 🌟

48 Kaminski (wie Anm. 3). (Kaminski: „All the terrorists are migrants“.)

49 Wike/Stokes/Simmons (wie Anm. 4).

50 William I/Dorothy Swaine Thomas: The child in America: behavior problems and programs, New York 1928, Seite 571 f.

„Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ – reloaded

von Wolfgang Frindte

Der Weg zur Studie

„Zusammenprall von Vorurteilen und Mythen“ – so könnte man die Forschungsschwerpunkte des Jenaer Forschungsteams seit mehr als 25 Jahren charakterisieren. Anfangs ging es thematisch u.a. um Mythen, Gegenmythen und den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. Dann rückten Vorurteile und Stereotype im interkulturellen Vergleich in den Mittelpunkt. Fremdenfeindliche, antisemitische und rechtsextreme Einstellungen spielten ebenfalls eine zentrale Rolle. Mit dem Projekt „Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation“¹ kam eine weitere Facette hinzu. Im Ergebnis der Studien, die das Forschungsteam durchführte, hatte sich u.a. gezeigt, dass vor allem jene Personen, die sich selbst stärker durch die Berichterstattungen der privaten Fernsehsender beeinflusst sehen und den Terrorismus als Bedrohung wahrnehmen, für die derzeit in der Öffentlichkeit diskutierten Terrorgefahren vor allem „die Muslime“ verantwortlich machen. Auf dieser Grundlage wurde seit 2008 verstärkt die Frage nach der Beschaffenheit antimuslimischer Einstellungen in den Blick genommen und darauf, wie Muslime in Deutschland mit derartigen Vorurteilen und damit verbundenen Diskriminierungen umgehen. Das hier vorzustellende Projekt zielte darauf ab, nicht nur empirische Befunde über die Radikalisierungsprozesse von jungen Muslimen² in Deutschland zu ermitteln, sondern

auch deren Integrationsbereitschaft zu untersuchen. Auf der Grundlage dieser Befunde sollten überdies Schlussfolgerungen und differenzierte Handlungsempfehlungen für eine zielgruppenbezogene Integration und Deradikalisierung erarbeitet werden.

Der Abschlussbericht zu diesem Projekt wurde Ende Februar 2012 durch das Bundesministerium des Innern unter dem Titel „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ veröffentlicht.³ Im Folgenden werden zunächst in einer Synopse einige Ergebnisse des Projekts (kurz: „Lebenswelt-Projekt“) vorgestellt. Im Rahmen einer Sekundäranalyse wird noch einmal auf die Daten dieses Projekts zurückgegriffen, um nach Faktoren zu suchen, von denen islamistisch-fundamentalistische, radikale und gewalttätige Überzeugungen abhängig sein könnten. Um diese Befunde einordnen zu können, sind zunächst einige Ausführungen zu den theoretischen Prämissen des ursprünglichen Projekts, das ja nun schon etwas in die Jahre gekommen ist, und seiner methodischen Umsetzung nicht zu vermeiden. Die Publikation der Befunde war im Jahre 2012 keinesfalls unumstritten. Die Geschichte dieser Debatte ist nachzulesen im Buch „Der Islam und der Westen – Sozialpsychologische Aspekte einer Inszenierung“.⁴

1 Vgl. Wolfgang Frindte/Nicole Haußcker: Inszenierter Terrorismus, Wiesbaden 2010.

2 Der Lesbarkeit halber wird in Folge die männliche Form belebter Substantive verwendet (generisches Maskulinum). Gemeint sind aber – wenn nicht anders angegeben – sowohl Frauen als auch Männer.

3 Wolfgang Frindte/Klaus Boehnke/Henry Kreikenbom/Wolfgang Wagner: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, Berlin 2012. Eine neuere Studie zu „Lebenswelten deutscher Muslime“ liegt inzwischen auch von der Bertelsmann Stiftung vor: Dirk Halm/Martina Sauer: Lebenswelten deutscher Muslime, Gütersloh 2015.

4 Wolfgang Frindte: Der Islam und der Westen. Sozialpsychologische Aspekte einer Inszenierung, Wiesbaden 2013.

Forschungsfragen, Theoretisches und methodische Konsequenzen

Das Forschungsfeld ist weit. Ein erster Überblick zeigt zunächst, dass es keine einheitliche Definition von (sozialer bzw. interkultureller) Integration gibt. Wir haben es mit einer Vielfalt an Begriffen (z.B. Integration, Inklusion, Assimilation, Akkulturation) und Konzepten zu tun, die sich je nach wissenschaftlichem Hintergrund bzw. theoretischer Ausrichtung unterscheiden. Ähnlich wie im deutschen Sprachraum werden aber auch in der internationalen Forschung vor allem zwei Grunddimensionen von Integration hervorgehoben: a) sozialstrukturelle Integration, die sich u.a. auf die rechtliche Integration, politische Integration, Bildungsintegration oder Arbeitsweltintegration bezieht, und b) sozialkulturelle Integration, die auf die Eingliederung in die differenzierte Vielfalt der Kultur verweist. Aus sozialpsychologischer Sicht ist vor allem die zweite Dimension die eigentlich interessante. Einer der einflussreichsten Ansätze, der sich in diesem Sinne der Erklärung und Operationalisierung von Integration widmet, stammt von Bourhis et al. (1997).⁵ Es handelt sich um ein zweidimensionales Modell der Akkulturationsorientierung. Auch in der hier vorgestellten Studie wurde dieser Ansatz zugrunde gelegt, weil er erstens einen psychologischen Bezugsrahmen für die Akkulturations- und Integrationsforschung bietet, sowie es zweitens ermöglicht, sowohl die Akkulturationspräferenzen der Zuwanderer als auch die Erwartungen der Einheimischen zu berücksichtigen, und drittens weil er empirisch sehr gut fundiert ist. Als Akkulturation wird dabei jener Prozess bezeichnet,

der in Folge von Migration durch direkten und andauernden Kontakt der Zuwanderer und Einheimischen zu Veränderungen in den Kulturen *beider* Gruppen führen kann. Diese Veränderungen können alltägliche Dinge wie Essgewohnheiten, aber auch psychologische Aspekte, wie Einstellungen, Werte oder das Selbstbild einzelner Personen oder eben Sprache, Normen, Werte, Religion der Zuwanderer und Einheimischen betreffen. Diesem Ansatz entsprechend wird im Folgenden unter Integration ein Beibehalten der traditionellen Herkunftskultur bei einem gleichzeitigen Übernehmen der neuen Mehrheitskultur verstanden. Erfasst wird Integration somit als Ergebnis einer Identifikationsleistung, und zwar sowohl aus Sicht der Migrantinnen und Migranten, als auch aus der Perspektive der Mitglieder aus der Mehrheitskultur. Die folgende Tabelle illustriert den Ansatz und gibt auch auszugsweise jene Aussagen wieder, die den befragten Muslimen und Nicht-Muslimen vorgelegt wurden.

Eine zweite Entscheidung bezog sich auf den Begriff Radikalismus. Abgeleitet von „*radix*“ (dem lateinischen Wort für „Wurzel“) werden damit meist politische, religiöse oder sonstige Strömungen bezeichnet, die „von der Wurzel her“ Veränderungen im gesellschaftlichen oder politischen Bereich fordern. Als radikal werden Personen oder Organisationen bezeichnet, die sich tiefgehende gesellschaftliche und politische Veränderungen in Deutschland wünschen und anstreben, das gegenwärtige politische und rechtliche System der Bundesrepublik aber zumindest respektieren und keine illegalen oder gewalttätigen Maßnahmen zur Änderung dieses Systems ergreifen oder gutheißen.⁶

Tabelle 1: Vier-Dimensionen-Schema der Akkulturation in Anlehnung an Bourhis et al. (1997)

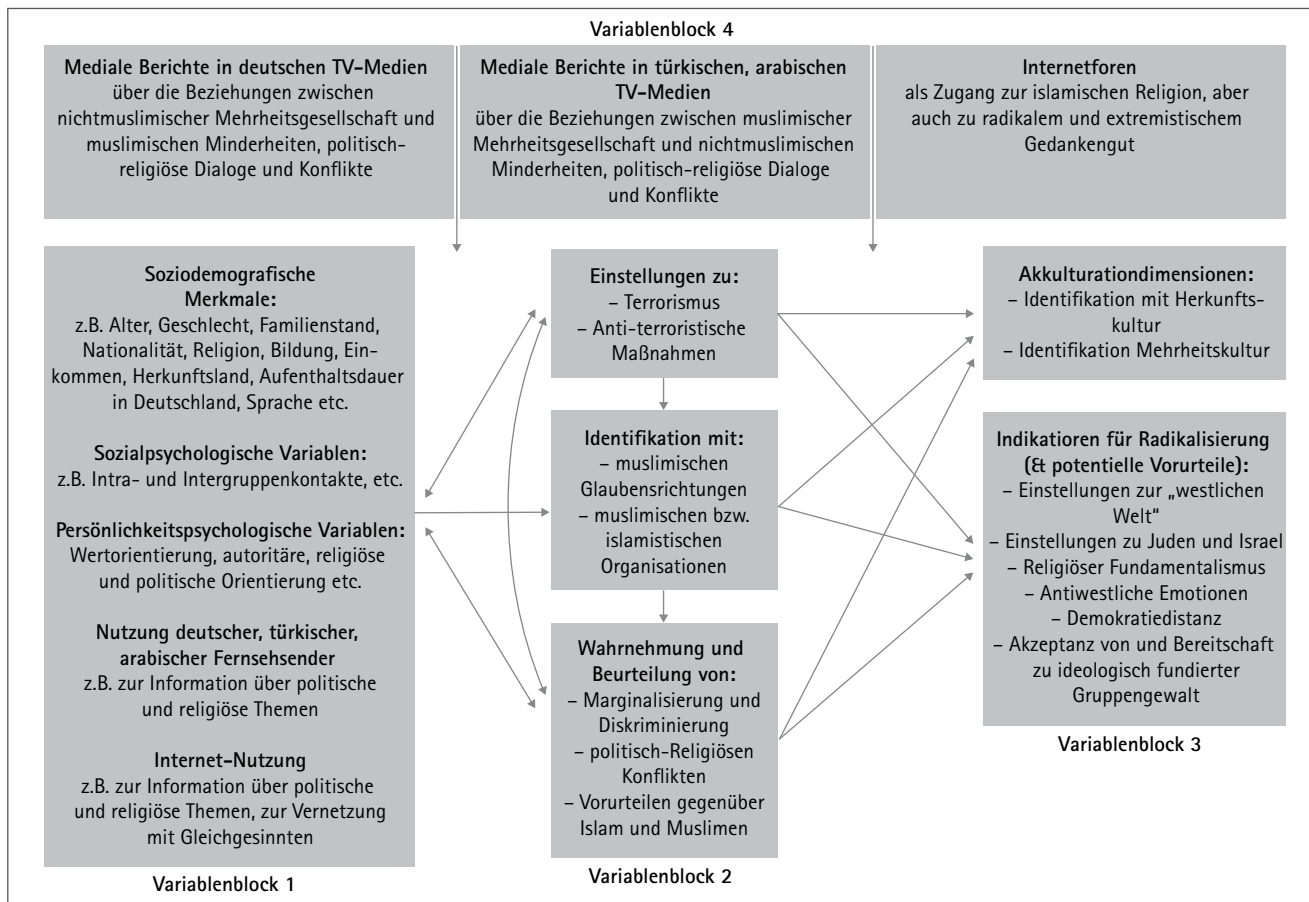
		Aus Sicht der Migrant/innen: „Wir sollten unsere Herkunftskultur bewahren ...“	
		Aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft: „Die Migrant/innen sollten ihre Herkunftskultur bewahren ...“	
		Ja	Nein
Aus Sicht der Migrant/innen: „Wir sollten die Mehrheitskultur übernehmen ...“	Ja	Integration	Assimilation
Aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft: „Die Migrant/innen sollten die Mehrheitskultur übernehmen ...“	Nein	Separation	Marginalisierung

Quelle: Frindte/Boehnke/Kreikenbom/Wagner (wie Anm. 3), S. 27.

5 Richard Y. Bourhis/Léna Céline Moïse/Stephane Perreault/Sacha Senécal: Towards an interactive acculturation model: A social psychological approach, in: International Journal of Psychology 32(6), S. 369–386.

6 Diese Definition wird auch von den Verfassungsschutzbehörden vertreten, vgl. z.B. <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/service/glossar/extremismus-radikalismus/index.html> [Stand: 23.11.2016].

Abbildung 1: Integratives Modell mit den für das Forschungsvorhaben relevanten Variablenkomplexen



Quelle: Frindte/Boehnke/Kreikenbom/Wagner (wie Anm. 3), S. 36

Die in der Forschungsliteratur aufgezeigten Faktoren, die Einfluss auf Vorurteile von Muslimen und Nicht-Muslimen bzw. auf die Integrationsbereitschaft oder auf Radikalisierungsprozesse nehmen können, sind in Abbildung 1 illustriert.

In einem ersten Block finden sich Variablen bzw. Faktoren, die in nationalen und internationalen Studien als Prädiktoren für die im zweiten, dritten und vierten Block aufgeführten Variablen bzw. Faktoren hinlänglich nachgewiesen wurden: soziodemografische Variablen, wie Alter, Geschlecht, Bildung, Herkunftsland, sozialpsychologisch relevante Variablen, wie die Identifikation mit Freundes- und Bekanntenkreisen oder politische Orientierungen, persönlichkeitspsychologische Variablen, wie autoritäre Überzeugungen, zentrale Wertorientierungen, aber auch das Medienwahl- und Mediennutzungsverhalten.⁷

Die Variablen des zweiten Blocks stützen sich auf Arbeiten zum individuellen und gruppenspezifischen Verständnis von Gewalt, Terror, sozialer Identifikation und Diskriminierungswahrnehmungen; auf Untersuchungen zu Vorurteilen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Wahrnehmung von Bedrohung.

Die Variablen des dritten Blocks bilden die eigentlich abhängigen Variablen bzw. Faktoren, die zu erklären sind. Erklärt werden sollen das Ausmaß und die Qualität von Vorurteilen und Integrations- bzw. Radikalisierungstendenzen. Aufgrund des methodischen Vorgehens der Befragung wurden diese Variablen auf relativ „weiche“ Indikatoren beschränkt. Zum einen wurde der o.g. Ansatz der Akkulturation nach Bourhis (1997) genutzt, um Integration als soziale Identifikation zu erfassen. Zum anderen wurden folgende Variablen als potentielle Indikatoren für mögliche Radikalisierungstendenzen ausgewählt: Einstellungen zur „westlichen Welt“, Einstellungen zu Juden und Israel, religiöser Fundamentalismus, antiwestliche Emotionen (wie z.B. Hass, Wut oder Angst), Demokratiedistanz

.....
7 Frindte (wie Anm. 4).

und Akzeptanz von und Bereitschaft zu ideologisch fundierter Gruppengewalt.

Unter religiösem Fundamentalismus wird eine strenge Form der Religiosität verstanden, a) in der die Religion nicht nur als Grundlage des eigenen Lebens, sondern auch der gesellschaftlichen Grundordnung begriffen und b) die Welt in dualistischer Weise in „gut“ und „böse“ eingeteilt wird, c) in der Gebote und Verbote durch den Verweis auf die göttliche Autorität begründet werden, als unantastbar gelten und die religiösen Lehren und die zugrunde liegenden Texte wortwörtlich zu befolgen sind, d) die allerdings nur bestimmte Elemente des Glaubens als heilig erachtet, andere ignoriert oder umgedeutet werden und e) in der die Vorstellung vom bald bevorstehenden Ende der Welt bzw. eine starke Fokussierung auf das „Jenseits“ dominiert.

Der vierte Variablenblock widmet sich der Analyse zielgruppenorientierter Fernsehberichterstattung und der Nutzung von Internetforen und Blogs.

Die Analyse des nationalen und internationalen Forschungsstandes führte außerdem zu weiteren methodischen und forschungspraktischen Entscheidungen und Folgerungen:

- Die Studie konzentrierte sich auf die Untersuchung der Einstellungen von 14- bis 32-jährigen muslimischen Immigranten aus arabisch und türkischsprachigen Ländern und auf muslimische Deutsche (also Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit) dieser Altersgruppe. Um deren Einstellungen abschätzen und beurteilen zu können, wurden auch Vergleiche mit nicht-muslimischen Deutschen (als Kontrollgruppe) der Altersgruppe der 14- bis 32-Jährigen durchgeführt. Die Auswahl dieser Altersgruppe hängt nicht nur mit forschungspraktischen Gründen zusammen, sondern folgt auch der Einsicht, dass gerade junge Muslime dieser Altersgruppe die größten Probleme haben, in Deutschland die gleichen Bildungschancen und Arbeitsmöglichkeiten wahrzunehmen wie ihre nicht-muslimischen Altersgenossen. Die Mitglieder dieser Altersgruppe gehören zumeist zur sogenannten „dritten Generation“ der muslimischen Migranten, die vor anderen Akkulturationsanforderungen stehen als ihre Eltern und Großeltern.⁸ Letztlich wurden also drei Gruppen miteinander verglichen: a) nichtdeutsche Muslime, b) deutsche Muslime und c) deutsche Nicht-Muslime.

.....
 8 Vgl. auch Karin Brettfeld/Peter Wetzels : Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch motivierter Gewalt, hg. v. d. Universität Hamburg/BMI, Hamburg 2007. Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs: Muslimisches Leben in Deutschland, hg. v. Deutsche Islam Konferenz/BAMF, Nürnberg 2009.

- Die Entwicklung von Vorurteilen im Allgemeinen und Integrations- und/oder Radikalisierungsprozesse im Besonderen können langfristigen Entwicklungspfaden folgen, aber auch ereignisbezogen (z.B. Stichwort: Flüchtlingsprobleme) offenkundig werden. Um derartige Prozesse abbilden und erfassen zu können, wurden die geplanten Vergleiche zwischen der Kontrollgruppe und den Zielgruppen im Zeitverlauf als fragebogengestützte, telefonische Panel-Erhebung zu zwei Messzeitpunkten durchgeführt (Gesamtstichprobe – erste Erhebungswelle: N=923; davon in der zweiten Erhebungswelle: N=450). Die erste Erhebungswelle fand von Oktober bis Dezember 2009, die zweite Erhebungswelle von August bis Oktober 2010 statt.
- Außerdem war dem Forschungsteam wichtig, die quantitativen Befunde mit den Meinungen und Einstellungen höherer Altersgruppen zu vergleichen. Da davon ausgegangen werden kann, dass z.B. von älteren Familienmitgliedern, Freunden oder Glaubensgenossen starke Sozialisationswirkungen ausgehen können, wurde eine qualitative Mehrgenerationenfallstudie durchgeführt. Dabei handelte es sich um Interviews mit einer Dauer zwischen 31 Minuten und 4,5 Stunden, die aufgezeichnet, transkribiert und (falls nicht in Deutsch geführt) durch Muttersprachler übersetzt wurden.
- Dass mediale Konstruktionen über das „Eigene“ und das „Fremde“, über „den Westen“ und „den Islam“ die Vorurteile zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen im Allgemeinen und die Akkulturations- und Integrationsprozesse im Besonderen beeinflussen können, ist mittlerweile empirisch gut belegt. Aus diesem Grunde wurde die Berichterstattung über das Verhältnis von Muslimen und Nicht-Muslimen in deutschen (ARD Tagesschau, ZDF heute, RTL aktuell, Sat.1 Nachrichten), türkischen (TRT Türk, Kanal D) und arabischen (Al Jazeera, Al Arabiya) Fernsehsendern medienwissenschaftlich ausgewertet. Dazu wurden insgesamt 4.160 Nachrichtensendungen mit einer Spielzeit von ca. 16.917 Stunden aufgezeichnet und 629 Beiträge gezielt analysiert.
- Neben den Effekten der „traditionellen“ Verbreitungsmedien (insbesondere des Fernsehens) fungiert mittlerweile das Internet als wichtiges, in jüngeren Altersgruppen sogar dominantes Medium. Um den Einfluss der Internetkommunikation zu analysieren, wurden neun relevante, hauptsächlich von jungen Muslimen genutzte Internetforen einer inhaltsanalytischen Auswertung unterzogen.

- In Fokusgruppen (d.h. Diskussionsrunden) mit Gruppen junger Muslime aus verschiedenen Regionen Deutschlands wurden die Ergebnisse der Panel-Befragung und der Medienauswertung schließlich im Zusammenhang und mit den „Betroffenen“ gemeinsam diskutiert. In diesen Fokusgruppen wurden sowohl Fragen der eigenen Religiosität, Identität und der Erfahrung, als Muslim in Deutschland zu leben, als auch Fragen zu politischen und gesellschaftlichen Themen thematisiert und qualitativ ausgewertet.

„So durcheinander zwischen den Welten“: Synopsis

In der Mehrgenerationsfallstudie wurden sechs muslimische Familien mit jeweils drei Generationen interviewt. Die erste Generation war im Schnitt 64,7 Jahre, die zweite Generation durchschnittlich 46,0 und die dritte Generation 16,8 Jahre alt. Unter den 18 teilnehmenden Personen waren 12 Frauen. In fast allen Interviews mit den verschiedenen Generationsmitgliedern zeigte sich einerseits, dass sich die Interviewten – unabhängig vom Grad ihrer Religiosität und der Integration in die deutsche Gesellschaft – deutlich vom islamistischen Terrorismus distanzieren.⁹

Mit anderen Worten: Islamistischer Terrorismus sei mit dem Islam nicht vereinbar und schade nur seinem Ansehen. Andererseits nahmen sie „den Westen“ wegen seines Umgangs mit der islamischen Welt und den islamistischen Terrorbedrohungen überwiegend negativ wahr. Überhaupt wurde die westliche Welt in ihrer Beziehung zur islamischen Welt von allen Teilnehmern durchgehend negativ beurteilt. „Der Westen“ habe kein wirkliches Interesse an einer Lösung der Konflikte, die mit islamischen Ländern bestünden, sondern sei daran interessiert, die eigenen Machtansprüche und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Unter diesem Aspekt wurde vor allem das Verhalten der westlichen Truppen in den Ländern Afghanistan und Irak (v.a. die Gewalt gegen Zivilisten) besonders stark kritisiert. Auch die deutsche nichtmuslimische Bevölkerung wurde von den Interviewten als distanziert und abweisend beschrieben. Der Islam und die damit verbundene Lebensweise würden von der Mehrheitsbevölkerung in Deutschland nicht genügend akzeptiert.

9 Beispiel für eine solche Aussage (Befragter aus zweiter Generation): „Die Person, die ihr Land verteidigt, ist es fair sie Terrorist zu nennen, und den Dieb, der gekommen ist um das Land zu besetzen, einen Selbstverteidiger zu nennen? Das ist, was ich meine. Aber die Leute, die um die Welt reisen und den Tod Unschuldiger in Zügen verursachen, das sind kriminelle Mörder, die haben keine Prinzipien.“

Zitat aus einem Interview mit einem jungen Mann aus der dritten Generation: „Man geht raus, und wenn ich rausgehe, sehe, wie jemand trinkt, und jemand macht das und das, was in meiner Religion verboten ist, und ich sehe das und manchmal ist man so deprimiert, man ist so fertig, dass man als Einziger das nicht darf und alle anderen machen das. Du bist so durcheinander zwischen den Welten.“

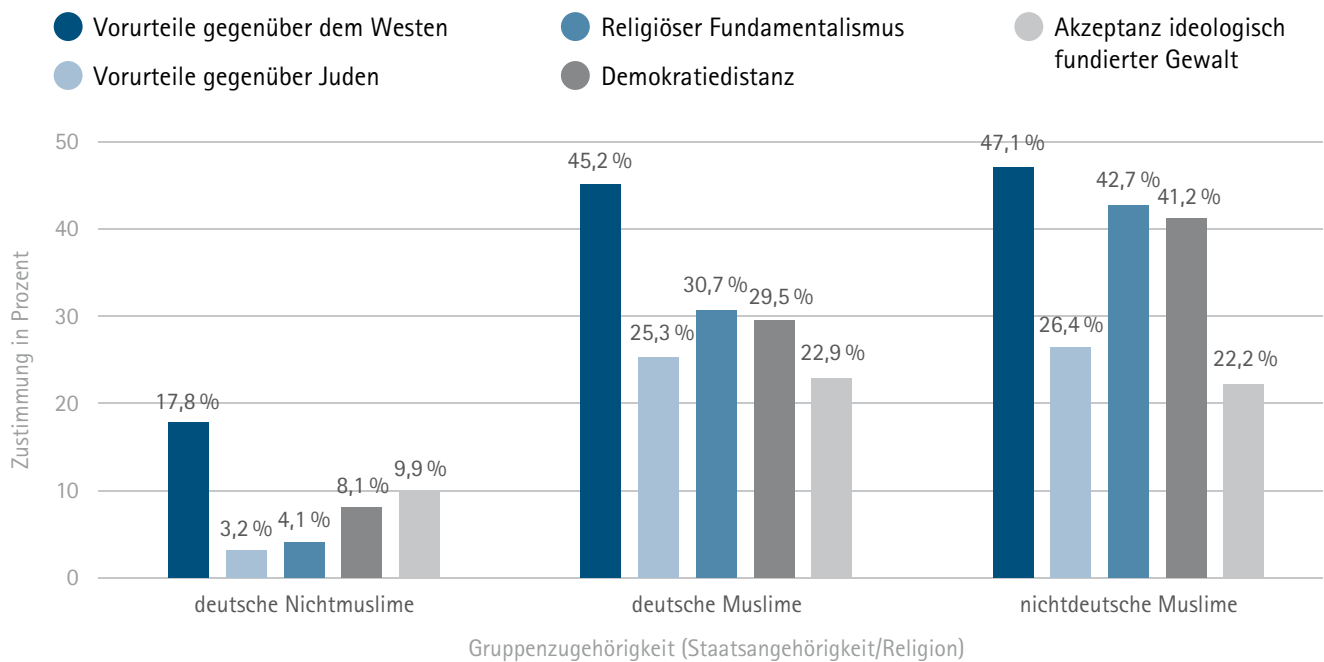
Das spiegle sich auch in den (deutschen) Medien wider. Vor allem die häufig undifferenzierte und übertriebene mediale Darstellung „der“ Muslime und die in den Medienberichten zu beobachtende generelle Verknüpfung von Muslimen mit dem Terrorismus schade dem Ansehen der in Deutschland lebenden Muslime. Deutlich wurde in den Interviews aber auch der Wunsch, neben einer Integration in die deutsche Gesellschaft eine muslimische Identität leben und gestalten zu dürfen.¹⁰

Dass es „die eine Art“ von Muslimen in Deutschland nicht gibt, wurde auch in der zweiwöchigen telefonischen Panelbefragung deutlich. Ein großer Teil der befragten deutschen und nichtdeutschen Muslime wünschte sich, ihre traditionelle Herkunftskultur zu bewahren und gleichzeitig die deutsche Mehrheitskultur zu übernehmen. Einstellungen zur Integration (im sozialpsychologischen Sinne) waren nach der Studie bei den Muslimen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Vergleich zu den nichtdeutschen Muslimen am stärksten ausgeprägt. Die befragten Muslime äußerten im Durchschnitt (im Vergleich zu den befragten deutschen Nichtmuslimen) stärkere Vorurteile gegenüber dem Westen und gegenüber Juden, stärker ausgeprägte religiös-fundamentalistische Einstellungen, stark negative Emotionen gegenüber dem Westen, eine größere Distanz zur Demokratie und eine höhere Akzeptanz ideologisch fundierter „Gewalt als Mittel zur Verteidigung gegen die Bedrohung durch den Westen“.

Abbildung 2 illustriert die besagten Unterschiede. Sie lässt sich folgendermaßen lesen: Während z.B. 17,8 Prozent der deutschen Nichtmuslime ausgeprägte Vorurteile gegenüber dem „Westen“ äußern, tun dies 45,2 Prozent der deutschen Muslime (also der Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit) und 47,1 Prozent der Muslime ohne deutsche Staatsangehörigkeit (nichtdeutsche Muslime).

10 Interviewbeispiel (ebenfalls von einem Mitglied der dritten Generation): „Deutschland sagt immer so eh also integrieren sollen sie, äh, also sollen sie sich und so äh sagen sie, ähm aber also es stimmt, manchmal haben sie recht, die meisten Menschen integrieren sich wirklich nicht so sehr, äh sie haben nichts mit den Deutschen zu tun, und sie können kaum Deutsch sprechen und so, ich verstehe sie sehr gut, aber ich zum Beispiel ... also ... ähm um zum Beispiel genau wie sie zu sein, um sich zu assimilieren, muss man so leben wie sie und also indem ich meine Religion lebe, kann ich nicht so wie sie äh leben. Es gibt da einen Unterschied zum Beispiel und ich ähm kann das nicht verändern.“

Abbildung 2: Vergleiche zwischen deutschen Nichtmuslimen, deutschen Muslimen und nichtdeutschen Muslimen (im Alter von 14 bis 32 Jahren)



Quelle: Frindte/Boehnke/Kreikenbom/Wagner (wie Anm. 3)

Sowohl in der Gruppe der deutschen Muslime als auch in der Gruppe der nichtdeutschen Muslime ließ sich in der Studie eine Subgruppe identifizieren, die als „streng Religiöse mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz“ bezeichnet werden konnte. Diese Untergruppe umfasste in der Teilstichprobe der deutschen Muslime ca. 15 Prozent und in der Gruppe der nichtdeutschen Muslime ca. 24 Prozent. Mögliche Erklärungen bzw. Ursachen für diese potenziellen Radikalisierungstendenzen lagen vor allem im Ausmaß der „autoritären Überzeugungen“, der Orientierung an traditionellen Werten sowie in der Wahrnehmung bzw. dem Erleben von „gruppenbezogener Diskriminierung“. Eine Präferenz für türkische Fernsehsender (um sich politisch zu informieren) verstärkte manche dieser negativen Einstellungen zusätzlich.

Ein weiterer Forschungsschritt konzentrierte sich auf die Analyse von Internetforen und deren Einfluss auf Integrations- und/oder Radikalisierungsprozesse. Dazu wurden insgesamt 6.725 Postings aus hauptsächlich von jungen Muslimen genutzten Internetforen und Blogs ausgewertet und in Fokusgruppen mit Muslimen aus verschiedenen Regionen Deutschlands diskutiert. Auch diese Analysen zeigten, dass es innerhalb der Muslime in Deutschland viele verschiedene Milieus und Gruppierungen gibt, die vor unterschiedlichen Problemen und Herausforderungen

stehen. Dass sich eine große Zahl von Muslimen aufgrund des negativen Bildes „der Deutschen“ vom Islam und der als einseitig negativ empfundenen Medienberichterstattung über den Islam ausgegrenzt sieht und als Gruppe diskriminiert fühlt, konnte auch in diesem Projektteil bestätigt werden. Diese Menschen, die sich in die deutsche Gesellschaft integrieren wollen, stehen vor der Herausforderung, trotz dieser wahrgenommenen ablehnenden Haltung der Deutschen ein positives soziales Selbstverständnis z.B. als „Deutschtürken“ oder „deutsche Muslime“ zu entwickeln und aufrechtzuerhalten, sogenannte „Bindestrich-Identitäten“ (*Hyphenated Identities*), also zusammengesetzte Identitäten, zu entwickeln. Für die eher kleine Gruppe streng religiöser und fundamentalistisch religiöser Muslime stellt sich indes dieses Problem nicht, da für diese Gruppe nur die eigene religiöse Identität als „wahre“ Muslime zählt. Durch die strikte Befolgung der religiösen Vorschriften grenzen sich diese Muslime einerseits bewusst von der deutschen Mehrheitsgesellschaft ab. Andererseits lehnen die meisten fundamentalistisch religiösen Muslime aber auch religiös motivierte Gewalt entschieden ab und wollen mit den „wahnsinnigen“ und „kriminellen“ Terroristen nichts zu tun haben.

Da auch die „klassischen“ Verbreitungsmedien, wie das Fernsehen, nach wie vor die Integrationsbereitschaft junger Muslime im Positiven wie im Negativen zu beeinflus-

sen vermögen, wurde in einem letzten Forschungsschritt die Darstellung von Muslimen und Nichtmuslimen in der deutschen, türkischen und arabischen Berichterstattung ausgewählter Fernsehsender zwischen Anfang 2009 und Ende 2010 untersucht. Die Auswertung dieser Fernsehnachrichten machte deutlich, dass und wie Integrations- und Radikalisierungsprozesse durch mediale Einflüsse gefördert oder verhindert werden können. In den untersuchten Beiträgen sticht insbesondere der türkische Privatsender Kanal D durch eine sehr emotional geprägte Berichterstattung hervor. Dies würde teilweise erklären, warum vor allem die Präferenzen für türkische Sender (vor allem Kanal D/Euro D) einen starken Einfluss auf die Akzeptanz ideologisch fundierter Gruppengewalt der nichtdeutschen Muslime auszuüben scheinen. Die deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender spielen im Kontext der Integrationsdebatten mithin eine durchaus positive Rolle. Die Familieninterviews und Gruppendiskussionen zeigten allerdings, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen die muslimische Bevölkerung Deutschlands kaum erreicht.

Die Ergebnisse der Studie bestätigen insgesamt, dass es nach wie vor notwendig ist, gesellschaftliche Initiativen und Maßnahmen zu realisieren, die den Aufbau einer positiven bikulturellen Identität der Muslime erleichtern. Auf diese Weise würde islamistischen Radikalisierungsprozessen vorgebeugt und Integrationsprozesse könnten befördert werden. Und den Muslimen ginge es nicht mehr so, wie o.g. im Interview: „Man ist so durcheinander zwischen den Welten“. Muslimische Zuwanderer in Deutschland sollen und wollen die deutsche Lebenswelt mit ihren Gesetzen, Formen des Zusammenlebens, ihrer Sprache sowie ihren Normen des alltäglichen mitmenschlichen Umgangs annehmen. Allerdings muss ihnen auch die Freiheit zugestanden werden, die deutsche Lebenswelt mit der Lebenswelt ihrer Herkunftskultur zu verknüpfen. Letztendlich ist diese Integration ein wechselseitiger Prozess, der nur bei gemeinsamem Engagement sowohl der Migranten als auch der deutschen Mehrheitsbevölkerung gelingen kann.

„Lebenswelten-Projekt“ – updated: Was fördert islamistisch-fundamentalistische Überzeugungen und Gewaltbereitschaft?

In einer im Sommer 2016 veröffentlichten repräsentativen Umfrage,¹¹ an der rund 2.400 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen, äußerten 73 Prozent der Befragten große Angst vor

11 R+V-Studie: Die Ängste der Deutschen 2016, in: <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen> [Stand 17.09.2016].

Terrorismus. Die gefühlte Terrorbedrohung entspricht nicht der tatsächlichen Bedrohungslage; dennoch ist Deutschland Teil des dschihadistischen Netzwerks in Europa – als logistische Drehscheibe und Rückzugsort. Nicht zuletzt die Anschläge in Würzburg und Ansbach im Sommer 2016 haben das deutlich gemacht.

Spätestens seit 2008 ist Deutschland auch Herkunftsland von Dschihadistinnen und Dschihadisten, die zunächst – bis 2011 – in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet und in jüngerer Zeit überwiegend in die Kriegsgebiete Syriens oder Iraks ausreis(t)en.¹²

Im aktuellen Bericht der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder werden die Fälle von 677 Personen, die aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sein sollen, analysiert.¹³ Davon sollen bis zum 30. Juni 2015 insgesamt 237 Personen nach Deutschland zurückgekehrt sein. Von den ausgereisten Personen sind 21 Prozent Frauen. Mit 188 Personen stellen die 22- bis 25-Jährigen die größte Altersgruppe.¹⁴

Vor einigen Jahren kommentierte Peter Sloterdijk: „... der sogenannte globale Terrorismus ist ein durch und durch posthistorisches Phänomen. Seine Zeit bricht an, wenn sich der Zorn der Ausgeschlossenen mit der Infotainmentindustrie der Eingeschlossenen zu einem Gewalttheatersystem für letzte Menschen verbindet“. ¹⁵ In diesem Sinn ist der globale Terrorismus auf die Medien angewiesen und bezieht sie in seine Strategie mit ein. Zu einer Bekämpfung des Terrorismus stellt sich vorrangig die Frage nach den apostrophierten „Ausgeschlossenen“ selbst: Wer sind sie, wovon sind sie ausgeschlossen, wer hat sie ausgeschlossen und was ist die Quelle ihres Zorns?

Es reicht also nicht, nur nach individuellen Risikokennmerkmalen zu suchen und soziale Kontextfaktoren nur am Rande zu berücksichtigen, wenn es um praktisch relevante Erklärungen für die Radikalisierung salafistischer Dschihadisten geht. Um konkret zu werden: Die Attentäter von Paris, Brüssel und Nizza sind in Frankreich oder

12 Wolfgang Frindte/Brahim Ben Slama/Nico Dietrich/Daniela Pisiou/Milena Uhlmann/Melanie Kausch: (2016). Wege in die Gewalt. Motivationen und Karrieren salafistischer Dschihadisten. HSFK-Report, Nr. 1/2016 (HSFK-Reportreihe „Salafismus in Deutschland“, hg. von Janusz Biene/Christopher Daase/Svenja Gertheiss/Julian Junk/Harald Müller).

13 IMK (Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder): Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind.

14 Ebd., S. 11.

15 Peter Sloterdijk: Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch, Frankfurt am Main 2006, S. 70.

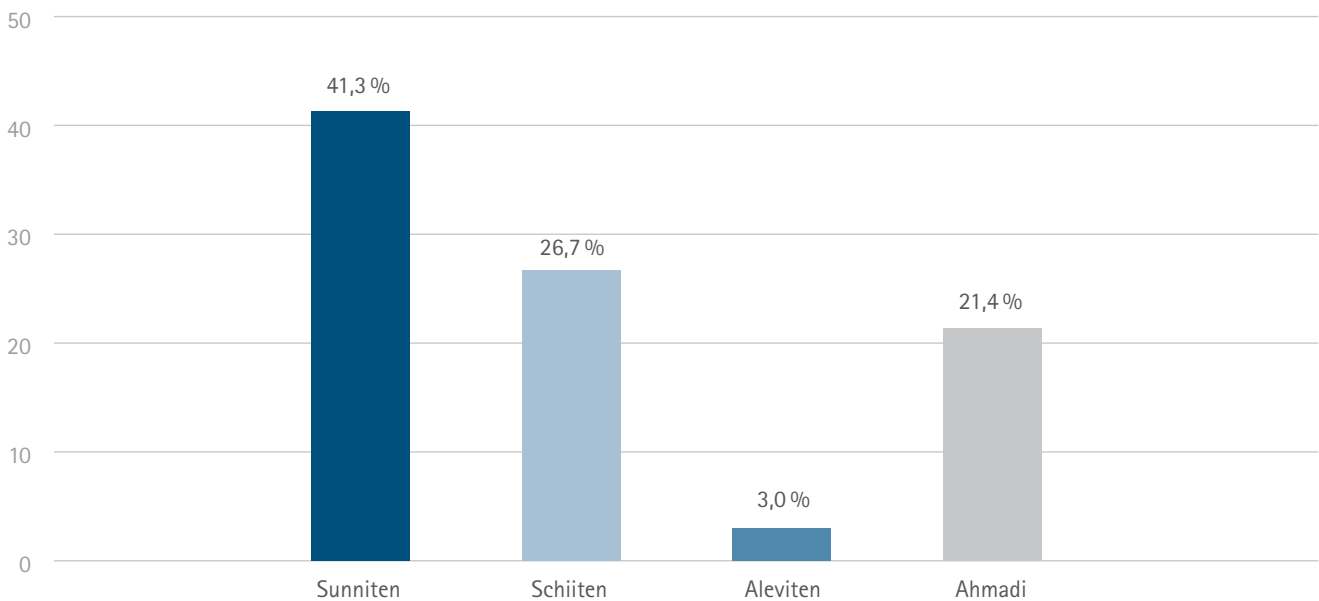
Belgien geboren und aufgewachsen und damit europäische Bürger. Viele Terroristen gehören der sogenannten zweiten Einwanderungsgeneration an. Man könnte auch sagen, sie sind nicht nur Ausgeschlossene, sondern auch Einheimische.¹⁶

Ein Blick in die nationale und internationale Literatur zeigt u.a., dass die muslimische Identität als dominante Identifikation mit der Gemeinschaft der Muslime

anscheinend eine vermittelnde Rolle zwischen den vielfältigen makro-, meso- und mikrosozialen Bedingungen und der Instrumentalisierung der Religion als Ideologie spielen kann.

Um dies zu prüfen und zu illustrieren, wurde im Rahmen einer Sekundäranalyse auf die oben schon erwähnte telefonische Befragung junger Muslime in Deutschland zurückgegriffen, die 2009 und 2010 durchgeführt wurde.

Abbildung 2: Fundamentalistische Überzeugungen in unterschiedlichen islamischen Glaubensrichtungen.



Ausmaß fundamentalistischer Überzeugungen (in Prozent) in unterschiedlichen islamischen Glaubensrichtungen

Quelle: Frindte/Boehnke/Kreikenbom/Wagner (wie Anm. 3)

Hinsichtlich der Ausprägung islamistischer Überzeugungen fallen vor allem die Sunniten mit hohen Werten und die Aleviten mit sehr geringen Werten auf. Die Unterschiede zwischen den vier Gruppen sind hoch signifikant. Das heißt zunächst einmal: Muslime sind eine sehr heterogene Gruppe – es gibt nicht „die Muslime“.

Wenn man nun nach psychologisch relevanten Indikatoren sucht, die als Prädiktoren, also als Erklärungen für stark ausgeprägte islamistisch-fundamentalistische Überzeugungen in Frage kommen, so fallen in der Studie vor allem folgende Bedingungen bzw. Einstellungen auf:

- Präferenzen für „fundamentalistische Webseiten;

- die Bevorzugung türkischer Fernsehsender, um sich über politische Ereignisse zu informieren;
- das Erleben, als Muslime in Deutschland diskriminiert zu werden;
- autoritäre Überzeugungen;
- ein ausgeprägter Respekt vor familiären Sitten und Gebräuchen
- und eben eine sehr ausgeprägte Religiosität, die offenbar den stärksten Einfluss auf die islamistisch-fundamentalistischen Überzeugungen hat.

Der auch in der „Lebenswelten“-Studie entstandene Eindruck des starken Einflusses der Religiosität auf den Fundamentalismus wäre dann doch wohl eine Bestätigung für diejenigen, die meinen, religiöse Muslime würden eben generell zum Fundamentalismus neigen.

16 Bei den Attentätern in Würzburg und Ansbach handelt es sich offenbar um Flüchtlinge bzw. geduldete Asylbewerber.

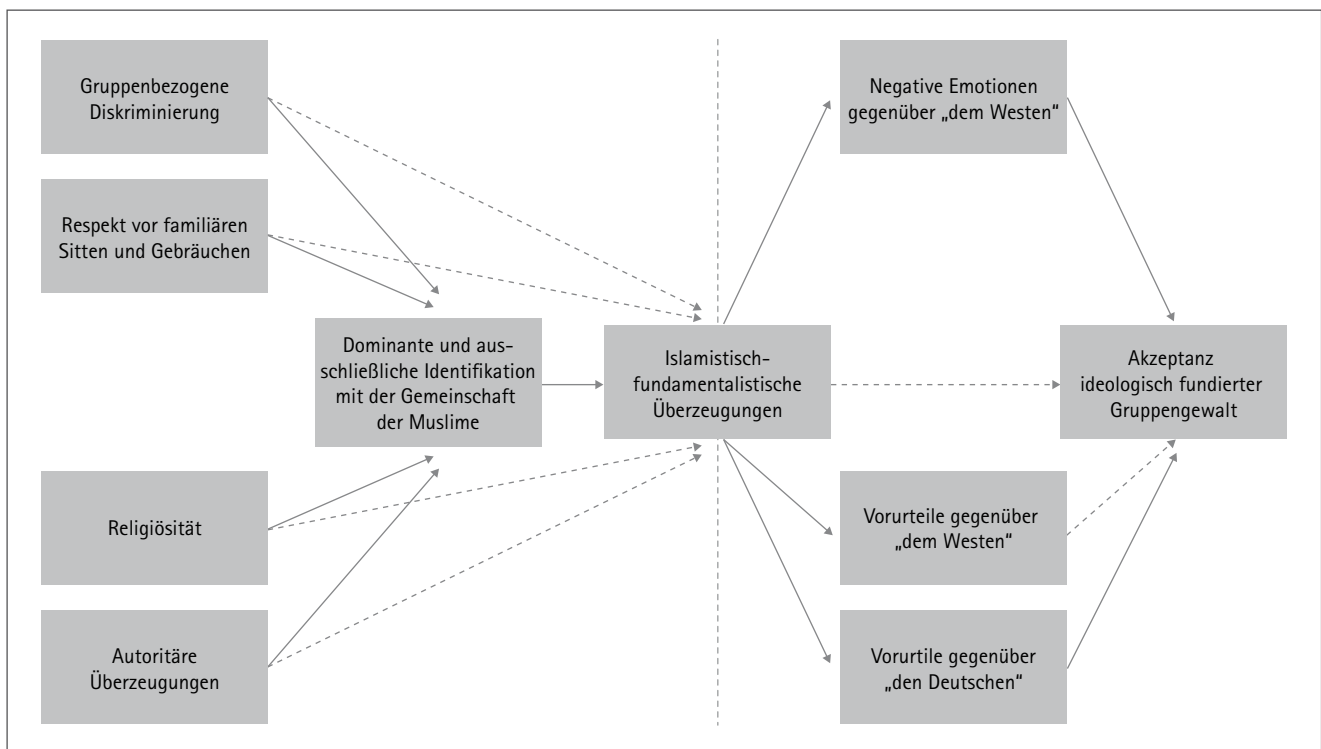
Aber so einfach ist die wirkliche Wirklichkeit eben doch nicht.

Im Jahre 2010 veröffentlichte der US-amerikanische Anthropologe Scott Atran ein Buch mit dem Titel „*Talking to the enemy*“.¹⁷ In diesem Buch geht es darum, was Menschen bewegt, sich dem Dschihad anzuschließen. Atran hat u.a. viel Zeit mit Mujahedin-Gruppen weltweit verbracht und viele Interviews geführt. Eine wesentliche Erkenntnis aus diesen Interviews lässt sich wohl so zusammenfassen: Nicht die Religion an sich sei die Ursache für Krieg und Gewalt. Tatsächlich seien die wenigsten Freiwilligen, die sich dem IS anschließen, besonders religiös gebildet. Doch vielmehr spiele für diejenigen, die sich völlig dem Dschihad verschreiben, die ausschließliche Identifikation mit der Gemeinschaft der Kämpfer die entscheidende Rolle.

Man könnte auch sagen: Je zentraler und ausschließlicher die Identifikation mit der muslimischen Gemeinschaft (*umma*), also die soziale Identität als Muslim, ist, umso eher werden die von der muslimischen Gemeinschaft vertretenen Vorstellungen als einzigartig, alleingültig und funda-

mental für die Gestaltung von Gesellschaft angesehen und u.U. mit Gewalt verteidigt. Unter sozialer Identität wird die Summe der Identifikationen mit bestimmten sozialen Kategorien (Gruppen, Gemeinschaften, Milieus oder sozialen Bewegungen) und die mit diesen Kategorien assoziierten Werte und Vorstellungen verstanden. Um diese Zentralität und Ausschließlichkeit der sozialen Identität als Muslim oder Muslima begrifflich zu beschreiben, wird in der Sozialpsychologie von der Omnipräsenz der sozialen Identität gesprochen. Omnipräsent ist eine soziale Identität dann, wenn sie nahezu ausschließlich über die Identifikation mit einer sozialen Kategorie (hier mit den Muslimen und der *umma*) erfolgt und die Identifikation mit anderen sozialen Kategorien (z.B. mit einer Nation oder einer Berufsgruppe) als gar nicht wichtig angesehen wird. Das heißt, alles wird der Zugehörigkeit und der Identifikation mit der Gemeinschaft der Muslime untergeordnet. Alles andere zählt nicht. Dies kann so interpretiert werden, dass die soziale Identität als Muslim als entscheidender Schlüssel die Beziehung zwischen den möglichen Bedingungen und den islamistisch-fundamentalistischen Überzeugungen vermittelt.

Abbildung 3: Zusammenfassende und vereinfachte Darstellung der Befunde



Quelle: Frindte/Ben Slama/Dietrich/Pisoiu/Uhlmann/Melanie Kausch (wie Anm. 12), S. 16

17 Scott Atran: *Talking to the enemy: Violent extremism, sacred values, and what it means to be human*, London 2010.

Mittels multipler Mediatoranalysen¹⁸ konnte diese Annahme geprüft werden. Die Ergebnisse sind in Abbildung 3 sehr stark vereinfacht und ohne Angaben der statistischen Kennziffern dargestellt.¹⁹ Die jeweils grau und gestrichelt gezeichneten Pfeile zeigen die direkten Einflusspfade ohne Berücksichtigung der jeweiligen Mediatoren. Die schwarz gezeichneten Pfeile verweisen auf Pfade, wenn die Mediatoren berücksichtigt werden.

Wie lässt sich diese Abbildung lesen? Zunächst einmal verdeutlichen die Ergebnisse, dass die Einflüsse der Prädiktoren (also der Variablen auf der linken Seite der Abbildung) in signifikanter Weise über die Identifikation als Musliminnen und Muslime („Identifikation mit der Gemeinschaft der Muslime“ als Mediator) vermittelt werden. Der stärkste Einfluss geht von der Religiosität über die Identifikation mit der Gemeinschaft der Muslime auf islamistisch-fundamentalistische Überzeugungen aus. Die Befunde zeigen auch, dass die direkten Effekte der Prädiktoren „gruppenbezogene Diskriminierung“, „Respekt vor familiären Sitten“, „Religiosität“ und „autoritäre Überzeugungen“ auf „islamistisch-fundamentalistische Überzeugungen“ nach Einführung des Mediators („Identifikation mit der Gemeinschaft der Muslime“) zwar größtenteils signifikant bleiben, sich jedoch deutlich verringern (deshalb grau und gestrichelt gezeichnet).

Außerdem verweisen die Ergebnisse darauf, dass die islamistisch-fundamentalistischen Überzeugungen negative Emotionen gegenüber „dem Westen“ und Vorurteile gegenüber den „Deutschen“ und „dem Westen“ beeinflussen. Über diesen Weg (schwarze Pfeile) können derartige Überzeugungen auch die Akzeptanz von ideologisch begründeter Gruppengewalt befördern.

Für fundamentalistische und radikalisierte Musliminnen und Muslime zählt vor allem die (konstruierte) Identität als „wahre“ Musliminnen und Muslime. Gerade im sehr strengen Werte- und Normensystem des fundamentalistischen Islams liegt demnach seine Attraktivität. Durch das ausschließliche Bekenntnis hierzu wird scheinbar eine Last von den jeweiligen Individuen genommen: Man weiß wieder sicher, wer man ist und was von einem erwartet wird. Zugleich wird man Teil eines Kollektivs, in dem strenge

Werte und Normen starke Gefühle von Homogenität und Geborgenheit erzeugen. Darüber hinaus ist islamistischer Fundamentalismus als eine gewaltbereite Ideologie zu betrachten, welche zur Grundlage von Vorurteilen, negativen Gefühlen und Gewaltbereitschaft gegenüber all jenen werden kann, die diese Ideologie nicht befürworten.

Aber auch hier gilt: Fundamentalismus ist nicht gleich Fundamentalismus. In unseren Studien zeigen sich zumindest drei (statistische) Gruppierungen: Eine Gruppe von Muslimen (42,8 Prozent der Gesamtstichprobe) ohne ausgeprägte fundamentalistische Neigung und ohne politische Gewaltbereitschaft; weiterhin eine Gruppierung (etwa 28,6 Prozent), in der wiederum ca. 20 fundamentalistische Überzeugungen äußern; und zuletzt eine Gruppierung (ebenfalls 28,6 Prozent der Gesamtstichprobe), in der ca. die Hälfte der jungen Muslime starke fundamentalistische Überzeugungen, Vorurteile gegenüber Deutschland und dem Westen und Hass und Wut auf den Westen äußern.

Fazit

Es gibt keinen Grund, die Religiosität der Muslime per se als problematisch anzusehen. Um einem islamistischen Fundamentalismus vorzubeugen, sind allerdings gesellschaftliche Initiativen notwendig, die den Aufbau einer positiven bikulturellen Identität erleichtern und einer kulturellen Entwurzelung entgegenwirken. Eine Demokratie muss deshalb soziale Räume schaffen, um den Muslimen sowohl eine Identifikation mit der deutschen Aufnahmekultur zu ermöglichen, als auch weiterhin eine positive Bindung an deren Herkunftskultur und Religion zu gewährleisten.

Und die Muslime in Deutschland müssen deutlich machen, dass sie die europäischen Werte der Aufklärung im Allgemeinen und die politisch-rechtlichen Grundwerte im Besonderen nicht nur akzeptieren, sondern auch mitgestalten wollen. Integration ist also ein wechselseitiger Prozess, der nur bei gemeinsamem Engagement sowohl der Migranten als auch der deutschen Mehrheitsbevölkerung gelingen kann. Dabei sollten sich sowohl die Muslime als auch die „Mehrheitsgesellschaft“ nicht von Populisten „vor sich hertreiben lassen“, die wechselseitig ein negatives Zerrbild der jeweils anderen Gruppe vermitteln.

In Zeiten von Pegida und AfD keine ganz einfache Aufgabe. ■

18 Mediatoren sind vermittelnde Bedingungen zwischen den möglichen Ursachen und den vermuteten Wirkungen. Prädiktoren sind vorhersagende Bedingungen oder mögliche Ursachen – in empirischen Untersuchungen auch unabhängige Variablen genannt – mit denen Wirkungen (abhängige Variablen) erklärt werden.

19 Frindte/Ben Slama/Dietrich/Pisoiu/Uhlmann/Kausch: Wege in die Gewalt. Motivationen und Karrieren salafistischer Dschihadisten, HSK-Report 1/2016.

„Der Mensch hat kein Bewusstsein im Kampf ums Überleben. Er reagiert.“

Interview: Uta Löhner/Luisa Schmid



Barbara Abdallah-Steinkopff

Dipl. Psych., Psychologische Psychotherapeutin, Psychologin bei REFUGIO München, Ergotherapeutin. Arbeitsschwerpunkt: Psychotherapie traumatisierter Flüchtlinge.

Weiterbildung bei verschiedenen Institutionen für folgende Bereiche: Therapie der Posttraumatischen Belastungsstörung, Kultursensible Beratung und Therapie, Psychotherapie unter Mitwirkung von Dolmetschern sowie Team- und Fallsupervisionen in verschiedenen Einrichtungen.

Auf einer zweitägigen Kooperationstagung der Landeszentrale und der Evangelischen Akademie in Tutzing mit dem Thema „Gewalt – Entgrenzungen und Einhegungen“ im November 2016¹ sprach Psychotherapeutin Barbara Abdallah-Steinkopff (Refugio München) darüber, wie Frauen, die insbesondere in Bürgerkriegssituationen mit extremer Gewalt konfrontiert waren, wieder ins Leben zurückfinden können. Im Interview erzählt sie mehr über ihre Arbeit.

LZ: Bitte erklären Sie uns Ihre Arbeit bei Refugio München.

Barbara Abdallah-Steinkopff: Refugio wurde 1994 gegründet und bietet muttersprachliche Beratung, Begleitung und Behandlung für traumatisierte Flüchtlinge. Zuerst arbeiteten sechs Festangestellte mit – heute sind wir 43! Ich selbst bin seit Beginn hier beschäftigt und finde es sehr spannend, die beiden Bereiche Klinik-Therapie sowie das politisch-historische wie interkulturelle Arbeiten kombinieren zu können.

LZ: Welchen besonderen Herausforderungen müssen sich Psychotherapeuten in ihrer Arbeit im Kontext von Integration stellen?

Barbara Abdallah-Steinkopff: Die Arbeit beruht auf Interkulturalität. Wir betreuen Menschen aus 50 Nationen. Selbstverständlich sind uns viele Unterschiede zwischen Ländern und Menschen bewusst. Doch ist es schlichtweg unmöglich, über alle kulturellen Gegebenheiten oder Traditionen der Ursprungsländer der Patienten Bescheid zu wissen. Wir gehen von einem professionellen Umgang mit dem Nicht-Wissen aus. Um unsere Arbeit leisten zu können, benötigen wir Dolmetscher, die auch als Kulturmittler zu verstehen sind. Oftmals bauen die Patienten selbst eine Brücke und vermitteln, wenn man sie zu ihren kulturellen Hintergründen fragt. Sie wissen ja am besten über ihre eigene Kultur Bescheid. Entscheidend ist für uns, dass wir aufgrund der unterschiedlichen Verhaltensweisen der Patienten ihre jeweilige Symptomatik zu verstehen. Nur so können wir ihnen helfen.

LZ: Mit welchen Menschen haben Sie zu tun? Wo kommen diese her? Um welche Themen geht es dabei?

Barbara Abdallah-Steinkopff: Die Menschen haben Traumata. Meist haben sie entweder in ihrem Herkunftsland

oder auf der Flucht Schlimmes erlebt. In vielen Fällen trifft auch beides zu. Eine jede Flucht ist mit Gefahren und Entbehrungen verbunden. Man kann fast sagen, sie ist mit traumatischen Erlebnissen gepflastert. Der Weg aus Eritrea zum Beispiel führt zum Beispiel durch die Sahara und über das Mittelmeer. Speziell Frauen, aber auch Männer, sind sexuellem Missbrauch ausgesetzt. Manchmal werden Mädchen zum Schutz früh verheiratet, um dem Missbrauch entgegen zu wirken. Zudem kommen sie ohne Schlepper nicht ans Ziel. Viele Betroffene waren erst Binnenflüchtlinge und sind dann in ein Nachbarland geflohen. Wenn auch dort die Versorgung zu schlecht ist, sehen viele nur eine einzige Chance: ihre Heimat endgültig zu verlassen und ins weitentfernte Europa zu gehen.

LZ: Wie kann man mit Traumatisierungen solcher Art bei Geflüchteten umgehen?

Barbara Abdallah-Steinkopff: Wir sprechen von einem Drei-Säulen-Modell: dem Trauma selbst (erfahren im Herkunftsland und auf der Flucht) und den Folgestörungen, dem Migrationsprozess mit seinen Auswirkungen, i.S. von Postmigrationsstressoren, und dem Leben unter für sie schwierigen (Exil-)Bedingungen. Diese drei Punkte spielen meist zusammen und machen eine Behandlung notwendig. Da die Bedürfnisse und Probleme der – meist unfreiwilligen – Migranten sehr komplex sind, arbeiten wir interdisziplinär. Wir kooperieren mit Sozialpädagogen, aber auch mit Rechtsanwälten und Ärzten. Meist sind es Betreuer aus den Unterkünften, die mit uns Kontakt aufnehmen. Teilweise werden Patienten auch von psychiatrischen Einrichtungen überwiesen oder kommen über die Bezirkssozialarbeit zu uns.

Die Menschen, die sich auf den Weg machen und ihre Heimat zurück lassen, verfügen über viele Ressourcen. Die meisten verfallen nach der Ankunft in Deutschland erst einmal in ein Loch. Sie sind völlig erschöpft und fühlen sich schwach. Ihnen ist oft gar nicht mehr bewusst, wie sie die Flucht überhaupt bewerkstelligen konnten.

.....
¹ Tagungsbericht vgl. <http://www.ev-akademie-tutzing.de/aktuelles-presse/tutzing-thesen/>.

Erst im Gespräch kristallisiert sich nachträglich eine Überlebensstrategie heraus. Im Überlebensmodus sind Menschen zu Ungeahntem fähig. Erst nach dieser langen Reise mit Angst, Not und Gewalt machen sich die Folgen bemerkbar. Die Patienten leiden an Schlafstörungen, Flash Backs (nachhaltigem Wiedererleben) oder Nervosität bzw. Übererregung – alles Kennzeichen einer Posttraumatischen Belastungsstörung. Das Trauma ist wie ein Schatten. Nicht selten versuchen die Betroffenen sich selbst zu helfen. Sie beruhigen sich mit Alkohol oder Drogen. Die Methode Therapie ist in vielen Ländern, aus denen die Menschen kommen, nicht bekannt oder gar verpönt. Deshalb suchen die Traumatisierten uns auch meist nicht auf Eigeninitiative auf.

LZ: Die Betroffenen kommen in eine Gesellschaft, von der sie viel gehört haben und die ihnen als Schutzraum dient. Gleichzeitig ist ihnen dieser neue Raum aber völlig fremd. Welche Erfahrungen machen Sie damit?

Barbara Abdallah-Steinkopff: Wichtig ist ein early access. Je eher wir die Geschädigten erreichen, desto wirksamer ist unsere Arbeit. Solch eine Behandlung dauert meist nicht länger als sechs Monate. Wir wollen die Flüchtlinge stabilisieren und zur Selbsthilfe anregen. Viele benötigen aber eine Langzeitbetreuung mit unterschiedlichen Frequenzen (mal sind mehr Therapiestunden notwendig, mal weniger). Ihre Lebensbedingungen hier sind äußerst schwierig – deshalb kommt es oft zu Krisen. Problematisch sind auch Trigger (Auslöser), die sie an ihre Erlebnisse erinnern. Es kann sich hierbei – in hier ganz normalen Alltagssituationen – zum Beispiel um Wasser oder Enge handeln. In einem solchen Fall können die schlimmen Bilder und Erinnerungen wieder hochkommen. Die meisten der Patienten genießen kaum Privatsphäre oder haben keinen sicheren Aufenthaltsstatus. Die Betroffenen leben mit dem Gefühl, morgen das Land ggf. schon wieder verlassen zu müssen. Ein Einleben ist unter solchen Umständen manchmal kaum möglich.

LZ: Wie nehmen die Geflüchteten diese Welt wahr?

Barbara Abdallah-Steinkopff: Ein Problem stellen falsche Erwartungen dar. Viele Migrant*innen empfinden es so, dass ‚Mitgebrachtes‘ (eine Ausbildung, ein Studium oder ihr Knowhow) nichts wert ist. Es ist, als ob sie ihre Biografie an der Grenze abgegeben hätten. Sie müssen von „Null“ starten. Dieses Gefühl darf nicht unterschätzt werden. Viele Kompetenzen bleiben ungenutzt. „Akademiker findet man am Taxistand“, wie es Annette Schavan einmal ausgedrückt hat. Alles hängt vom Willen der Flüchtlinge

plus den Bedingungen im Ankunftsland bzw. vom Willen der aufnehmenden Bevölkerung ab.

LZ: Machen sich in diesem Kontext kulturelle Gräben bemerkbar?

Barbara Abdallah-Steinkopff: Ich finde es besser nicht zwischen Kulturen oder Religionen zu unterscheiden, sondern von verschiedenen Milieus zu sprechen. Es bestehen zum Beispiel große Diskrepanzen zwischen Stadt- und Landbewohnern und ihren Gewohnheiten. Die Leute aus Großstädten wie Aleppo, Damaskus, Kabul oder Teheran und München handeln oft ähnlich, ebenso wie die Bewohner der ländlichen Gebiete – selbst wenn sie aus verschiedenen Ländern und Kontinenten stammen. Ich möchte damit sagen, dass die Unterschiede zwischen den Milieus häufig größer sind, als die zwischen den Kulturen.

LZ: In unserer Gesellschaft gibt es viele Ängste über den Umgang mit der 2015 neu entstandenen Situation. Was würden Sie der politischen Bildung für Anregungen geben?

Barbara Abdallah-Steinkopff: Wenn es um die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft geht, stimme ich Prof. Dr. Annette Treibel-Illian aus Karlsruhe zu. Sie spricht von einem Leitbild für das Einwanderungsland Deutschland und Integrationskursen für alle – also Deutsche wie Geflüchtete. Der Kontakt und Austausch zwischen beiden Parteien muss gefördert werden, um Ängsten zu begegnen. Die Bevölkerung muss mitgenommen werden. Hier gibt es einige Initiativen, wie in München SteG“. Sie setzt sich für Konfliktlösung ein und vermittelt zum Beispiel im Rahmen einer Bürgerversammlung zwischen Flüchtlingen und Anwohnern.

LZ: Wie verknüpfen Sie die Arbeit der Traumabewältigung mit dem interkulturellen Aspekt?

Barbara Abdallah-Steinkopff: Wichtig sind uns bei Refugio die muttersprachliche Behandlung und die Sensibilität für die kulturellen Unterschiede (Kultursensibilität). Wir bieten Elternseminare an, die sich mit der Kindeserziehung beschäftigen. Hier arbeiten Männer und Frauen, sogenannte Elterntrainer, aus den Herkunftsländern und bieten Beratung in der Muttersprache der Flüchtlinge. Diese Seminare sollen helfen, den Eltern Orientierung im neuen Umfeld zu bieten. Unser Personal verfügt über Kenntnisse der Situation im Herkunfts- und Ankunftsland. Dies trägt zum Erfolg unserer Projekte bei.

Wir legen viel Wert auf Vernetzung und in Einzelfällen ist ein Austausch mit Kirchen oder Moscheen hilfreich, da diese ein hervorragendes Wertesystem vermitteln. Diese

Einrichtungen können in Einzelfällen als Stütze für unsere Therapie genutzt werden. Man muss die Institutionen aber kennen und prüfen, um Radikalen und Fundamentalisten keinen Zugang zu diesem Prozess zu ermöglichen. Auch bei der Wahl der Dolmetscher achten wir zum Beispiel darauf.

LZ: Sie haben auf der Tagung zum Thema Gewalt in Tutzing erzählt, dass Sie viel mit Tätern zu tun hatten, die selber traumatisiert wurden – wie etwa Kindersoldaten. Wie sehen solche Lebensläufe aus? Wie sind Opfererfahrungen mit Täterhandeln verknüpft?

Barbara Abdallah-Steinkopff: Der Umgang mit ehemaligen Kindersoldaten, die zwangsrekrutiert wurden, ist äußerst schwierig. Wurden Kinder in ganz jungen Jahren, beispielsweise mit acht, gekidnappt und zu Kämpfern ausgebildet, hat das massive Auswirkungen auf die kindliche psychosoziale Entwicklung. Wenn aber Jugend-

liche betroffen sind, können sich diese oftmals auf ihr vorheriges Wertesystem und auf erlebte gute Bindungen zurückbesinnen. Die Vulnerabilität von Kindern ist viel höher, doch 17-Jährige haben in einigen Fällen noch eine tragfähige Bindung zu ihren Normen und Werten vor der Rekrutierung.

Die Schuldfrage oder -zuweisung ist in solchen Fällen nicht einfach. Viele dieser Klienten erleben Flash Backs und sehen dann ihr Opfer vor sich. Um ihrer massiven Schuld begegnen zu können, helfen Tätigkeiten.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Möglichkeiten des Einsatzes von Flüchtlingen als Multiplikatoren für ihre Landsleute noch mehr genutzt werden könnten. Ihre Kompetenzen helfen anderen Geschädigten. Gleichzeitig fungieren sie als Vorbild dafür, sich in einer neuen Gesellschaft zurecht zu finden.

LZ: Danke für das Gespräch. ▲

Was sind Traumata?

Ein Trauma ist oft Resultat von Gewalteinwirkung – sowohl physischer wie psychischer Natur. In der Medizin versteht man unter Trauma eine Verletzung, Schädigung oder Wunde, die durch Gewalteinwirkung von außen entsteht. Aus psychologischer Sicht beschreibt Trauma eine seelische Verletzung, resultierend aus einem belastenden Ereignis. In vielen, wenn auch nicht in allen Fällen, sind diese eng miteinander verknüpft, die Traumatisierungen erfolgen oftmals sogar zeitgleich oder bedingen sich. Klassische Beispiele sind hier die posttraumatischen Belastungsstörungen verletzter Soldaten, Flüchtlinge, von Opfern von Gewaltverbrechen oder Unfallopfern. Traumatisierungen, die zunächst rein psychischer Natur sind, können sich in der Folge in psychosomatischen Leiden niederschlagen.

Quelle: <http://www.deutsche-traumastiftung.de/traumata/> [Stand: 30.11.2016]

Politikfeld Wald

von Michael Suda und Stefan Schaffner



Herbststimmung im Steigerwald

Foto: picture-alliance/Fotograf: Nicolas Armer

Begreift man Politik als einen gesellschaftlichen Handlungsprozess zur Regelung interessenbedingter Konflikte über Werte, so kann dieser Prozess am Beispiel des Waldes exemplarisch dargestellt werden: Denn bei Waldthemen treten diese verschiedenen Interessen und Werthaltungen deutlich in Erscheinung. Sie basieren auf unterschiedlichen Rationalitäten, die sich in der politischen Arena um Durchsetzung oder Zustimmung bemühen.

Handlungslogiken können mitunter sehr widersprüchlich sein. Unsere Gesellschaft kennt nach Paul Diesing fünf Archetypen von Rationalitäten:¹

- Technische Rationalität: Mittel-Zweck-Orientierung,
- Ökonomische Rationalität: Nutzenorientierung im Sinne einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsmehrung,
- Soziale Rationalität: die Integration von Akteuren in sozialen Systemen steht im Mittelpunkt,
- Juristische Rationalität: Orientierung am System der Rechte und Pflichten,
- Politische Rationalität: Orientierung an der Frage des Machtgewinns bzw. des Machterhalts.

Mit Blick auf die heutige Gesellschaft muss diese Aufzählung außerdem um einen weiteren Archetyp, die Ökologische Rationalität, erweitert werden. Dreh- und Angelpunkt dieser Perspektive ist die Orientierung an ökologischen, dauerhaften Systemen, deren Schutz Vorrang vor ihrer Nutzung hat.

Diese Archetypen dienen als Maßstab, um die Ausprägung konkreter Rationalitäten von Gruppen zu bestimmen.² Handlungen, die von einer Gruppe als rational angesehen werden, bewertet eine andere Sinngemeinschaft als irrational. So wird zum Beispiel eine Handlung im Wald aus der ökonomischen Perspektive anders bewertet als aus einer ökologischen. Eine Handlung wird demnach nicht nach den Kategorien wahr/falsch, sondern rational/irrational bewertet. Diese Kategorisierung erfolgt nicht entlang eines objektiven wissenschaftlichen Maßstabs. Wissenschaft kann jedoch dazu dienen, diese unterschiedlichen Rationalitäten zu beschreiben.³

.....

1 Vgl. Paul Diesing: Reason in Society. Five Types of Decisions and their Social Conditions, Urbana 1962.

2 Vgl. Kuno Schedler/Johannes Rüegg-Stürm (Hg.): Multirationales Management. Der erfolgreiche Umgang mit widersprüchlichen Anforderungen an die Organisation, Bern 2013, S. 49.

3 Vgl. Monika Arzberger/Anika Gaggermeier/Michael Suda: Der Wald. Ein Wohlfühlraum. Die Wahrnehmung von Wald und Waldbewirtschaftung in der Bevölkerung. Folgerungen für die Kommunikation der forstlichen Akteure, in: LWF aktuell 107 (2015), S. 9–13.

Vorhandene, unterschiedliche Rationalitäten sind oft also nur bedingt vereinbar, was zu Konflikten in der politischen Arena führt. Die vorliegende Analyse zeigt auf, dass im Umfeld des Waldes zwischen der Ebene der Diskurse und der Objektebene deutliche Brüche auftauchen können. Im Vergleich zu anderen Politikfeldern bezieht sich die Waldpolitik auf die sichtbare, abgrenzbare, und „objektiv“ beschreibbare Entität Wald, die in der Bundesrepublik Deutschland ein Drittel der Landoberfläche bedeckt und damit allgegenwärtig ist. Jeder in unserer Gesellschaft hat (zwar unterschiedlich ausgeprägte) eigene Erfahrungen mit dem Phänomen Wald, das Thema trifft daher auf breites Interesse in unserer Bevölkerung.

Die politischen Auseinandersetzungen über den Wald sind deutlich sichtbar in der Verteilung der Waldflächen, der Zugänglichkeit, der Nutzung, den Debatten über die Auswirkungen von anthropogenen und natürlichen Einflüssen auf den Wald sowie letztlich in den Waldstrukturen. Der tatsächliche Waldzustand ist somit – neben den natürlichen Einflussfaktoren der Umweltbedingungen – ein Spiegelbild dafür, wie sich diese politischen Aushandlungsprozesse auf die menschlichen Handlungen und Handlungsmöglichkeiten auswirkten und welche Ergebnisse erzielt werden konnten.

Im Rahmen dieses Beitrages, der sich überwiegend auf Bayern bezieht, werden am Beispiel des Waldes historische und politische Entwicklungen nachgezeichnet. Ausgangspunkt der Überlegungen bilden die Waldflächenverteilung, die Waldzusammensetzung und die Waldbesitzverteilung. In argumentativ geführten Auseinandersetzungen über den Wald treffen die Rationalitäten des Wirtschaftsraumes, des sozialen Raumes und des Naturraumes aufeinander. In das Zentrum der Überlegungen wird die Frage gestellt, wie politische Akteure mit diesen unterschiedlichen, widersprüchlichen Rationalitäten umgehen oder umgehen können. Ein weiterer Abschnitt stellt die Wahrnehmung und Bewertung des Waldes durch einzelne Bürger oder gesellschaftliche Gruppierungen in den Mit-

telpunkt. Den Abschluss bildet eine Analyse des gegenwärtig vorherrschenden Diskurses über Holznutzung oder Flächenstilllegung und die konzeptuelle Strahlkraft, die mit den Begriffen Segregation und Integration aufgebaut wird.

Das grüne „Drittel“ – Walderhaltung

Die Waldverteilung in Deutschland ist in den Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt.

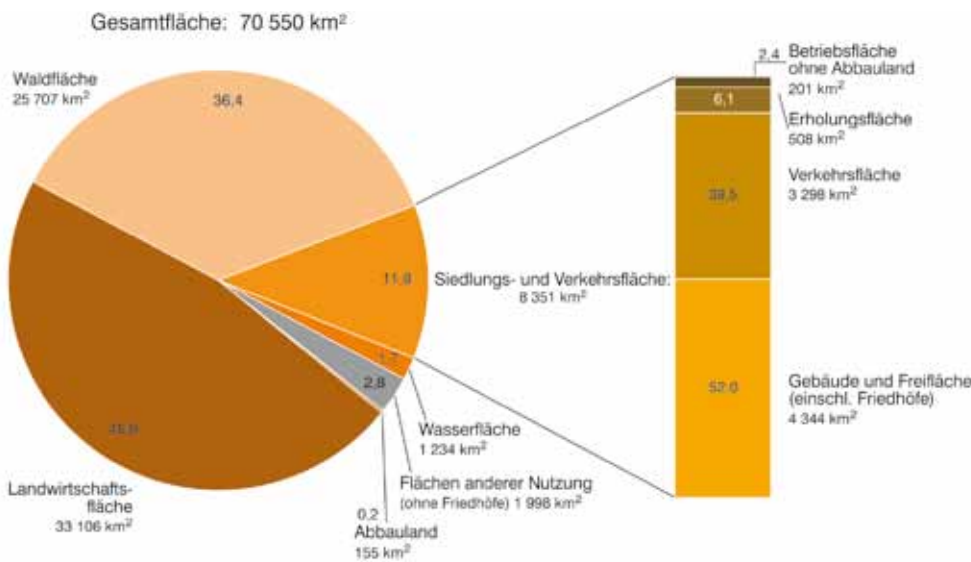
Insgesamt ist knapp ein Drittel der Fläche der Bundesrepublik Deutschland bewaldet, nämlich 32 Prozent. Dies entspricht 11,4 Millionen Hektar (ha). Die Bandbreite unter den Ländern reicht von einem Bewaldungsprozent von 42 Prozent in Rheinland-Pfalz bis zu elf Prozent in Schleswig-Holstein. Besonders hohe Bewaldungsprozente weisen die Mittelgebirge auf.⁴

Ein Drittel (ca. 2,6 Millionen ha) der Fläche in Bayern ist Wald. Er bildet, folgt man einer zentralen Metapher, „die grüne Lunge“ Bayerns und ist vielfach Bestandteil im Begriff der „Bayerischen Heimat“. Bereits diese Metapher und der Rang, den der Wald in Heimatvorstellungen einnimmt, verdeutlichen, unabhängig von ihrem Wahrheits-

gehalt, eine besondere Wertschätzung für die mit Waldbäumen bestockten Flächen.

Schätzungen gehen davon aus, dass ohne menschlichen Einfluss 70 Prozent der Landesfläche mit Wald bestockt wären. Zu Beginn der menschlichen Besiedelung unserer Landschaftsräume war Wald im Überfluss vorhanden – und allgegenwärtiges Kulturhindernis. Seit dem Mittelalter wurde dieser Anteil in mehreren Rodungswellen auf 30 Prozent reduziert. Durch das stetige Bevölkerungswachstum ab der Neuzeit stieg der Nutzungsdruck auf die Wälder örtlich stark an und führte zu einer enormen Rohstoffknappheit. Vor allem die aufkommenden energieintensiven und damit in dieser Zeitepoche holzverbrauchenden Gewerbe (Glashütten, Bergbau, Salinen) standen dabei häufig in Konkurrenz zu den Ansprüchen der lokalen Bevölkerung. Weite Teile der Wälder wurden zudem intensiv landwirtschaftlich genutzt (Vieheintrieb, Streunutzung). Durch erste Wald- und Forstordnungen sollte die Nutzung der Wälder geregelt werden. Sie markieren den Übergang von Überfluss zu Knappheit in der Auseinandersetzung mit Wald.

Bodenfläche Bayerns zum 31. Dezember 2014 nach Nutzungsarten
 Ergebnisse der Flächenerhebung – Anteile in Prozent



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, München, 2015, <https://www.statistik.bayern.de/statistik/gebiet/#> [Stand: 29.11.2016]

4 Vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Der Wald in Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur, Berlin 2016.



Historischer Kupferstich Schloss Zeil mit Umgebung
 Quelle: © Waldburg-Zeil'sches Gesamtarchiv Schloß Zeil

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren viele Wälder weitgehend devastiert; die nutz- und bringbaren und damit verfügbaren Holzvorräte waren entsprechend aufgebraucht. Die Einführung der Steinkohle als fossiler Brennstoff, sowie der Eisenbahnausbau haben den Druck, der auf den Wäldern als Hauptenergielieferant lastete, verringert. In dieser Atempause konnten sich die Wälder wieder erholen. Durch Saat und Pflanzung konnten sie wieder aufgebaut werden, weil die Nachfrage nach dem Brennstoff Holz durch die Kohle kompensiert werden konnte. Insgesamt blieb jedoch der Anteil der Waldflächen stabil. Heute noch existierende große zusammenhängende Waldgebiete wurden schon sehr früh mit einem Bann belegt. Weniger die Holzproduktion, als vielmehr das Jagdvergnügen der Landesherrschaft und des Adels stand im Vordergrund und ein Erhalt dieser Wälder konnte durch die Machtbefugnis der Fürsten durchgesetzt werden. Andere Nutzungen waren weitgehend ausgeschlossen. Es handelt sich hier also um eine sehr frühe Form der Segregation.

Seit der Neuzeit und der später einsetzenden Industrialisierung kam es vor allem in den Verdichtungsräumen Nürnberg und München für den Bau von Siedlungen und Infrastruktureinrichtungen zu umfangreichen Rodun-

gen. Wald wurde in andere Formen der Landnutzung, wie Landwirtschaft, Siedlung, Infrastruktur, Industrie, Gewerbe umgewandelt. Die Zunahme der Walderholung seit den 1960er Jahren hat zu einer veränderten Betrachtung der Rolle der Wälder, vor allem im Umfeld von Verdichtungsräumen, geführt. Die gesellschaftliche Bedeutung der Wälder wurde überwiegend aus einer funktionalen Perspektive der sogenannten Waldfunktionen (Wasserschutz, Klimaschutz, Erosionsschutz, Biotopschutz) wahrgenommen. Die intensive Thematisierung insbesondere der Schutzaspekte hat zu der Vorstellung geführt, dass die Wälder selbst geschützt werden müssen, da sie menschliche Grundbedürfnisse (Wasser, Luft) sicherstellen und damit unabdingbar für die Daseinsvorsorge sind. Rechtlich niedergeschlagen hat sich diese Grundhaltung und Überzeugung im sogenannten „Bannwald“. Dieser ist nach der Definition des Bayerischen Waldgesetzes (BayWaldG) Wald in Verdichtungsräumen und waldarmen Gebieten, der unersetzlich ist. Die Rodung ist nur in Ausnahmefällen möglich und erfordert laut Gesetz entsprechende Kompensationsmaßnahmen in Form von Aufforstungen an räumlich funktional gleicher Stelle, um die Waldflächensubstanz in diesen Räumen



Die Reichsstadt Nürnberg mit dem sie umgebenden Reichswald – Deckenfarbenmalerei auf Pergament, vor 1516
 Quelle: picture-alliance/Fotograf: akg-images

zu erhalten. Betrachtet man die Entwicklung der Waldfläche in Bayern, so verweisen die Statistiken heute auf eine positive Flächenbilanz. Der sogenannte „Flächenfraß“, also die Ausdehnung von Siedlung, Industrie und Gewerbe erstreckt sich überwiegend auf landwirtschaftlich genutzte Flächen. Erforderliche Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen werden wiederum überwiegend in landwirtschaftlich genutzten Gebieten durchgeführt. Auch in diesen Statistiken spiegelt sich die heutige enorme Wertschätzung der Wälder wider. Prosperierende, flächenverbrauchende Entwicklungen finden überwiegend in Ballungsräumen und damit tendenziell bereits waldärmeren Gebieten statt, während waldreiche, peripher gelegene Räume sich mit dem Prädikat strukturschwach schmücken dürfen.

Offensichtlich werden gerade in waldarmen Räumen erwartete politische Widerstände bei der Inanspruchnahme von Waldflächen deutlich höher eingeschätzt als mögliche Ertragswerte bei einer Umwandlung von Wald in andere Nutzungsformen. Sowohl die gesellschaftliche als auch die politische Wertschätzung von Wäldern haben zusammen mit rechtlichen Bestimmungen zu einer Situation geführt, in der Waldflächen für die Entwicklung anderer Landnutzungsarten weitgehend tabu sind. Verän-

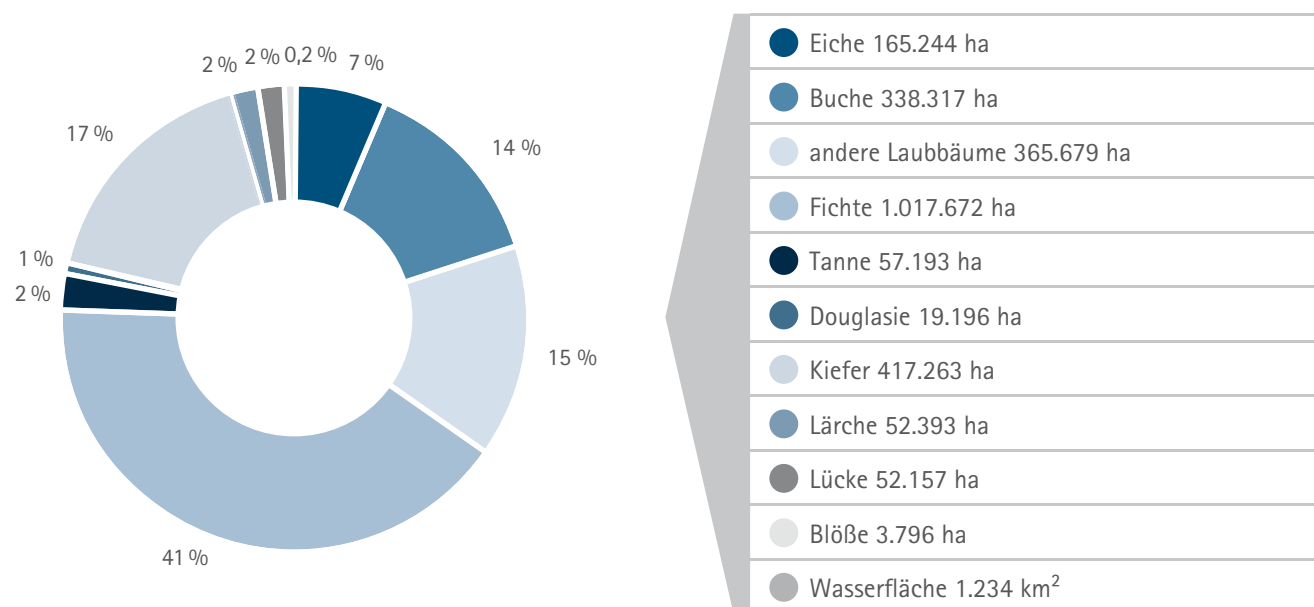
derte Werthaltungen, seien sie wirtschaftlich existenziell oder anderweitig begründet, können jedoch dazu führen, dass derartige Widerstände als Entwicklungshemmnis aus einer „vergangenen“ Zeit definiert werden, die es zu modifizieren oder beseitigen gelte.

Die aktuelle Diskussion um die Zone C des Alpenplans, der 2012 bei seinem 40-jährigen Bestehen als Best-Practice-Modell⁵ gefeiert wurde, verdeutlicht, dass starre Grenzen, die Entwicklungen entgegenstehen, keine statischen Einrichtungen sind. Die Zone C oder die „Ruhezone“ ist als streng geschützte Zone konzipiert, in der alle Verkehrsvorhaben außer notwendigen landeskulturellen Maßnahmen für die traditionelle Land- und Forstwirtschaft explizit unzulässig sind.⁶ Das nachhaltige Ansinnen von zwei Allgäuer Gemeinden hat dazu geführt, dass über diese Festlegung intensiv politisch diskutiert wird. Werte und Wertschätzungen verändern sich und Politik reagiert auf Veränderungen entsprechend.

5 Vgl. Hubert Job/Hellmut Fröhlich/Anna Geiger/Felix Kraus/Marius Mayer: Der Alpenplan. Eine raumplanerische Erfolgsgeschichte, in: Hubert Job/Marius Mayer (Hg.): Tourismus und Regionalentwicklung in Bayern (Arbeitsberichte der ARL, Nr. 9) Hannover 2013, S. 213–242, hier S. 239.

6 Vgl. Job/Fröhlich/Geiger/Kraus/Mayer (wie Anm. 5), S. 219.

Waldfläche in Bayern nach Baumartengruppe



Daten: Dritte Bundeswaldinventur 2012, [https://bwi.info/inhalt1.3.aspx?Text=1.04%20Baumartengruppe%20\(rechnerischer%20Reinbestand\)&prrolle=public&prInv=BWI2012&prKapitel=1.04](https://bwi.info/inhalt1.3.aspx?Text=1.04%20Baumartengruppe%20(rechnerischer%20Reinbestand)&prrolle=public&prInv=BWI2012&prKapitel=1.04) [Stand: 29.11.2016]

Die Veränderung des Waldkleides

Von Natur aus wären in Bayern zwei Drittel der Waldfläche mit Laub-, ein Drittel mit Nadelbäumen bestockt. Auf die Baumartenzusammensetzung hat der Mensch bereits sehr früh Einfluss genommen. In Wäldern, in denen überwiegend Landwirtschaft in Form von Weide betrieben wird, spielte z.B. die Eiche als Früchte tragende Baumart eine zentrale Rolle in der Schweinemast. Dies führte zu einem deutlichen Rückgang der Buche und einer Tradition der Eichenwirtschaft. In Niederwäldern wurden und werden in einem bestimmten Turnus alle Bäume genutzt (auf den Stock gesetzt⁷). Mit dieser Wirtschaftsweise wurden Baumarten protegirt, die die Fähigkeit besitzen, aus dem Stock auszuschlagen.

Infolge der Devastierung (Zerstörung) der Wälder im 18. Jahrhundert wurde eine moderne wissenschaftsbasierte Forstwirtschaft, die ihren strukturellen Niederschlag in Forstverwaltungen fand, eingeführt. Große, devastierte Kahlfächen können aktiv am besten mit frost- und trockenresistenten Schlussbaumarten wie Kiefern und Fichten begründet werden. Der Umbau der einst laubholzdominierten Wälder in nadelholzreiche Bestände (Kiefer, Fichte) fand mit der wissenschaftlich begründeten Reiner-

tragslehre seinen Höhepunkt. Nadelreinbestände prägen heute noch das Waldbild. Neben der Etablierung einer planmäßigen Holznutzung wurde zu dieser Zeit die Entflechtung von der landwirtschaftlichen Nutzung in den Wäldern als besondere Herausforderung gesehen. Die Streunutzung⁸ in den Wäldern spielt heute praktisch keine Rolle mehr, die Weide findet noch auf wenigen Flächen im Bayerischen Alpenraum und im Bayerischen Wald traditionsgemäß statt. Die land- und forstwirtschaftliche Nutzung wurde somit auf den meisten Flächen segregiert. Aus der Perspektive des Artenschutzes sind jedoch die Streunutzung und die damit verbundene Verarmung des Bodens oder durch Weide licht gehaltene Wälder durchaus interessant und erhaltenswert. Die Arten haben sich an dieses Nutzungsregime angepasst, so dass eine natürliche Entwicklung den „Lebensraum“ zerstört. Der Kampf um die letzten Flechtenkiefernwälder, die bis jetzt über 90 Prozent ihrer Ausdehnung in Bayern verloren, veranschaulicht die Folgen dieser Entwicklung.

Vor allem großflächige abiotische und biotische Schadensereignisse (Insektenkalamitäten, Windwürfe, etc.) haben bei zahlreichen politischen Akteuren eine kritische Sicht auf die weit verbreiteten Nadelholzreinbestände

⁷ Bäume verfügen über die Möglichkeit, aus dem Stock (Baumstumpf) neue Triebe zu bilden. Diese Fähigkeit ist bei den Baumarten sehr unterschiedlich ausgeprägt.

⁸ Wenn in Wäldern die Laub- oder Nadelstreu entfernt wird, so bezeichnet man dies als Streunutzung. Die Streu wurde meist als Einstreu in der Viehhaltung verwendet.



Douglasie, junger Zapfen

Foto: ullstein bild – image broker/Tony Wharton/FLPA

geschärft. Die kollektiven Erfahrungen, die in Krisen von Forstbetrieben nach großen Schadereignissen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kulminierten, haben schließlich dazu geführt, dass sich das Ideal des gemischten Waldes sowie das Konzept einer naturnahen Waldbewirtschaftung zu Leitvorstellungen entwickeln konnten. Aktuelle Studien zeigen, dass in gemischten Wäldern das Risiko von Katastrophen deutlich vermindert ist, dass der Gesamtholzzuwachs steigt und dass Forstbetriebe langfristig wirtschaftlich erfolgreicher agieren.

Die Baumartenzusammensetzung in Bayern zeigt, dass die Fichte mit 42 Prozent, gefolgt von der Kiefer (17 Prozent) in den Waldbildern noch häufig eine prägende Rolle einnehmen. Buchen sind heute mit einem Flächenanteil von 14 Prozent vertreten, die Eichen mit sieben Prozent. Fremdländische Baumarten, die in anderen Ländern der Erde auf weiten Flächen vertreten sind, spielen bislang eine untergeordnete Rolle. So nimmt die Douglasie, die vor allem im Zusammenhang mit dem Klimawandel als geeignete Baumart gesehen wird, einen Flächenanteil von einem Prozent ein. In politischen Auseinandersetzungen wird der Anbau dieses Baums ausgesprochen kontrovers

diskutiert. An diesem Beispiel lassen sich die unterschiedlichen Werthaltungen gesellschaftlicher Gruppen im Umfeld des Waldes sehr gut anhand von argumentativen Erzählstrukturen⁹ (Narrativen) illustrieren.

Storyline 1 – Die „böse“ Douglasie

Die Douglasie ist invasiv, kann sich also nach ihrer Pflanzung unkontrolliert in den Wäldern ausbreiten. Die Waldbesitzer bringen diese Baumart auch in Buchenbeständen ein, um weiterhin mit Nadelholz Profit zu machen. Der Buchenwald ist also durch den Anbau massiv in Gefahr und auf einen Anbau soll daher verzichtet werden. Aktivisten von Greenpeace haben zum Beispiel 2012 gepflanzte Douglasien aus Buchenbeständen entfernt und durch Buchen ersetzt. Die Douglasien wurden dann öffentlichkeitswirksam vor dem Bayerischen Landwirtschaftsministerium platziert.¹⁰

9 Vgl. Günther Dobler: Überzeugen durch Erzählstrukturen. Überlegungen für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit, in: LWF aktuell 106 (2015), S. 48–52.

10 Vgl. Günther Dobler/Michael Suda/Franziska Höhensteiger: Die Greenpeace-Kampagne im Spessart, in: AFZ-DerWald (2014), H. 2, S. 23–27.

Storyline 2 – Die „gute“ Douglasie

Die Douglasie ist eine Baumart, die mit dem zu erwartenden Klimawandel zurecht kommt. Sie wird daher von den Bewirtschaftern zur Stabilisierung der Wälder eingebracht, damit Wälder auch künftig ihre Funktionen zum Wohle der Gesellschaft erfüllen können. Die Douglasie ist aufgrund des schnellen Wachstums auch durchaus ökonomisch interessant und könnte die Fichte auf kritischen Standorten ersetzen.

Vor allem vor dem Hintergrund eines erwarteten Klimawandels werden nadelholzdominierte Altersklassenwälder aus naturschutzfachlicher, aber auch forstfachlicher Sicht kritisch betrachtet. Politische Maßnahmen zielen darauf ab, durch weiche Instrumente (Beratung, Förderung) stabile, gemischte, strukturreiche, vitale und klima-

tolerante Wälder aufzubauen. Die Erkenntnisse zum Klimawandel und die hieran anknüpfenden Debatten haben dazu geführt, dass der Begriff Klimatoleranz, Eingang in die Leitvorstellungen über zukünftige Waldstrukturen gefunden hat.

Wem gehört der Wald?

Die Waldbesitzverteilung gestaltet sich historisch bedingt in den Bundesländern sehr unterschiedlich. So liegt der Privatwaldanteil in Hessen bei 24 Prozent in Nordrhein-Westfalen bei 67 Prozent. Der Staatswaldanteil schwankt zwischen 17 Prozent in Nordrhein-Westfalen und 50 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Der Körperschaftswaldanteil liegt in Rheinland-Pfalz bei 46 Prozent in Niedersachsen bei 7 Prozent.

Waldfläche nach Regierungsbezirken und Eigentumsarten in Hektar

Regierungsbezirke in Bayern	Staatswald (Bund)	Staatswald (Land)	Körperschaftswald	Privater Wald	alle Eigentumsarten
Oberbayern	6.001 ha	262.057 ha	37.407 ha	328.873 ha	634.339 ha 24,3 %
Niederbayern	1.600 ha	82.818 ha	10.402 ha	265.259 ha	360.080 ha 13,8 %
Oberpfalz	30.007 ha	101.620 ha	19.604 ha	268.653 ha	419.885 ha 16,1 %
Oberfranken	1.600 ha	96.621 ha	23.204 ha	171.832 ha	293.257 ha 11,3 %
Mittelfranken	1.197 ha	60.230 ha	33.705 ha	150.974 ha	246.106 ha 9,4 %
Unterfranken	11.203 ha	91.213 ha	160.032 ha	97.621 ha	360.068 ha 13,8 %
Schwaben	2.386 ha	83.113 ha	38.574 ha	167.820 ha	291.894 ha 11,2 %
alle Regierungsbezirke Bayerns	53.994 ha 2,1 %	777.673 ha 29,8 %	322.929 ha 12,4 %	1.451.033 ha 55,7 %	2.605.628 ha

Land: Bayern: Jahr 2012

Bezug: gesamter Wald, einschließlich Lücken in der Bestockung bzw. im Bestand; reeller Flächenbezug (Trackteckenanteil); Datengrundlage: Hochrechnung der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft vom 05.05.2014, <http://www.bundeswaldinventur.bayern.de/080816/index.php>

Die gegenwärtige Besitzverteilung ist Ausdruck von historischen politischen Prozessen. In Bayern gehören 30 Prozent dem Staat, 13 Prozent unterschiedlichen Besitzern von Körperschaftswald. Zwei Prozent befinden sich im Eigentum des Bundes. Der überwiegende Teil von 55 Pro-

zent ist Privatwaldbesitz. Für die Besitzarten gelten unterschiedliche rechtliche Regelungen. So dient der Staatswald dem Gemeinwohl in besonderem Maße und ist daher vorbildlich zu bewirtschaften. Im Vergleich zu anderen Waldgesetzen der Bundesrepublik Deutschland sind die Vor-

schriften für den Privatwald in Bayern traditionell liberal ausgerichtet, da die Idee einer Eigenverantwortlichkeit des Eigentums innerhalb der politischen Mehrheiten über lange Zeit auf stabilen Werthalten basiert.

Privatwald im Wandel¹¹

54 Prozent des Waldes in Bayern befinden sich in privatem Besitz von ca. 700.000 Waldbesitzern.

Der Waldbesitz verteilt sich jedoch nicht gleichmäßig auf die Eigentümer, sondern folgt einer typischen Lorenzkurve. 56 Prozent der Waldbesitzer nennen weniger als einen Hektar ihr Eigen. Häufig ist die Fläche parzelliert. Insgesamt gehören diesen Waldbesitzern acht Prozent der Fläche. Drei Prozent der Waldeigentümer besitzen mehr als 20 ha. Dieser Gruppe gehört ein Drittel des Privatwaldes. Ein weiteres Drittel ist im Eigentum von Waldbesitzern, die zwischen zwei und fünf ha Wald besitzen.

Das Waldeigentum war in der Vergangenheit auch für die Kleinstwaldbesitzer (Flächen < 2 ha), die heute fast zwei Drittel der Waldbesitzer stellen, eine wichtige meist energetische Ressource. Das Eigentum war in der Regel mit landwirtschaftlichen Betrieben verbunden. Durch den Agrarstrukturwandel (insbesondere der Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion auf immer weniger Betriebe) werden Flächen aus der Landwirtschaft verpachtet oder verkauft. Wald bleibt dagegen weitestgehend regelmäßig im Eigentum der Waldbesitzer.

1. Ressourcenverfügbarkeit

Aus einer technisch-ökonomischen Perspektive ergibt sich das Phänomen, dass in diesen Kleinstigentumswäldern deutlich weniger Substanz genutzt wird als nachwächst. Das natürliche, standörtliche Nutzungspotenzial wird somit nicht ausgeschöpft. In unterschiedlichen Untersuchungen zeigt sich, dass sich die Waldeigentumsgröße wesentlich auf das Verhalten der Waldeigentümer auswirkt. Oft haben gerade diese kleineren Flächen unklare Grenzen, ihre Grundstücke sind parzelliert, die Grundstücke nicht oder nur schlecht mit Wegen erschlossen und sie weisen eine ungünstige Geländebeschaffenheit auf. Das Argument „lohnt sich nicht“ lässt sich bei diesen Verhältnissen fast immer gegen eine Bewirtschaftung von kleinen Waldflächen anführen. Es bedarf im Kleinstwaldbereich daher der Entwicklung entsprechender, besitzübergreifend wirksamer Strukturen, die eine Verfügbarkeit des Rohstoff-

.....

11 Vgl. Stefan Schaffner: Realisierung von Holzvorräten im Kleinprivatwald, Freising 2001.

fes Holz garantieren oder zumindest denkbar erscheinen lassen.

2. Änderung der Mentalität

Ein großer Teil der Kleinstprivatwaldbesitzer hat den Bezug zur Landwirtschaft und Urproduktion über die Generationen verloren. Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, den Wald zu bewirtschaften, nehmen deutlich ab. Aus der sozialen Perspektive folgen diese Waldbesitzer nicht mehr den traditionellen konservativen Werten, die sich in bäuerlichen Betrieben entwickelt haben, sondern sind heute ein Abbild der gesamten Breite gesellschaftlicher Wertesysteme. Waldbesitzer lassen sich mithin immer weniger einem bestimmten Milieu zuordnen, sondern decken die gesamte Bandbreite ab. Das forstliche Umfeld bezeichnet diese Gruppe mit der Begrifflichkeit „urbaner“ Waldbesitzer. Dieses Bild eines „Städters“ verschleiert jedoch, dass es sich keineswegs um eine homogene Gruppe handelt, sondern dass unter ihnen sehr unterschiedliche Wertvorstellungen über den Wald und den Umgang mit ihm zu finden sind. Vielfach sind Wohnort oder Lebensstil der Eigentümer ausschließlich urban geprägt. Als „urban“ identifizierte Waldbesitzer sind längst im ländlichen Raum präsent. Wurde der landwirtschaftliche Betrieb gemeinsam mit dem Wald früher fast ausschließlich an männliche Nachfolger vererbt, so hat sich dieses Bild drastisch verändert. Betrachtet man das Geschlecht der Waldeigentümer (Einzeleigentum, Miteigentum), so stehen heute über 40 Prozent Frauen im Grundbuch. Studien über „Waldbesitzerinnen“ zeigen, dass für Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen der materielle Gewinn aus Waldeigentum eine eher untergeordnete Rolle spielt, entsprechend wurden hier geringere Holzmengennutzungen nachgewiesen.¹² Gleichzeitig interessieren sich Waldbesitzerinnen „stärker für ökologische Themen und Ästhetik im Wald als männliche Waldbesitzer. Ihren Wald nutzen sie zum Spaziergehen und Erholen viel häufiger als Männer.“¹³ Aus der sozialen Perspektive zeigt sich somit, dass eine Integration dieser „neuen“ Waldbesitzer in etablierte Forstwirtschafts- und Waldbesitzerorganisationen zu deutlichen Veränderungen in den Einstellungen und Werthaltungen dieser Organisationen führen wird.

.....

12 Vgl. Jens Borchers: Geschlechterdifferenzierte Auswertung des Gutachtens „Strukturen und Motive des Waldbesitzes in NRW“. Vortrag/Präsentation Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen, o.O. 2004.

13 Tina Melder: Waldbesitzerinnen in Bayern. Geschlechterdifferenzierte Sekundäranalyse einer Waldbesitzerbefragung, Freising 2010.

3. Marginalisierung¹⁴

Die extreme Besitzersplitterung (im wesentlichen Besitzgrößenklassen kleiner 2 ha) geht einher mit einer als Marginalisierung¹⁵ des Waldbesitzes beschriebenen Einstellung bei vielen Kleinwald-Besitzern. Der „aus Sicht der Waldbesitzer bedeutungslose (bzw. sehr gering bedeutende) Wald“ führt daher zu einem reaktiven Umgang mit dem Wald, d.h. es wird vielfach nur nach externer Aufforderung durch z.B. den zuständigen Förster im Katastrophenfall gehandelt bzw. allenfalls Brennholzbedarf „geerntet“, ohne dass eine Bereitschaft damit verbunden wäre, viel Pflege- und Aufbauarbeit in die eigenen Waldbestände zu investieren.

Aus forstfachlicher Perspektive entwickeln Waldbesitzer, die „keine Bedeutung bzw. Sinn“ in regelmäßigen Erträgen aus der Bewirtschaftung ihres Waldes erkennen (z.B. auch Deckung eines regelmäßigen Brennholzbedarfes), keine „in die Zukunft gerichteten Bewirtschaftungsvorstellungen“. Forstliche Beratungs- und Qualifizierungsangebote gehen daher vielfach mangels Erreichbarkeit des Klientels ins Leere, ebenso entfalteten Förderangebote vielfach keine bis geringe Attraktivität.

Aktive Investitionen in Form von Verjüngungsarbeit oder Pflege unterbleiben somit oft. Ebenso unterbleibt bei einer Marginalisierung des eigenen Waldbesitzes eine aktive Wahrnehmung der Eigeninteressen als Waldbesitzer (forstliche bzw. Eigentümerinteressen) in politischen Auseinandersetzungen. Aus der Sicht der Forstpolitikwissenschaft kann dieser „Negativ-Spirale“ der Marginalisierung im Kleinwald nur entgegengewirkt werden, wenn es gelingt, dass nennenswerte Anteile der Kleinwaldbesitzer wieder „stetige“ materielle und immaterielle Bedürfnisse an ihren Wäldern entwickeln, deren nachhaltige Befriedigung sie nur durch „in die Zukunft gerichtetes, planvolles waldbauliches Handeln absichern können“.

Staatliche Beratungs- und Fördersysteme, sowie die Übernahme der Waldbewirtschaftung durch private Selbsthilfeeinrichtungen oder Unternehmen stehen vor dem Problem, dass sich der Waldbesitzer mit dem eige-

nen Waldeigentum auseinandersetzen muss, wenn er eine Entscheidung zu treffen hat oder vom beratenden Förster in eine Entscheidungssituation geführt wird. Aufgrund der Marginalisierung ist eine solche Auseinandersetzung jedoch von sich aus eher unwahrscheinlich und oft mit hohem externen Aufwand verbunden. In Praxiserfahrungen über Beratungen dieser Waldbesitzerklientel wird daher auch immer der damit verbundene hohe Zeitaufwand beklagt.

4. Die Dritte Kraft¹⁶

Um die Selbsthilfe und Kooperation zwischen den Waldbesitzern zu fördern, wurden Ende der 1960er Jahre des letzten Jahrhunderts Selbsthilfeeinrichtungen (namentlich Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse) finanziell unterstützt. Diese Organisationen bildeten zunächst Selbsthilfeeinrichtungen, um die Nachteile der Besitzersplitterung und geringen Größe auszugleichen. Inzwischen spielen diese Organisationen für den größeren Waldbesitz (ab 5 ha) eine bedeutende Rolle. Die Konzentration der Säge- und Papierindustrie hin zu wenigen Großunternehmen hat dazu geführt, dass das Interesse an kleinen Losen (Holzmengen), die für den Kleinprivatwald typisch sind, deutlich abgenommen hat. Die Zusammenschlüsse bündeln diese Kleinmengen und können so der Nachfrage eher genügen. Für die abnehmende Seite (Holz- und Papierindustrie) werden somit attraktive Mengen, stetig und planbar zur Verfügung gestellt. In den letzten 20 Jahren haben sich diese Organisationen zu professionellen Marktpartnern und zu Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Für Waldbesitzer ohne ausreichendes eigenes Knowhow, Fertigkeiten und Ausrüstung haben diese Organisationen sogenannte Waldpflegeverträge entwickelt, in deren Rahmen auch Verantwortung übertragen werden kann. Einer Übernahme der Verantwortung für Flächen von Kleinprivatwald, oft noch zersplittert auf mehrere, nicht zusammenhängende Flurstücke, steht jedoch der Aufwand gegenüber, der mit einer Pflege kleinster, oft parzellierter Grundstücke verbunden ist. Mit Hilfe von staatlicher Förderung wird dieser Weg unterstützt.

14 Vgl. Michael Suda/Anika Gaggermeier/Marc Koch: Ländliche Entwicklung in kleinparzellierten Waldgebieten. Strukturverbesserung für den privaten Waldbesitz in Bayern, in: DVW Bayern (2013), H. 2, S. 151–162.

15 „marginal“: nebensächlich, unbedeutend; „Negativ-Spirale der Marginalisierung“: fehlende wirtschaftliche und immaterielle Bedeutung des Waldeigentums, geringes bis fehlendes Interesse an einer aktiven Auseinandersetzung mit dem Waldeigentum, fehlende bis geringe Motivation zum Wissens- und Kompetenzaufbau für Wald und Waldbewirtschaftung, geringe bis fehlende Wertschätzung und damit Wahrnehmung forstlicher Themen, kaum ausgeprägte Eigenverantwortlichkeit für den „bedeutungslos“ eingeschätzten eigenen Wald.

16 Vgl. Michael Suda/Stefan Schaffner/Gerd Huml: Der Wandel als Motor, veränderte Rahmenbedingungen als Herausforderung für die forstlichen Zusammenschlüsse, in: LWF aktuell (2009), H. 70, S. 10–12; vgl. Stefan Schaffner/Michael Suda/Gerd Huml: Zusammenschlüsse auf Erfolgskurs. Dynamische Entwicklung trotz stürmischer Zeiten, in: LWF aktuell (2009), H. 70, S. 13–16; vgl. Stefan Schaffner/Michael Suda/Gerd Huml/Eva Krause: Auf dem Weg zum Erfolg. Mittel und Wege zu effizienten Zusammenschlüssen, in: LWF aktuell (2009), H. 70, S. 24–29.

Der Stoff, aus dem unsere Wohnträume sind

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung werden Holzprodukte häufig nicht mit dem Produktionsort Wald und dessen Bewirtschaftung verknüpft. Sowohl Holzprodukte (natürlich, warm, vielseitig), als auch der Wald (Erholung, Freizeit, Freiheit) werden positiv gesehen. Die erforderliche Produktion von Holz, einem Stoff aus dem die Wohn(t)räume sind, wird ausgeblendet. Dabei handelt es sich nicht um eine Besonderheit, sondern um ein typisches Phänomen einer hocharbeitsteiliger organisierten Gesellschaft, die Produktionsprozesse und deren Bedingungen zunehmend ausblendet.

Unabhängig von dieser gesellschaftlichen Wahrnehmung spielt der im Wald wachsende Rohstoff Holz auch in der Bundesrepublik Deutschland eine gewichtige Rolle. Aufgrund der hohen Holzvorräte wird Bayern auch häufig mit der Metapher „Holzland Nummer 1“ belegt. In Bayern werden jährlich ca. 28 Millionen Festmeter Holz geerntet. Das ist weniger, als aktuell auf den Flächen nachwächst. Um die Bedeutung der Forst- und Holzwirtschaft herauszustellen, hilft die Betrachtung der Branche in Form des Clusters „Forst und Holz“ (in Bayern). In der Branche sind ca. 196 000 Erwerbstätige beschäftigt. Die Vielfältigkeit der Verwendungsmöglichkeiten von Holz deutet sich in den Bezeichnungen der beteiligten Branchen bereits an: Diese reichen von Papier und Zellstoff, Holzwerkstoffen, über Bauelemente zum Holz im Baugewerbe bis zur Möbelherstellung. Bei neu gebauten Wohngebäuden liegen Holzbauten heute bei ca. 20 Prozent. Vom gesamten Holzeinschlag werden in Bayern 60 Prozent energetisch genutzt. Dabei stammt ein Drittel aus Produktionsresten.

Als zentrale Herausforderungen für die Branche werden gegenwärtig folgende Faktoren gesehen:¹⁷

- Wie kann das im Kleinprivatwald nicht genutzte Potenzial einer Nutzung zugeführt werden? Aufgrund der dargestellten Vielfalt der Motive, Einstellungen und Interessen der Waldbesitzer und dem zu erwartenden weiteren Wandel, stellt dies eine ausgesprochen schwierige Aufgabe dar. Ein großer Teil des Holzes, das im Privatwald eingeschlagen wird, dient der energetischen Nutzung. Dieser Rohstoff steht somit einer stofflichen Nutzung nicht zur Verfügung. Hierfür steht die Figur der „Kaskadennutzung“, die stofflichen Erstverwertungen ein Primat vor einer energetischen Zweitverwertung einräumen soll.

- In Folge des Klimawandels sollen vermehrt Laubhölzer angebaut werden, da diese an die veränderten Klimabedingungen besser angepasst sind. Da die Branche bislang überwiegend an Nadelholz und dessen Verarbeitung ausgerichtet ist, werden entsprechende Umstellungen gefordert, da Laubholz andere Eigenschaften aufweist als Nadelholz und damit technologische und produktionstechnische Adaptionen erforderlich sind. Hierfür werden aktuell durchaus hohe Forschungs- und Entwicklungsmittel bereitgestellt.
- Durch den Anbau klimatoleranter Nadelbäume könnte der erwartete Rückgang des Nadelholzaufkommens kompensiert werden.

Diese Herausforderungen folgen einer technisch-ökonomischen Rationalität. Aus der sozialen, ökologischen und politischen Perspektive auf den Wald ergeben sich noch eine Reihe von Konflikten, die damit kollidieren könnten. Die dargestellte Marginalisierung des Waldeigentums wird sich weiter verstärken. Hier können nur entsprechende staatliche oder staatlich geförderte Institutionen versuchen, dem Waldeigentum in den Augen der Waldbesitzer Sinn (Einnahmequelle, Ort der Ruhe und Erholung, Familieneigentum, Tradition) zu verleihen. Aus ökologischer Perspektive ist eine Erhöhung des Laubholzanteils erstrebenswert. Die Auseinandersetzungen in den einschlägigen Fachmedien zeigen jedoch, dass dieser Aspekt vor allem von der Holz- und Papierindustrie kritisch betrachtet wird. Der Anbau fremdländischer Baumarten wird durchaus skeptisch begleitet.

Das Cluster Forst-Holz bildet eine überwiegend in der Branche wahrgenommene Allianz. Den an der Allianz beteiligten Akteuren ist es vor allem in der Politik gelungen, die wirtschaftliche Bedeutung der Holznutzung herauszustellen. Das Cluster wirbt auch in der Gesellschaft um Akzeptanz und lässt sich dabei von unterschiedlichen Vorstellungen innerhalb der Gesellschaft leiten. Der Kern der Kommunikation beruht darauf aufzuzeigen, dass aktuell „alles“ bei der Waldbewirtschaftung in Ordnung sei und es daher eine vernünftige Option für unsere Gesellschaft sei, wenn auch künftig die Freiheitsgrade der Waldbewirtschaftler im Umgang mit dem Wald so blieben, wie sie sind. Gerade Restriktionen bei der Bewirtschaftung gefährden die Branche. Diese Botschaften wirken jedoch überwiegend nach innen und sind nur bedingt an gesellschaftliche Wert- und Denkmuster anknüpfungsfähig. Die „ungeregelte“ Nutzung kann jedoch mit Bildern der Zerstörung und Vernichtung an bestehende Sorgen um bedrohte Umwelt und Annahmen über fortschreitende Waldzerstörung andocken.

17 Vgl. Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern (Hg): Clusterstudie Forst, Holz und Papier 2015, Klimaschutz, Wirtschaftswachstum und Zukunftschance für Bayern und seinen ländlichen Raum, München 2016.



Natürliche Waldentwicklung am Lusen, Bayerischer Wald
Foto: picture-alliance/Arco Images GmbH/Fotograf: Sunbird Images

Das Cluster ist erfolgreich, die Wälder sind vielfältiger geworden, neue Holzprodukte verdeutlichen eine innovative Schubkraft. Einen gesellschaftlichen Angriffspunkt bietet vor allem die Forstwirtschaft, die in der Kette für die Transformation (Wald – Holz) zuständig ist. Hier wird die kommunikative Einheit zum Problem, da Forstwirtschaft auf diese Transformation reduziert wird. Der Wald erfüllt die gesellschaftlichen Ansprüche nach Erholung, Wasser, Schutz und Artenvielfalt, die Rolle einer Forstwirtschaft, die versucht diese widersprüchlichen Ansprüche mit integrativen Nutzungskonzepten auszugleichen, verschwindet im Bewusstsein der gesellschaftlichen Akteure. Diese Lücke füllen andere Akteure in der politischen Arena; die Akteure und Institutionen der Forstwirtschaft laufen Gefahr, auf „Holzlieferanten“ reduziert zu werden.

Gesellschaftliche Wahrnehmung von Wald¹⁸

Auf der Basis von Befragungen wurden beginnend in den 1960er Jahren unterschiedliche Waldbilder der Bevöl-

18 Vgl. Michael Suda/Stefan Schaffner: Medienwald, Erlebniswald, Urwald, Wirtschaftswald. Wahrnehmungen des Waldes und seiner Bewirtschaftung durch Erholungssuchende, in: Armin Guenther/Hans Hopfinger/Jürgen Kagemann/Walter Kiefl (Hg.): Tourismusforschung in Bayern. Aktuelle sozialwissenschaftliche Beiträge, München 2007, S. 244–251.

kerung konstruiert und auch legitimiert. Vor allem forstliche Praktiker übertrugen dabei häufig ihre Vorstellung eines „schönen“ Waldes auf die Befragten, was in der jeweils gewählten Fragestellung deutlich zum Ausdruck kommt.¹⁹ Inzwischen geht die empirische Forschung verstärkt theoriegeleitet und durch sozioempirische Erkenntnisse methodisch qualitätsgesichert und auch einflussreicher mit der Frage nach der Wahrnehmung des Waldes um.

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung lassen sich zwei Aspekte deutlich unterscheiden. Dies ist einerseits der „Wald der wort- und bilderreichen Kommunikation“, also ein Waldbild, das sich aus der Rezeption von Meldungen über den Wald ergibt. Diesem steht ein aus eigenen direkten Erlebnissen mit dem Phänomen Wald rekonstruiertes Bild gegenüber, das andere Komponenten enthält. Wald konnte sich für die Mehrheit der Bevölkerung zum Synonym für Natur entwickeln.

Medienwald – „Wald der Worte“. Fragt man die Bürger, an welche Meldungen über den Wald sie sich erinnern können, so löst diese Frage offensichtlich ein „Horror szenario“

19 Vgl. Heiner Schanz/Michael Suda: Der Einfluss der forstlichen Ideologie auf sozial-empirische Forschungen in den Forstwissenschaften, in: Schriften aus der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen und der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt (2001), Bd. 132, S. 57–76.

aus: Im Vordergrund der Erinnerung stehen die Elemente Waldsterben und Waldschäden, geprägt in den 1980er Jahren. Bilder weltweiter Waldvernichtung haben deutliche Spuren im Gedächtnis hinterlassen; der Gesundheitszustand des Waldes gibt Anlass zu großer Sorge. Neben kollektiver Schuld (Luftverschmutzung, Klimawandel) werden wirtschaftlich motivierte Einzelinteressen als Gründe vermutet. Diese menschliche Schuld wird durch Begriffe der Kategorien ‚Abholzung‘, ‚Zerstörung‘ oder ‚Vernichtung‘ deutlich. Nur ein kleiner Teil der Befragten erinnert sich demnach an positive Botschaften.

In der Erinnerung werden solche Nachrichten gespeichert, die das in den Medien überwiegend kommunizierte Sorgenbild widerspiegeln, positive Botschaften werden herausgefiltert. Für diesen Selektionsprozess dürfte zum einen die Tatsache bedeutsam sein, dass sich der Mensch allgemein verstärkt mit negativen Botschaften auseinandersetzt und diese damit eher wahrgenommen werden als positive. Zum anderen stoßen negative Botschaften speziell zur Gefährdung des Waldes auf besondere Betroffenheit, da der Wald in der eigenen direkten Erlebniswelt mit sehr positiven Emotionen verbunden wird und gleichzeitig die negativen Botschaften auf verbreiteten Vorstellungsmustern („Waldsterben“) aufbauen.

Im Zentrum der medialen Wirklichkeitskonstruktion steht die Sorge um den Wald. Der Wald ist Symbol der gefährdeten (Rest-)Natur, die es zu schützen gilt. An dieses Zentrum der Sorge sind nur solche Informationen und Botschaften anknüpfungsfähig, die mit dem zentralen Element der Sorge korrespondieren, wie beispielsweise die Begriffe ‚Kahlschlag‘, ‚Vernichtung‘, ‚Waldbrand‘ oder ‚Rodung‘. Da die Angaben so eindeutig in Richtung Sorge kulminieren, kann man auch davon ausgehen, dass der Bürger geradezu „schlechte Nachrichten“ über den Wald, seinen Zustand und den Umgang mit ihm in den Medien erwartet. Dies rechtfertigt auch die Erwartung, dass jedwede mediale Nachricht, die geeignet ist, über Gefährdungen des Waldes Betroffenheit und Sorge bei den Menschen auszulösen, vom Empfänger wahrgenommen werden und ihn auch bewegen werden.

Erlebniswald – „Wald der Sinne“: Sprechen wir mit Menschen über ihre persönlichen Eindrücke, Erfahrungen und Erlebnisse, so zeichnet sich ein Bild ab, das sich diametral vom Bild in den Medien unterscheidet: Im Vordergrund steht nun das Walderlebnis, Ruhe und Erholung im Grünen. Es wird ein Rausch der Sinne beschrieben, ein Hinhören, Riechen, Fühlen und Erleben von positiv bewerteten Sinneseindrücken. Ursprung für diese Sinneseindrücke ist das Verständnis von Wald als Inbegriff von

Natur. Abwechslung ist es, was die Menschen erwarten, im Wald überwiegend finden und in der Erinnerung auch erlebt haben wollen. Das Phänomen Wald kann für viele Menschen die Sehnsucht stillen, (Rest-)Elemente einer ungefährdeten, von Menschen nicht zweckentfremdeten und heilen Natur zu erleben.

In den Augen der Menschen wird der Wald als Ort der Erholung und Ruhe, als Erzeuger von Sauerstoff und somit als Luft zum Atmen gebraucht. Der Wald symbolisiert Leben. An den Rohstoff Holz denken Menschen der heutigen Generationen in erster Linie nicht, wenn sie sich im Wald befinden.



Baumwipfelpfad im Nationalpark Bayerischer Wald
Foto: dpa/ZB/Fotograf: Patrick Pleul

Beim Walderlebnis steht die Sehnsucht nach Ruhe und Natur im Mittelpunkt, und nicht das Ansinnen, mit analysierendem Blick nach den medial geprägten Negativszenarien Ausschau zu halten.

Zwei Welten – zwei Bewertungen. In den Wahrnehmungen, Einstellungen und Bewertungen von Erholungsuchenden trifft der Sozialempiriker also auf zwei sehr unterschiedliche Vorstellungswelten zu Wald und Waldbewirtschaftung. Aus der medialen Welt wird überwiegend ein Bild der Gefährdung und der Vernichtung konstruiert, auf der anderen Seite steht eher ein Rausch der Sinne im Wald. Würden sich die Menschen intensiver über den Wald Gedanken machen, so müsste dieser Widerspruch zu einer intensiveren gedanklichen Auseinandersetzung führen, als es vielfach der Fall ist.²⁰ Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass diese im Normalfall unterbleibt.

.....

20 Vgl. Leon Festinger: A theory of cognitive dissonance, Stanford 1957.

Wahrnehmung der Waldbewirtschaftung

Befragt nach wahrgenommenen Veränderungen, äußert der überwiegende Teil der „Waldnutzer“ unmittelbar nach einem Waldspaziergang, dass ihm keine Veränderungen aufgefallen seien. Jeweils etwa zehn Prozent der Waldbesucher sind Veränderungen an Wegen, Spuren der Forstwirtschaft oder auch Aspekte des Waldsterbens aufgefallen. Es ist davon auszugehen, dass diese unmittelbaren Eindrücke nach einem Aufenthalt im Wald relativ schnell verblasen und insgesamt der positive Erlebniseindruck überwiegen wird. Bei Interviews reaktivieren und verstärken die Befragten bereits verblasste Erinnerungen.

in deren Rahmen Holz gleichsam als „Nebenprodukt“ anfällt. Im Fokus der Menschen steht also auch hier der Wald, der des Schutzes und der Pflege bedarf. Ökonomische Aspekte treten in den Hintergrund.

Allein durch den Begriff ‚Waldpflege‘ wird der Wald in einen Kontext gestellt, der an die Vorstellungen und Werte der Waldbesucher anknüpfungsfähig ist. Im Rahmen dieser Pflegevorstellungen werden z.B. störende und den Wald gefährdende Elemente (abgestorbene, kranke Bäume) entfernt. In dieses Bild der Pflege passt sich die Nutzung von dabei anfallendem Holz ohne Gegensatz ein. „Man nützt dem Wald“ statt „Holznutzung, die den Wald nutzt“.

Geht man der Spur nach Elementen der Waldbewirtschaftung in der Wahrnehmung und im Denken der Menschen weiter nach, so gibt das Antwortspektrum auf die Frage, über was sich die Waldbesucher regelmäßig ärgern, Aufschluss. Von den meisten wird der Begriff Müll genannt. Aufgrund der Tatsache, dass in den Wäldern der Bundesrepublik Müll im Wald objektiv kein Problem darstellt, kann in dieser intensiv negativen Wahrnehmung ein anderer Aspekt vermutet werden. Durch den Begriff Müll wird zum Ausdruck gebracht, dass Spuren der Zivilisation im Wald als erlebter Gegenwelt unerwünscht sind. Offensichtlich üben bereits kleine Müllmengen (Zigarettenkippen, Kaugummipapier) oder auch überquellende Mülleimer an Waldparkplätzen einen starken negativen Reiz aus. Denn diese Gegenstände sind disharmonisch, haben im Bild der Ruhe



Grafik: Anika Gaggermeier

Befragt man die Waldbesucher danach, was ihnen spontan zu ihrem letzten Waldbesuch einfällt, so sind Holznutzungen in Form von Eingriffen, Kahlschlägen oder Fällungsarbeiten nur drei von 1.000 Waldbesuchern in Erinnerung geblieben. Daraus lässt sich schließen, dass der beim Waldspaziergang gewonnene Eindruck von Holznutzungen keine bleibenden Erinnerungen erzeugt.

Auf die Frage nach dem Zweck des Bäumeffällens steht bei den Waldbesuchern nicht die Gewinnung des Rohstoffes Holz im Vordergrund, sondern eher die Waldpflege,

und Erholung keinen Platz. Dabei wird bei den Erinnerungen an den Waldbesuch Müll in der Regel nur selten genannt. „Müllberge“ entstehen daher erst durch den Frageimpuls, über was sich die Besucher regelmäßig ärgern, geärgert haben oder ärgern würden.

Konflikte mit anderen Nutzergruppen bilden einen weiteren Grund für innere Ärgernisse der Befragten. Vor allem stören demnach freilaufende Hunde und wenig Rücksicht nehmende Radfahrer.



Grafik: Anika Gaggermeier

In der Welt der Ruhe werden der Lärm der Holznutzung und eine mögliche Geruchsbelastung durch Maschinenabgase nicht wahrgenommen. Die Waldbewirtschaftung selbst wird somit von waldbesuchenden Menschen nicht als störendes Element der Zivilisation interpretiert. Als beunruhigend werden aber negativ „veränderte“ Wegezustände (verschlammt, verdreckt, kaputt gefahren oder zu grob geschottert) wahrgenommen und mit Bewirtschaftungsfolgen in Zusammenhang gebracht.

Die genannten Aspekte verdeutlichen, dass die Waldbewirtschaftung in der Wahrnehmung der Menschen und in ihrer Erlebniswelt eine untergeordnete Rolle spielt. Im Vordergrund befindet sich das Natur- oder Walderlebnis, in dessen Zentrum die Ruhe, die gute Luft, die Sehnsucht nach Naturerlebnis steht. Pilze und Beeren liefern für einige Besucher eine zusätzlich Gaumenfreude. Waldbewirtschaftung wird kognitiv vielfach als Pflegemaßnahme verstanden und daher als Element der Erhaltung des Waldes interpretiert. Zwar lassen sich Anhaltspunkte dafür finden, dass auch die Verwendung des gewonnenen Rohstoffes kognitiv repräsentiert wird, jedoch steht dabei wiederum die Pflege des Waldes im Vordergrund. Der Zugang zu einer wirtschaftlichen Nutzung von Wald gelingt den meisten Menschen

daher allenfalls über den Rohstoff „Rundholz“: Erst, wenn der Baum zum Stamm geworden ist, kann er „konfliktfrei“ wirtschaftlich verwertet werden. Wird die wirtschaftliche Inwertsetzung mit dem Wald selbst in Verbindung gebracht, kann so etwas wie ein „Sorgenzentrum“ aktiviert werden.

Wald ohne Bewirtschaftung – Wildnis oder Chaos

Die Aufforderung, sich vorzustellen, dass der Wald sich selbst überlassen sein sollte, führt zu einer deutlichen Polarisierung in den Vorstellungen der Waldbesucher. Jeweils vier von zehn Personen prognostizieren die Entstehung von Urwald und Wildnis oder eben Verwilderung und Chaos. Auf der einen Seite werden also positive Folgen mit den Begriffen der Wildnis oder auch des Urwaldes beschrieben und eine heile Natur im Wald ohne Menschen

beschworen. Auf der anderen Seite werden negative Folgen der Verwilderung, der Unordnung oder des Chaos assoziiert und so die Anfälligkeit der Kultur (Wirtschaftswald) gegenüber natürlichen (chaotischen) Kräften beklagt.

Die Vorgabe „Wenn niemand Verantwortung für den Wald übernimmt ...“ führt dazu, dass nun drei von vier Befragten negative Folgen befürchten, während weniger als ein Fünftel positive Folgen (z.B. Urwald, Natur) sieht. Institutionalisiert oder personifiziert man diese Verantwortung in Form des Försters oder einer Forstverwaltung, so fürchten sogar neun von zehn negative Folgen oder treffen negative Wertaussagen.

Zur gedanklichen Welt des Sich-Selbst-Überlassens und den damit vermuteten positiven Aspekten des Urwaldes und der Wildnis gehört daher bei der Mehrheit der Bevölkerung eine Person oder Institution, die Verantwortung für Schutz, Pflege, Kontrolle und Ordnung trägt. Wird im Gedankenexperiment diese Person/Institution „weggedacht“, dann entzieht man der Wildnis- und der Urwaldvorstellung die positive Anziehungskraft. Ohne eine Verantwortung tragende Instanz wird eine Entwicklung ins Chaos vermutet. Dieses empirische Ergebnis verdeutlicht die starke symbolische Kraft, die Förster bzw. Forstverwal-

tungen besitzen. In den Denkmustern der Befragten ist der Wald untrennbar mit dem Förster verbunden. Drei von zehn Befragten verwenden symbolische Vergleiche um jeweils unzertrennliche Dinge zu beschreiben (Ein Wald ohne Förster ist... „wie ein Topf ohne Deckel“, „Haus ohne Dach“, „Fußballspiel ohne Schiedsrichter“ usw.).

Als Erklärungsansatz für diese Haltungen können wieder Überlegungen herangezogen werden, die bereits auf den Widerspruch von Medienwelt und Erfahrungswelt angewandt wurden. Die Dissonanz²¹ zwischen der empfundenen Gefährdung des Waldes und dem Erlebnis von Wald wird vermieden, wenn Ängste und alle negativen Vorstellungen an diese Person/Institution delegiert werden. Diese Person/Institution versteht und teilt die Sorgen und steht dafür ein, dass negative Entwicklungen im Wald in der eigenen Umgebung nicht Platz greifen können.

Reiht man die Leistungen, die von der Landnutzungsform Wald erbracht werden, nach ihrer Wahrnehmung und nach zugeordneten Deutungsmustern, ergibt sich folgendes Bild: Wald ist zunächst ein Raum sinnlicher Wahrnehmung und Erfahrung schlechthin und zugleich ein zentrales Symbol für die Grundlagen des Lebens. Hierin wurzelt die tiefe emotionale Wertschätzung des Waldes, die ausgeprägte Sorge um seinen Zustand und die hohe Betroffenheit gegenüber seiner Gefährdung und Schädigung.

Die Bereitstellung von Holz ist genuiner Bestandteil des Symbols vom Wald als Lebensgrundlage und wird harmonisch in obiges Deutungsmuster eingefügt: Man nützt dem Wald. Man verwertet „nur“ den einzelnen Baumstamm, nicht aber den Wald. Wird in Botschaften die Nutzung zum Ziel erhoben (z.B. um Geld zu verdienen oder Gewinn zu mehren), wirft das Sorgen auf und die Deutungsmuster zeichnen Gefährdungslagen und Waldzerstörungen aus der medialen Welt nach, frei dem Motto: „Wald soll allen nutzen und es sollen nicht nur wenige von seiner Ausbeutung profitieren“.

Der Hauptgrund für die Bevölkerung, Wald aufzusuchen, besteht offenkundig darin, spezifische Sinneserfahrungen zu erleben, um sich in dieser „waldtypischen“ (unserer Zivilisation scheinbar so fernen) Atmosphäre zu erholen.

Der „Gesamtkomplex Wald“ und seine Wirkungen auf alle fünf Sinne ist zusammen mit der prägenden Motivdimension, „sich in der Natur zu bewegen“, entscheidend für die Erholungswirkung des Waldes. Damit sind Wälder unersetzlich, weil sie aufgrund ihrer Struktur und flächenmäßigen Präsenz ein (kostenfreies) Naturerlebnis ermöglichen, das

sonst keine andere Landnutzungsform erreicht. Aufgrund seiner räumlichen Verteilung und Häufigkeit ist der Wald in der individuellen gesellschaftlichen Wahrnehmung dabei allgegenwärtig, nie ganz fern. Wald ist somit eine kollektive gemeinsame Erfahrung innerhalb unserer Gesellschaft.

Diskussionen hinsichtlich der Erholungsfunktion von Wäldern können daher auf die Frage nach Wegeführung und -gestaltung von Spazier-, Rad- und Wanderwegen fokussiert werden. Für die Waldbewirtschaftung selbst besteht ein großer Freiraum, wenn abwechslungsreiche Waldbilder geschaffen werden und nicht der Eindruck entsteht, dass die Wälder wirtschaftlich ausgenutzt oder vernachlässigt werden.

Holznutzung oder Flächenstilllegung – ein zentrales Konfliktfeld im Umgang mit dem Wald²²

In der öffentlichen Kommunikation konkurrieren gegenwärtig zwei zentrale Erzählungen, die sich um das Politikfeld Forstwirtschaft und Naturschutz ranken und auf unterschiedlichen Ebenen zu Konflikten führen.

Im Naturschutzdiskurs wird der gegenwärtige Waldzustand als vorrangig negativ beschrieben und als Problem dargestellt. Dabei werden Handlungen vorgeschlagen, die einen zukünftigen positiven Zustand im Sinne des Naturschutzes herstellen sollen, also das Problem lösen. Der Wald und seine natürlichen Prozesse seien „in Gefahr“ und bedürften dringend des Schutzes. Die forstliche Nutzung verändere das Ökosystem negativ und müsse dringend modifiziert werden. Diese Argumentation ist an die gesellschaftliche Vorstellung der gefährdeten Restnatur sehr gut anschlussfähig. Zentrale Symbole sind rote Listen oder die Entdeckung ausgestorbener Arten in ungenutzten Waldbereichen.

Auf der anderen Seite wird im Forstwirtschaftsdiskurs der gegenwärtige Zustand als positiv angesehen: Eine drohende Verschlechterung, zum Beispiel durch Flächenstilllegungen oder Nutzungseinschränkungen, soll verhindert werden. Diese Haltung wendet sich mithin gegen Veränderungen und zielt auf den Erhalt des Status quo ab. Aufgrund einer zunehmenden Entfremdung der Menschen von der Primärproduktion – eine Errungenschaft der arbeitsteiligen Gesellschaft – ist diese Argumentation nur bedingt an gesellschaftliche Vorstellungen anknüpfungsfähig. Als wichtige Symbole werden gegenwärtig die Ergebnisse der Bundeswaldinventur gesehen, die eine „positive“ Entwicklung der Wälder zu mehr Naturnähe verdeutlichen.

.....
²² Vgl. Günther Dobler/Michael Suda: Der Held und der Bösewicht. Wie Greenpeace und andere uns von Gut und Böse erzählen, in: LWF aktuell (2013), H. 97, S. 48–53.

.....
²¹ Vgl. Festinger (wie Anm. 19).



Protest gegen den Nationalpark Steigerwald
 Foto: SZ Photo/Fotograf: Johannes Simon

Die Politik, die zur Regelung des Konfliktfeldes aufgerufen ist, steht vor dem Dilemma, dass zufriedene Stimmen (und das ist „der“ Waldbesucher) ausgesprochen leise, unzufriedene Stimmen auch von Minderheiten sehr laut sein können. Die Stimme der kommenden Generationen ist noch nicht zu vernehmen, und kann nur stellvertretend erhoben werden.

Zudem haben beide Konfliktparteien (Forstkoalition, Naturschutzkoalition) in der Wissenschaft ihre Fürsprecher gefunden, die eine „fundierte“ empirische Datenbasis für die normativen Positionen liefern.

Auf der Diskursebene ist eine Lösung der Konflikte eher unwahrscheinlich. Es geht nicht nur um das Objekt Wald und seine Bewirtschaftung, sondern auch um die Durchsetzung von Interessen gegen Widerstreben, also um Macht und ihre Ausübung. Auf der Objektebene an konkreten Orten können dagegen durchaus Lösungen gefunden werden, die beide Ideen integrieren oder auch segregieren.

Das Beispiel Holznutzung oder Flächenstilllegung²³

Betrachtet man Konflikte im Umfeld des Waldes, ist die Konfliktlinie zwischen Naturschutz (Flächenstilllegung) und Holznutzung derzeit der wichtigste Streitpunkt in

.....

23 Vgl. Michael Suda/Klaus Pukall: Multifunktionale Forstwirtschaft zwischen Inklusion und Extinktion, in: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen 165 (2014), H. 11, S. 333–338.

Deutschland. Hier stehen sich Forderungen der Forstwirtschaftskoalition und der Naturschutzkoalition häufig diametral gegenüber. Die Streitgegenstände veränderten sich dabei über die Jahre. In den 1990ern stand die Diskussion über die Zertifizierungssysteme im Vordergrund, Anfang der 2000er Jahre die Auseinandersetzung über die gute fachliche Praxis und derzeit der Streit über die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung²⁴ – und aktuell die Ausweisung eines dritten Nationalparks.

Gerade in Hinblick auf die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und der erhobenen Forderung der Flächenstilllegung wird der Begriff der Segregation als Bedrohung für die Waldbewirtschaftung in der öffentlichen Kommunikation dargestellt.²⁵ Segregation beschreibt eine räumliche Trennung der „Waldfunktionen“ und eine damit verbundene spezifische Bewirtschaftung von Teilflächen, meist unter der Obhut von Forstwirtschaft einerseits und des Naturschutzes andererseits. Von Forstseite wird dagegen die nachhaltige multifunktionale Forstwirtschaft beschworen, die eine Integration aller Waldfunktionen

.....

24 Vgl. Georg Winkel: Waldnaturschutzpolitik in Deutschland. Bestandsaufnahme, Analysen und Entwurf einer Story-Line, Freiburg 2006, S. 163 ff.

25 Vgl. Engelbert Schramm: Biodiversität und Klimawandel in der Naturwalddebatte. Eine Diskursfeldanalyse (Biodiversität und Klima Forschungszentrum, Knowledge Flow Paper, Nr. 2), Frankfurt am Main 2009.



Der Nationalpark Steigerwald als Gewinn für die Region
Foto: SZ Photo/Fotograf: Johannes Simon

(also letztlich aller Werthaltungen und Perspektiven) auf der gesamten Waldfläche ermöglichen soll.

Bei der Inklusion gibt es letztlich keine Konflikte, da alle Ansprüche gleichzeitig befriedigt werden können. Dieses Bild der Harmonie (sog. „Kielwasserideologie“) findet sich jedoch häufig bei der Verwendung des Begriffs der „integrativen“ bzw. multifunktionalen Forstwirtschaft und das kann in einer analytischen Perspektive fatale Folgen haben. Integration bedeutet in der Waldwirtschaft zumindest die Anerkennung unterschiedlicher auch widerstreitender Interessen, die meist durch räumliche Konzepte befriedigt werden sollen. Die Berücksichtigung von Naturschutzansprüchen, die sich vielfach auf totholzreiche Strukturen beziehen, ist dabei grundsätzlich schwieriger, als die Berücksichtigung von Erholungs- bzw. Sicherheitsansprüchen, weil letztere nicht im Widerspruch zur Holznutzung stehen. Da die ökonomische Grundlage der Forstwirtschaft auf der Gewinnung von Rundholz beruht, konkurriert Forstwirtschaft mit totholzbasierter Naturschutzstrategien um denselben Grundstoff und man schließt sich gegenseitig aus bzw. schränkt sich bei Kompromisslösungen wechselseitig ein. Spieltheoretisch stehen sich die Positionen „Ich gewinne – Du verlierst“ bzw. „Ich verliere – Du verlierst“ gegenüber.

Die Wald funktionsplanung bzw. die im Waldgesetz definierten besonderen Waldkategorien (Schutzwald, Erho-

lungswald) geben anders gelagerte, aber ebenso typische Beispiele ab. Hier werden unterschiedliche Stufen, z.B. im Erholungswald, definiert, die bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigt werden sollen. Unterschiedliche Ansprüche an den Wald können als konfliktbeladen wahrgenommen werden und es kann ebenso nach Sachlösungen gesucht werden. In der Regel können jedoch nicht alle Ansprüche in vollem Umfang erfüllt werden. Eine Integration ist somit durch Widersprüche charakterisiert und mit wechselseitigen Zugeständnissen verbunden („Ich gewinne – Du gewinnst“). Bei der Segregation setzt sich eine der Interessenspositionen meist in einem Konflikt durch und es kommt zur räumlichen Trennung der Ansprüche, die gegensätzlichen Positionen brauchen auf einer Fläche nicht mehr befriedigt werden („Ich verliere – Du verlierst“).

Die Frage der Integration und Segregation bildet somit künftig ein spannendes politisches Themenfeld, in dem unterschiedliche Werthaltungen auftreten und nach Durchsetzung streben. Segregation ist ein Indikator dafür, dass unüberwindbare Gegensätze zwischen den Werthaltungen nur durch Teilung erreicht werden können. Diese Teilungen werden jedoch aufgrund des hohen Stellenwertes des Eigentums überwiegend in öffentlichen Wäldern ihren Anfang nehmen und sich möglicherweise nicht auf diese Eigentumsform beschränken. ▲

Vorschau 2017

Die folgende Übersicht zeigt eine Auswahl der geplanten Veranstaltungen und Publikationen der Landeszentrale (Stand: November 2016). Die Ankündigungen weiterer Projekte finden Sie zu gegebener Zeit unter www.blz.bayern.de.

Geplante Veranstaltungen	
25. Januar 2017	Lehrerfortbildung Salafismus
10. Januar 2017	Workshop und Podium „Pädagogik des Ressentiments – Das Israelbild in deutschen Schulbüchern“
26. Januar 2017	Feierstunde zu Ehren von „Gerechten unter den Völkern“
21.–23. Februar 2017	129. Parlamentsseminar, München/Maximilianeum
Februar 2017	Gemeinsame Abschlusstagung mit dem NS- Dokuzentrum München zum Projekt „#uploading_holocaust“
13.–16. März 2017	Dt.-Amerikan. Jugendseminar, Oberelsbach
18. Mai 2017	Gedenkstätten-Seminar für Förderschulreferendare
22.–24. Mai 2017	Seminar „Vom Umgang mit der Freiheit. Das Ministerium der Staatssicherheit der ehemaligen DDR“, Bad Kissingen
Juni 2017	Europa-Projekt der LMU: Erarbeitung von Modulen für Mittelschulen (und andere Schularten) zu Europa; Studienfahrt Straßburg
20.–22. Juni 2017	130. Parlamentsseminar, München/Maximilianeum
26.–28. Juli 2017	Schülerakademie zum Thema Israel (Max-Mannheimer-Studienzentrum und LMU/Zentrum für Israel-Studien)
18.–22. September 2017	Bundesrat, Bundestag und Föderalismus im Parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland
27./28. September 2017	Tagung „1917 – Kalter Krieg – Neuer Kalter Krieg?“, Point Alpha
09.–11. Oktober 2017	Seminar „Die deutsche Teilung und ihre Überwindung“, Bad Kissingen
28.–30. November 2017	131. Parlamentsseminar, München/Maximilianeum
Termin steht noch nicht fest	Tagung „Populismus“
ganzjährig	Projekt Perspektivwechsel – Projekttag an Schulen
ganzjährig	Argumentationstraining „Politik wagen“
ganzjährig	Bayernweite Lehrerfortbildungen zur Extremismusprävention (mit Partnern wie der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus, den Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz, dem Landesamt für Verfassungsschutz)
ganzjährig	Fachliche Begleitung von bayerisch-israelischen und bayerisch-tschechischen Bildungsprojekten

Geplante Veranstaltungen

ganzjährig	Europe after work – abendliche Expertenrunden zu aktuellen Themen rund um Europa
ganzjährig	Europaworkshop – Flüchtlinge in Europa, Flüchtlinge vor Ort
ganzjährig	Interkulturelle Stadtspaziergänge
ganzjährig	Generationenübergreifende Gespräche zu Flucht und Ankommen
ganzjährig	Koordination von Planspielen für alle weiterführenden Schularten
ganzjährig	Lernort Staatsregierung (München, Berlin, Brüssel)
ganzjährig	DDR-Zeitzeugen in Schulen

Geplante Publikationen (Auswahl)

4 Hefte „Einsichten und Perspektiven“, 2–3 Themenhefte
Bayerische Verfassung/Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
Das Bundesverfassungsgericht – völlig überarbeitete Neuauflage
Medienlandschaft Deutschland – völlig überarbeitete Neuauflage
Wandzeitung Europas kulturelle Vielfalt: Osteuropa
Politische Bildung im Kontext
Den Weltreligionen auf der Spur. Ein Spiel zu Religion und Toleranz
Didaktische Handreichung „Tommy – zum dritten Geburtstag in Theresienstadt“
Der Nationalsozialismus. Geschichte eines Unrechtsstaates, Band 1
Bayern und der Erste Weltkrieg
Geschichte des modernen Bayern
Ehrenamt
Die Vereinten Nationen

Digitale Medien

Clips zur politischen Bildung
Dachauer Dialoge – Gespräche zwischen Max Mannheimer und Sr. Elija
GrenzAPP – 40 Orte entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze
gemeinsam fairhandeln: Regeln für ein Zusammenleben in Schule und Gesellschaft



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz
Praterinsel 2
80538 München

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Uta Löhner
Redaktionsassistentin: Luisa Schmid

Titelfoto: picture alliance/Eventpress Hoensch

Gestaltung: Brandungen GmbH, Petersstraße 46, 04109 Leipzig

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Praterinsel 2, 80538 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmbw.bayern.de
www.blz.bayern.de